

DIE PARTEI

C. Jentsch

Die Gesellschaft



Herausgegeben
von
Martin Buber

Die Partei
von
Carl Jentsch

Literarische Anstalt
Rütten u. Loening
Frankfurt a. M.

DIE GESELLSCHAFT

SAMMLUNG SOZIALPSYCHO-
LOGISCHER MONOGRAPHIEN

HERAUSGEGEBEN

VON

MARTIN BUBER

DREISSIGSTER BAND:
: CARL JENTSCH :
: DIE PARTEI :

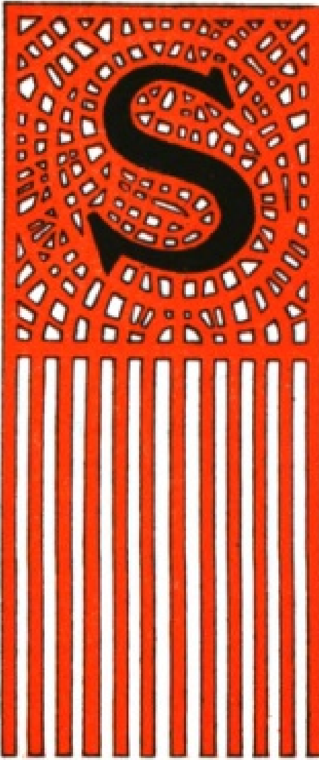
DIE PARTEI

VON

CARL JENTSCH



FRANKFURT AM MAIN
LITERARISCHE ANSTALT
: RÜTTEN & LOENING :



OLL IN DER PHYSIKALISCHEN WELT etwas geschehen, so muß ein Gegensatz vorhanden sein, der seine Aufhebung erstrebt: ein Temperatur-, ein Niveauunterschied, eine elektrische Spannung, Trennung verwandter Elemente. Vollständiger Temperaturausgleich durch das erreichte Maximum der Entropie würde das Weltall in einen toten Klumpen verwandeln. In der Menschenwelt vollzieht sich die Lösung der elementarsten, der geschlechtlichen Spannung auf engstem Raume in lauter einzelnen Paaren, so daß es dabei zur Bildung feindlicher Gruppen nicht kommt. Diese beginnt, wenn erweiterte Familien: Geschlechter, Horden, Stämme, Völkchen, Völker um Nahrungsmittel und um den Nahrungsspielraum kämpfen müssen. Verfeinert sich die Psyche, so spornen Leidenschaften zum Kampf: Rassenantipathie, Habsucht, Herrschsucht, Ruhmbegier, das Gefühl eines Kraftüberschusses, der sich in tapferem Ringen entladen will, Wanderlust, Veränderungssucht. Wird ein Nachbarvolk unterjocht und in das Gemeinwesen des erobernden aufgenommen, so verhält sich jenes als eine dem Herrenvolke feindliche Partei. Die Differenzierung in Reich und Arm, in Landwirtschaft und Gewerbe, in Berufstände, in mancherlei Formen und Grade der Abhängigkeit mehrt die Parteien. In den asiatischen Reichen sind sie teils zu Kasten erstarrt, teils von Despoten erstickt worden. Das politische Leben beschränkte sich dort auf Kriege zwischen den Despoten, auf Empö-

rungen von Statthaltern und auf Palastrevolutionen. Verwaltung und Gesetzgebung besorgte, je nachdem, der Despot durch die Priesterschaft oder die Priesterschaft durch den Despoten. Die hohe Zivilisation dieser Reiche zwingt zu der Annahme, daß dem uns allein bekannten Endzustande eine Periode der Kulturentwicklung vorangegangen ist, die ohne ein reiches Individualleben nicht gedacht werden kann. Bei dem kleinen Volke Israel finden wir noch in verhältnismäßig junger Zeit ein ziemlich hohes Maß von Selbständigkeit. Erwählte Anführer sind Oberhäupter der Stämme. Saul wird von einem Propheten als König vorgeschlagen und vom Volke erwählt. David gelangt als Kriegsheld und Liebling seines Stammes auf den Thron. Sein Sohn Absalom stürzt ihn mit einer Volkspartei, die er sich durch demagogische Künste gebildet hat, und als David ihn besiegt hat und am Abend der Schlacht, statt mit dem Heere den Sieg zu feiern, sich einschließt und den gefallenen Sohn bejammert, erklärt ihm der Feldherr Joab, wenn er nicht sofort seine Klagen einstelle und sich dem Heere zeige, werde dieses ihn bis auf den letzten Mann verlassen. Nach Salomos Tode fordern Abgesandte des Volkes vom Nachfolger Erleichterung der Lasten, und da sie brutal zurückgewiesen werden, wählen die zehn Stämme den Jerobeam zum Könige. David wagt nicht, das Weib des Urias, Ahab nicht, den Weinberg des Naboth offen zu rauben.

Patriarchalische Traditionen des Nomadenlebens, die Zusammenballung der kleinen Völker in großen Reichen, die ohne Gewalttat weder gegründet noch zusammengehalten und regiert werden konnten, an der Euphratmündung und in Indien überdies ein erschlaffendes Klima wirkten zusammen, die Asiaten an die Vorstellung zu gewöhnen, daß

sie nur als Kinder eines großen Vaters oder als Knechte eines Herrn zu leben vermöchten. Die rüstigen Weißen, deren körperliche und seelische Eigenart sich in einem rauhen Klima und in Gegenden entwickelt hatte, wo jeder für sich den Kampf mit der Natur bestehen mußte und die Losung „Selbst ist der Mann" galt, betrachteten sich als gleichberechtigte Brüder, und der nach Europa verschlagene, oder, wie neuere Theorien wollen, in Europa verbliebene Teil vermochte in einem gemäßigten Klima und auf einem vielgestaltigen, die Zersplitterung begünstigenden Terrain diese Eigenart zu bewahren. Nicht Herden von Woll- und Schlachtschafen, auch nicht bureaukratisch getriebene Maschinen waren die kleinen Gemeinwesen der Hellenen und der Italiker, sondern lebendige, unter der Mitwirkung aller einzelnen sich beständig umbildende Organismen. In Griechenland hat dabei der Gegensatz von Eroberern und Unterjochten nur in sehr beschränktem Umfange mitgespielt; Haupttriebkräfte waren der Ehrgeiz vornehmer Geschlechter und einzelner begabter Männer, das Aufstreben der unteren Schichten und der Reformeifer philosophischer Köpfe. In beständiger Unruhe schufen diese Kleinstaaten das Paradigma des Staates für alle Zukunft: die drei Grundformen und ihre drei Entartungen. Nur eine, allerdings sehr wesentliche Modifikation dieser Grundformen hat die neuere Zeit noch hinzugefügt: das Repräsentativsystem. Die Griechenstaaten hatten dieses bei der winzigen Kopfzahl ihrer Bürgerschaften nicht nötig, und die Römer haben es in der Zeit, wo sie es wegen der Größe ihres zusammeneroberten Gebiets gebraucht hätten, nicht gefunden. In einer Menge von Fällen konnten die Griechen den mannigfach variierenden Kreislauf von der Monarchie durch Aristokratie, Olig-

archie, Demokratie und Ochlokratie zurück zur Monarchie, die bei der Wiederkehr Tyrannis genannt wurde, beobachten. Die Raschheit, mit der Athen seine Verfassungen wechselte, war nur eine Wirkung jenes Reichtums an Individualkräften, die es zum Hauptsitz der intellektuellen, künstlerischen und wirtschaftlichen Produktion machten. Freilich ist Athen eben an seinem allzuraschen Leben jung gestorben — als Macht nämlich, nicht als Stadt. Was ihm auf kurze Zeit zu einer Machtstellung verhalf, daß es als Bundeshaupt die Last des Militär- und Flottendienstes allein auf sich nahm und die Bundesgenossen nur noch zahlen ließ, daß es für den Militär- und Flottendienst seine Bauern in die Stadt zog (wo es manchen gar nicht gefiel; dem Dikaiopolis in den Acharnern schmerzen die Ohren von dem ewigen „kauft, kauft"; auf seinem Gut habe er alles selbst gebaut), sie mit Heliastensold (den Aristophanes in den Wespen verspottet), mit Theatergeld und Bezahlung für die Teilnahme an den Volksversammlungen zu einem schmarotzenden, räsonierenden und tumultuierenden Gesindel entwürdigte, das hat seine Kraft gebrochen. Aristophanes durfte in den Rittern den Demos als einen alten Trottel verspotten, der sich von seinem unverschämten Sklaven (Kleon) betrügen und beherrschen lasse. Kein Wunder, daß Patrioten die Demokratie und den Wechsel der Verfassungen, die zu ihr geführt hatten, verabscheuten. In Platos Idealstaat gibt es keine Parteien. Die Weisen beherrschen das berufständisch gegliederte Volk, und in seinen Berufstand nötigen einen jeden seine Naturanlage und die vom Staate geleitete Erziehung hinein. Er und Xenophon schwärmten für das „aristokratische" Sparta, und Walter Pater hat uns ein Idealbild dieses angeblich echt apollinischen Gemeinwesens glaubhaft zu machen versucht. Mag diesem

Bilde die Wirklichkeit entsprochen haben oder nicht — dreierlei steht fest. Einmal, daß ein Staat, dessen Bürger alle gleichberechtigt sind und dieselbe soziale Stellung einnehmen sollen, und neben denen nur entrechtete Periöken und versklavte Heloten im Lande wohnen, gar keine Aristokratie ist, denn eine solche setzt vornehme und gemeine Bürger voraus. Zweitens, daß Sparta nicht für die Entrechtung von reichlich neun Zehnteln seiner Bewohner — aller produktiven Menschen — durch glänzende Kulturleistungen entschädigt wie Athen, wo zudem das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Bürger und der Sklaven bei weitem nicht so groß war und die Bürger bis in die perikleische Zeit hinein als Bauern und Gewerbtreibende gearbeitet haben. Drittens, daß die ursprünglichen 6000 Spartiatenfamilien beim Regierungsantritt des Königs Agis IV. (241 v. Chr.) auf 600 zusammengeschmolzen waren, von denen 100 beinahe den ganzen Grund und Boden besaßen. Zu einer solchen Karikatur eines Gemeinwesens ist Athen auch nach seinem Fall von der Machthöhe niemals hinabgesunken, vielmehr noch jahrhundertelang eine lichtspendende Zentralsonne geistigen Lebens geblieben.

Rom zeigt nach dem zweiten punischen Kriege die athenische Entwicklung in vergrößertem Maßstabe und in vergröberter Gestalt. Nachdem sich die Plebejer Gleichberechtigung erkämpft hatten, verwandelte sich der stolze populus romanus als Beherrscher und Ausbeuter großer Länder in einen schmarotzenden Pöbel. Diesen durch innere Kolonisation in ein Bauernvolk zurückzuverwandeln, war das vergebliche Bemühen warmherziger patriotischer Aristokraten, die hierdurch die Parteikämpfe des letzten republikanischen Jahrhunderts einleiteten. Die Kämpfe um eine

Reform gingen in das Ringen selbstsüchtiger Parteihäupter um die Herrschaft und in den Konflikt zwischen diesen und den Republikanern über und endeten mit dem bei der Größe des Reiches und dem Fehlen des Repräsentativsystems unvermeidlichen Cäsarismus. Der Ruhm der Gracchen ist übrigens in neuerer Zeit verblaßt. Ihr guter Wille, ihr edler Charakter wird nicht angefochten, aber die Vorstellung, als habe ganz Italien infolge der Latifundienwirtschaft wüste gelegen, hat Ludwig Friedländer beseitigt. Italien war gegen Ende der Republik im ganzen wohl angebaut, und es gab neben den Großgrundbesitzern genug mittlere und kleine, noch mehr kleine Betriebe von Pächtern. Nach Guglielmo Ferrero hat die gracchische Reform mehr geschadet als genützt, weil sie störend in den Prozeß eingriff, in dem sich die Landwirtschaft durch Übergang zu intensiverem und rationellerem Betriebe mit vorherrschender Öl- und Weinkultur den veränderten Verhältnissen anzupassen begonnen hatte. Es versteht sich von selbst, daß die jeweilen Herrschenden zur Herrschaft berechtigt zu sein glauben, und daß sie ihren Anspruch auf Herrschaft u. a. auch mit ihren persönlichen Vorzügen zu begründen versuchen. Sie nennen sich darum Aristoi oder Optimi oder Optimaten. Bei Begründung ihrer Herrschaft sind sie das ja gewöhnlich — so ungefähr im Sinne Nietzsches — aber ebenso gewöhnlich bleiben sie es nicht. Von der sullanischen Restauration, die Mommsen gepriesen hat, schreibt Ferrero, in Wirklichkeit habe gar keine aristokratische Restauration stattgefunden, „denn die römische Aristokratie existierte nicht mehr; sondern in Asien wie in Italien und im ganzen Reiche handelte es sich nur um den zügellosen und bluttriefenden Triumph einer kleinen Schar von Meuchelmördern, Sklaven,

adligen Bettlern, gewissenlosen Abenteurern, spitzbübischen Wucherern und feilen Söldnern über ein ungeheures Reich von Millionen Unterdrückter, die in einem Wutanfall einen vergeblichen Befreiungsversuch unternommen hatten". Aber es gab auch damals noch einzelne echte Aristokraten, die eine von solchen geleitete Republik immer noch für möglich hielten. Zu ihnen gehörte der in den Grundsätzen des edlen Scipionenkreises gereifte Cicero. Den Pflichtenkanon, den er für die Herrschenden aufstellt, formuliert Ferrero in den Worten: „Eine der Würde des vornehmen Mannes entsprechende Lebenshaltung, die sich jedoch von allen Übertreibungen fernhält, und zu der landwirtschaftlicher Betrieb oder Großhandel (schriebe Cicero heute, so würde er noch die Großindustrie hinzufügen) die Mittel gewähren; Beteiligung an der Staatsverwaltung, nicht um sie zur persönlichen Bereicherung und zum Appell an die niedern Leidenschaften des Volkes zu mißbrauchen, sondern um den Interessen der Armen und des Mittelstandes mit Hingebung zu dienen; die Leitung und Durchführung nützlicher öffentlicher Arbeiten, Hilfeleistung bei Hungersnöten, ohne die Staatsfinanzen zu ruinieren." Leider stand Cicero mit seinem edlen Streben so ziemlich allein, und auch ein Paar tausend Ciceronen hätten das aus ganz ungleichartigen Völkern bestehende gegewaltige Reich nicht republikanisch zu organisieren vermocht.

Eine neue organisierende Kraft kam der europäischen Menschheit zu Hilfe, die zugleich bis auf den heutigen Tag als Triebkraft der Parteibildung tätig geblieben ist. Die polytheistischen Naturreligionen erzeugten keine Spaltung, denn der höchste Gott war der genius loci oder der Volksgeist, einigte also. Dein Volk soll mein Volk, dein Gott

mein Gott sein, erklärt die Moabiterin Ruth ihrer Schwiegermutter, und folgt dieser in ihre jüdische Heimat. Mit den Völkern werden auch deren Götter besiegt und annektiert. Der König gilt im Orient als Vertreter oder als Inkarnation des Obergottes, und das Despotenbewußtsein ist so stark, daß es die Götter fremder Völker geringschätzig behandelt. Verlaßt euch nicht etwa auf euern Gott, sagt Senacheribs Feldherr den Boten des Hiskia, haben etwa die Götter der andern Völker deren Länder vor der Macht des Königs der Assyrer zu schützen vermocht? Wo ist der Gott von Hemath und Arphad, wo der Gott von Sepharvaim, Ana und Ava? Die Römer waren frömmeren oder abergläubischeren Sinns; sie suchten den Zorn der Gottheiten besiegter Völker zu beschwichtigen, luden sie freundlich nach Rom ein und geleiteten sie ehrfurchtsvoll und feierlich in ihr neues Heiligtum. Als die Juno der Vejenter abgeholt wurde, fragte einer der mit der ehrenvollen Aufgabe betrauten Jünglinge: Willst du nach Rom kommen, Juno? Und seine Begleiter behaupteten, das Bild habe genickt. Zur Parteiung gab die Religion erst Anlaß, als sie Philosophie und Weltanschauung wurde. Ein Vorspiel war die gerichtliche Verfolgung des Religionsneuerers Sokrates und des „Atheisten" Anaxagoras in Athen. Ein anderes hatte Jahrhunderte vorher Amenhotep IV. (Chuenaten) gegeben, der zu großem Mißvergnügen des Volkes und der Priester den polytheistischen Tierkult der Ägypter durch einen monotheistischen Sonnenkult zu verdrängen versuchte. In Persien scheint die Verbreitung der Zendreligion nicht ohne Kämpfe vor sich gegangen zu sein, doch war sie insofern Volksreligion, als Zarathustra die geordnete Lebensweise der Arier, ihre Einehe und ihren Ackerbau, als rechten Dienst Ahuramazdahs heiligt, die

turanischen Räuber dagegen, die Trug üben, den Bauern in der Landwirtschaft stören, das Rind schlecht behandeln und im Rausch der Raserei verfallen, für Diener des Geistes der Finsternis erklärt. Eine große Spaltung rief ganz unabsichtlich Buddha hervor. Seine nihilistisch-asketische Philosophie war zwar eigentlich keine Religion, bedrohte aber das Kastenwesen und die darauf gegründete Stellung der Brahmanen. Diesen gelang es, die ihnen gefährliche Bewegung im größten Teile Vorderindiens, namentlich im Gangestale, vollständig zu unterdrücken. Der Götzendienst, der dann unter dem Namen Buddhismus über einen großen Teil Ostasiens verbreitet worden ist, hat mit Buddhas Lehre wenig zu schaffen. In Israel vermochte sich die Jahwereligion in beständigen Kämpfen mit der kanaanitischen Naturreligion nur mühsam zu behaupten. Ihre Verkündiger, die Propheten, waren die führenden Politiker: je nach der Stellung des Königs zum Monotheismus entweder seine Stütze oder Häupter der Opposition. Elisa spielte im Nordreiche die Rolle des Königsmachers. In Juda gewinnen, organisieren und leiten die Propheten den Priesterstand. Jesaja bereitet die Expansion der Jahwereligion zur Weltreligion vor. Jeremia läßt sich durch hartes Gefängnis und Bedrohung mit dem Tode nicht abhalten, das falsche Gottvertrauen der Könige und des Volkes zu bekämpfen und den Untergang der politischen Selbständigkeit als unvermeidlich darzustellen. Auf religiöser Grundlage wird unter persischem Schutz ein neuer halbselbständiger Judenstaat errichtet, aus religiösem Eifer dem hellenisierenden Antiochus Epiphanes erfolgreicher Widerstand geleistet und die Unabhängigkeit aufs neue errungen; zuletzt aber nicht bloß diese, sondern auch das Heimatland durch fanatische Verblendung verloren. Die schon vorher

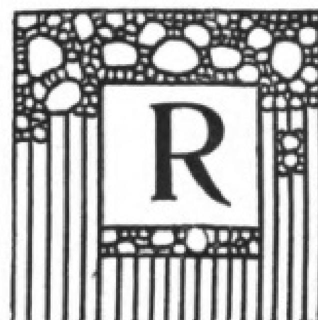
zahlreiche Diaspora ermöglicht die rasche Verbreitung des Christentums, und dieses nun bringt neues Leben in den erstarrten, zerfallenden Reichskörper, dessen Angehörige nur noch durch lokale Interessen, durch Kämpfe der Thronprätendenten und durch Angriffe der Barbaren in Aufregung versetzt werden. Es scheint, daß es zuerst Streitigkeiten der jüdischen Sekten untereinander und mit den Christen gewesen sind, was die Römer auf diese aufmerksam gemacht hat. Der Verfasser der Apostelgeschichte will die römischen Behörden überzeugen, daß die Juden allein Urheber der Tumulte seien, zu denen die Predigt des Evangeliums Anlaß gebe, und daß die Christen dankbar anerkennten, welchen Schutz ihnen die römische Staatsordnung und gerechte Verwaltung gewähre. Aber er kann nicht umhin, die Antipathie der hellenisch-römischen Bevölkerung gegen das Judentum und das ihm entsprossene Christentum anzudeuten. Er läßt die Bewohner von Philippi den Paulus und seinen Begleiter mit den Worten anklagen: „Diese Menschen, die Juden sind, verwirren unsere Stadt und verkündigen eine Lebensweise, die wir als Römer nicht annehmen und üben dürfen.“ Mögen, haben sie wahrscheinlich sagen wollen. In der Tat, wenn der Hausherr mit seinen Liebkosungen von der bekehrten Magd, dem getauften jungen Sklaven zurückgewiesen wurde, wenn seine Gattin vor Festtagen und in Fastenzeiten Enthaltung übte, wenn sie ihm seinen unzüchtigen Lebenswandel vorwarf, sich weigerte, ihn ins Theater, in den Zirkus, zum Tempel zu begleiten, wenn die Christen sich von allen Volks- und Götterfesten fern hielten und nicht einmal den Kaiserbildnissen die üblichen Ehren erwiesen, so mußte das alles dem durchschnittlichen Heiden widerwärtig sein, ihm sehr anstößig und sogar gefährlich

erscheinen. So ist denn der Haß des Volkes gegen die Christen leicht zu erklären, und da diese ihren Gottesdienst im Verborgenen feierten, zuerst aus Furcht vor Profanation, dann nach Ausbruch der Verfolgungen zur Heimlichkeit gezwungen, so lag es nahe, sie schändlicher Laster und Verbrechen anzuklagen, mit denen manche ihrer Ankläger aus eigener Praxis vertraut sein mochten. Nachdem die hierarchische Organisation der Kirche ein Staat im Staate geworden war, sahen sich die Kaiser vor die Wahl gestellt, ob sie diese Organisation vernichten oder den wankenden Staat auf sie gründen wollten. Das erste wurde vergebens versucht, so entschied sich denn Konstantin für das zweite. Daß er damit das Richtige getroffen hatte, bewies der Erfolg. Die Bischöfe leisteten dem umgewandelten Staate gute Dienste, und das Heidentum war, obwohl ihm noch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung anhing, so kraftlos, daß es seinen Unterdrückern nur elegisch-rhetorische Klagen, aber keine ernsthafte Opposition entgegenzustellen vermochte. Statt einer solchen bereitete das Theologengezänk den Kaisern Verlegenheiten. Die alte griechische Dialektik und Disputiersucht lebte in der Hülle frommen Eifers um die Reinheit des Glaubens von neuem auf, und da sich die hellenisierten Bewohner der östlichen Provinzen für diese Streitigkeiten interessierten, kam es nicht allein zu stürmischen Synoden, zu gegenseitigen Anklagen, zu Verurteilungen, sondern auch zu Volkstumulten und blutigen Straßenschlachten, besonders bei Bischofwahlen und wenn ein beliebter Bischof wegen seiner dem Hofe nicht genehmen Haltung im gerade wogenden Glaubensstreit verbannt wurde. Gegen die mit Knüppeln argumentierenden Donatisten rief Augustin die Staatsgewalt an. In Byzanz verschmolzen eine Zeitlang die kirch-

lichen Parteien mit den Zirkusparteien der Blauen und der Grünen, hinter denen sich auch die Anhängerschaften feindlicher Dynastien verbargen. Doch war dieses ganze Parteitreiben durchaus unfruchtbar, führte zu keiner besseren Ordnung des Staates und hielt den Verfall nicht auf.

Die Germanen brachten es vorläufig nicht zu Staaten, sondern nur zu Reichen. Zwar Karl der Große hatte einen klaren Begriff vom Staat und unternahm das Allergrößte: auf die Wehr- und Steuerpflicht freier Bauern, auf die Verwaltung durch königliche Beamte und auf den allgemeinen Schulzwang — sogar diesen hat er, lange vor jeder Möglichkeit der Verwirklichung, ins Auge gefaßt — einen Volksstaat zu gründen. Auch wenn seine Nachfolger fähiger gewesen wären als sie waren, würde das Unternehmen an dem Fehlen der technischen Bedingungen gescheitert sein. Indem die Bauern, um sich dem Kriegsdienst zu entziehen und Schutz vor räuberischen Einfällen zu erlangen, freiwillig auf ihre Freiheit verzichteten und Hörige von Gutsherrschaften wurden, vollendeten sie die von den Gefolgschaften erobernder Heerführer eingeleitete feudale Struktur der frühmittelalterlichen Gesellschaft. Ein Feudalreich bestand, solange das städtische Element noch fehlte oder unbeträchtlich war, aus einer Anzahl von geistlichen und weltlichen Grundherrschaften, deren kleinere in mannigfaltigen Abstufungen durch Lehnspflicht von den größeren abhängig waren, und die teils mit leibeigenen Knechten, teils mit frönenden Bauern bewirtschaftet wurden. Der König oder Herzog war ein Großgrundherr gleich den übrigen, nur primus inter pares. Das politische Leben verlief in Kriegszügen der Großen mit Heeren, die aus ritterlichen Lehnsleuten bestanden, in Fehden der Kleinen, in Synodalland-

tagen der weltlichen und geistlichen Fürsten zur Beratung gemeinsam zu erlassender Gesetze und Verordnungen, in Königswahlen und in Verschwörungen oder Empörungen der Großen gegen den erwählten König. Was die Grundherren einigermaßen zusammenhielt, das waren gemeinsam unternommene Eroberungszüge und Verteidigung des Landes gegen einfallende Räuberhorden und Eroberer. Vom 9. Jahrhundert an mehrten sich die Konflikte zwischen der weltlichen und der geistlichen Macht.



REICHE Gemeinschaftsorganisation kann, gleich allen Erzeugnissen feinerer Kultur, nur aus der Wechselwirkung vieler in enger Berührung miteinander Lebender hervorgehen: der Staat wird in der Stadt geboren, Städte sind die ursprünglichen Staaten. Vor beinahe hundert Jahren hat K. A. Menzel geurteilt: der Kampf der Zünfte mit den Geschlechtern in den deutschen Städten, deren Fehden und Kulturtaten seien an sich so viel wert wie die entsprechenden Vorgänge im alten Griechenland; seiner Literatur habe dieses es zu verdanken, daß seine Stadtgeschichten jedermann kenne, während die deutschen vergessen seien. Ähnlich schreibt Davidsohn, die Florentiner Geschichten mit denen der übrigen mittelalterlichen Städte vergleichend: „Während andernortes Geschlecht auf Geschlecht gewirkt und gerungen, gefrevelt und genossen hat, um dann namenlos dahinzugehen, sehen wir hier in der Sonne des Lebens, in dem harten Lichte des Alltags Gestalten einherwandeln, deren Schatten uns vertraut sind, weil sie im Reiche unvergänglicher Poesie fortwandeln, vom Feuerschein der Hölle

Dantes umzuckt, durch das sanfte Licht des Purgatorio verklärt, oder vom Paradiesesglanz umflossen.“ Und nicht aus dem göttlichen Gedicht allein kennt sie der Historiker, sondern auch aus Chroniken und Monographien von Zeitgenossen, die als Meisterwerke der Darstellung anziehen, und aus einem reichen Archiv, dessen Urkunden von sprachgewandten Notaren mit juristischer Sorgfalt abgefaßt sind. Vor allem, während die städtische Entwicklung des Nordens viel jünger ist als die Italiens, und die Hauptkulturtat Deutschlands in der Ausbreitung einer tüchtigen, aber noch nicht verfeinerten Kultur über die Slawenländer bestand, haben die verhältnismäßig volkreichen italienischen Städte in einer Zeit, wo diesseits der Berge eben erst Stadtgemeinden von 5000 bis 10000 Einwohnern zu entstehen begannen, schon feinere Kultur entwickelt. Und in dieser war den übrigen Städten, auch den an Macht überlegenen: Mailand, Genua, Venedig, das kleinere Florenz in dem Grade überlegen, daß Niocolo Tommaseo behaupten durfte: La civiltà europea è in gran parte italiana, l'italiana in gran parte toscana, la toscana fiorentina in gran parte. Florenz hat in den zwei Jahrhunderten von Giotto bis Michel Angelo, während deren die Einwohnerschaft von 40000 auf 100000 anwuchs, zu unserer heutigen Kultur einen unendlich viel größeren Beitrag geliefert als Rußland mit seinen jetzt mehr als hundert Millionen Einwohnern in dem wüsten Traum seiner tausendjährigen Geschichte. Was jenes in Wissenschaft und Literatur und in den schönen Künsten geleistet hat, ist allgemein bekannt. Aber auch in der gewerblichen Technik schritt es vielen andern Städten voran, und dem Handel, dem Geldverkehr hat es die beiden seitdem unentbehrlich gewordenen Formen: die kaufmännische Buchführung und den Wechsel

gegeben. Es hat zuerst von allen Städten die Bedeutung einer soliden Währung und einer vollwertigen, gut geprägten Münze erkannt, und sein Silber-, dann noch mehr sein Goldfloren (der in unserm Zehnmarkstück wieder aufgelebt ist) hat ihm bis tief in die islamitische Welt hinein Freunde geworben und seinen Wechslern zur Stellung von Münzmeistern und Finanzleitern an vielen europäischen Höfen verholfen. Was endlich für unsern Gegenstand hauptsächlich in Betracht kommt: das florentinische Staatsleben ist in noch weit vollkommenerer Weise als das athenische das Paradigma aller hochentwickelten Politik. Im sklavenhaltenden Athen war die Mehrzahl der Bewohner vom politischen Leben ausgeschlossen, in Florenz hat sich alles bis zur untersten Stufe daran beteiligt. Und obwohl in Athen die Freien keineswegs allesamt müßig gegangen sind oder sich bloß mit Kunst, Literatur und Politik abgegeben haben, wie vielfach geglaubt wird, war doch Müßiggang häufig, „banausische" Arbeit wenig geachtet, wo nicht verachtet. Florenz dagegen war ein Bienenstock ohne Drohnen, gewerbliche Arbeit, Kaufmannschaft und Geldverdienen brachten Ehre. Eine Wirkung des Christentums! Wie die Benediktiner mit der Pflege des Acker-, Garten- und Weinbaus und der Architektur vorangegangen waren, verlegten sich spätere Orden auf die Gewerbe. Den Humiliaten räumte Florenz allerlei Vorrechte ein, weil sie sich um die Verbesserung der Tuchweberei verdient machten. Dazu der geistige Aristokratismus und das demokratische Element der Kirche! Bettelmönche wurden geehrt, nicht weil sie Bettler, sondern weil und solange sie geistesmächtig waren; und nicht wenige tüchtige Päpste entstammten den alleruntersten Volksschichten. Das alles mit der Lebhaftigkeit, Energie und Veränderungs-

sucht der Florentiner zusammen bewirkte einen raschen Blut- und Gedankenumlauf, der keine Stockung eintreten ließ, und die Produktion eines Reichtums politischer Formen und Kombinationen, mit dem sich kein anderes Gemeinwesen zu messen vermag.

Die Beschreibung der schier unzähligen Verfassungen der Arnostadt und die Geschichte ihrer Entstehung und ihres Wandels im Parteienkampfe würde dieses ganze Bändchen füllen. Man darf sagen, daß jede tuskische Stadt alljährlich mindestens eine neue Verfassung bekam: das Statut, nach welchem der Podestà und die Konsuln, oder wie sonst die Behörden heißen mochten, die Geschäfte zu führen und Recht zu sprechen hatten „ohne Rücksicht auf irgend ein Gesetz, das dem Statut widersprechen könnte.“ Es war das die vollkommenste Anpassung des Rechtszustandes an den beständig wechselnden tatsächlichen, die sich denken läßt. Hier können wir nur die Gegensätze aufzählen, deren Verkörperungen die Parteien waren. Zunächst haben wir: Rechtgläubige und Ketzer, Klerus und Laien, Päpstliche und Antipäpstliche. Diese drei Gegensätze decken sich nicht etwa. In der Mitte des 11. Jahrhunderts nahm die Bürgerschaft unter der Führung eines politisierenden Eremiten und des staatsmännisch begabten Mitbegründers von Vallombrosa, Johann Gualberti, leidenschaftlich Partei für die kluniazensiche Kirchenreform. Mit Heulen, Schreien, Beten, Straßenkämpfen, wunderbaren Ordalien ertrotzte das Volk vom Papste und vom Markgrafen, der damals noch als weltliche Obrigkeit anerkannt wurde, die Absetzung eines simonistischen Bischofs. Es ist nur ein scheinbarer Widerspruch, wenn es bald darauf die Patarener begünstigte. In Toskana wurden die aus dem Orient stammenden Ketzereien durchgesiebt.

Ungeheuerlichkeiten, düstre Teufelsphantasien ließ man draußen, die rationalistische Kritik des Kirchenwesens behielt man. Die toskanischen Patarener waren Menschen von ernster sittlicher Gesinnung und bürgerlicher Tüchtigkeit; gleich den späteren Reformierten wurden sie durch emsigen Gewerbefleiß reich. Auch an dem Kampfe gegen Simonie und Priesterehe oder vielmehr gegen die Ausschweifungen der Priester hatte man die Richtung auf Moral und Ehrbarkeit geschätzt. Der Rationalismus nun bewirkte eine der Ketzerei günstige Wendung dieser Tendenz. Der florentinische Geist war dem athenischen auch in der feinen Intellektualität, in der Dialektik, Skepsis, Disputiersucht, Spottlust ähnlich. Man bemerkte den krassen Widerspruch zwischen dem Leben der Geistlichen und ihrer Lehre, fühlte sich manchmal versucht, den religiösen Glauben als wertlosen Aberglauben wegzuwerfen, entschied sich bei der Spottfrage, ob dem die Wegzehrung zu einem Kranken tragenden Priester, wenn er ins Wasser fällt, die Hostie mehr nutze oder ein Schwimmgürtel, für den Schwimmgürtel, und es fehlte nicht an erklärten Ungläubigen, deren einige Dante in den Höllenkreis der Epikuräer gebannt hat. Andrerseits jedoch übte das Kirchenwesen immer wieder seine starke Anziehungskraft. Dem ästhetischen, phantasievollen Florentiner mußten die prunkvollen, heitern Kirchenfeste, ein zur Entfaltung aller künstlerischen Anlagen einladender Kult, die schönen poetischen Heiligenlegenden und Wundergeschichten durchaus sympathisch sein: dieser Katholizismus war ja geradezu der Kompromiß zwischen dem Christentum und einem genußfreudigen Heidentum, wie ihn dieses Völkchen brauchte und bis heute braucht. Zudem hatte man ein Gewissen. Im Handeln ist nach Goethe jedermann gewissenlos, erst nach-

träglich meldet sich das Gewissen. Gilt das vielleicht doch nicht für jedermann, so gilt es ganz gewiß für die Vaterstadt Machiavells. Aber das Gewissen meldete sich eben nachträglich. Im Altertum war ein feineres Gewissen nur Gabe einzelner gewesen; der platonische Sokrates hält es im Gorgias der Utilitäts- und Herrenmoral des Übermenschen Kallikles entgegen. Das Christentum aber hatte dieses verfeinerte Gewissen zum Gemeingut gemacht, und da kam man denn in seinen Gewissensnöten ohne die Beruhigungsmittel und Sühnungen der Kirche nicht aus. Der Wucherer — und jeder florentiner Wechsler war ein Wucherer großen Stils — suchte seine Seele zu salvieren, indem er einen Teil seines ungerechten Mammons für milde Stiftungen opferte, und der wilde Kriegsmann oder Parteiführer, der ungezählte Morde auf dem Gewissen hatte, starb als reumütiger Büßer in der Kutte, wie der berühmte Feldherr Guido von Montefeltro. Je nach dem Vorherrschen einer frommen oder unfrommen Stimmung ergab man sich übertriebenen Andachtsübungen in bigotten Konventikeln oder ausgelassenem Lebensgenuß, verjagte man die vom Papst geschickten Inquisitoren der häretischen Schlechtigkeit oder ließ sie sich gefallen. Das Verhältnis der Bürgerschaft zum Klerus war von dem in den nördlichen Ländern von Grund aus verschieden. Hier waren jahrhundertelang die Geistlichen und die Mönche die einzigen Inhaber des Wissens, die einzigen Volkserzieher, und die Bischöfe und Äbte wurden von den Königen mit Fürstentümern ausgestattet. In Italien gab es noch Reste weltlicher Bildung, und den Stadtbürgern galt die Kirche als eine geistlich-weltliche Anstalt, die mehr für allerlei Zwecke benutzt wurde, als daß man sich von ihr beherrschen ließ. Alle kirchlichen Einrichtungen wurden dem Gemeinde-

leben dienstbar gemacht. Die Abteien waren Vermögensanlagen reicher Familien; der Bischof, der ursprünglich Grafenrechte besaß, konnte sie sehr bald nur noch als Organ der Gemeinde üben. Fiel dem Bistum eine Erbschaft zu, so erbte in Wirklichkeit die Stadt, denn diese verwaltete durch ihre Beamten das Bistumsvermögen. Die heiligsten Güter der Hierarchie, die Abgabenfreiheit und die Immunität des Klerus, sind in Florenz niemals respektiert worden: man schatzte die Geistlichen und zog sie vor Gericht, ja das florentiner Archiv ist voll von gehässigen Ausnahmegesetzen gegen den Klerus. Selbstverständlich aber nahm die Stadt für diesen Partei, so oft beider Interesse zusammenfiel, was manchmal bei Konflikten mit dem Papste der Fall war, denn Kurie und Ortsklerus gingen keineswegs immer zusammen. Auch das Verhalten gegen den Papst wurde lediglich nach dem Interesse der Bürgerschaft geregelt. Aus dem Bann machte man sich nicht das geringste. Bibentes maledictionem sicut aquam, wie die Kurialisten im üblichen Vulgatastil zeterten, besuchten die Florentiner aus purer Opposition die Kirchen am fleißigsten, wenn das Interdikt über sie verhängt war, und bestraften die Geistlichen, die dieses verkündigten. Ebensowenig machten sie sich natürlich aus dem Reichsbann, obwohl sie von beiden vorübergehend Schaden hatten, denn der Kaiser wie der Papst pflegte die Gebannten und ihr Eigentum für vogelfrei zu erklären und deren Schuldner von der Zahlungspflicht zu entbinden, wovon diese natürlich mit Freuden Gebrauch machten, soweit es anging. Aber es ging niemals lange, besonders darum nicht, weil der Papst die florentinische Kapitalmacht nicht entbehren konnte, die wiederum im Papsttum ihre Quelle hatte. Der Papst entwickelte sich zum größten Kapi-

talisten der Christenheit, und seine Bankiers, die florentiner Wechsler, ließen sich ihre Dienste gut bezahlen; es gehört nicht hierher, zu zeigen, nach welcher Methode sie als Finanzmänner der Kurie ganze Länder, besonders England, ausgewuchert haben. Das machte den Papst und Florenz je länger je mehr zu natürlichen Verbündeten, vermochte jedoch gelegentliche scharfe Konflikte nicht zu verhüten. Im Jahre 1375 kam es zum Kriege mit Gregor XI., und die Otto della Guerra, eine zur Leitung des Feldzugs eingesetzte besondere Behörde, wurden so beliebt, daß man sie die Acht Heiligen nannte. Den Frieden mußten die Florentiner mit 250000 Goldfloren erkaufen.

Schon ehe das finanzielle Interesse zu wirken begann, hatte der Kampf für die kommunale Unabhängigkeit die meisten Städte zu Bundesgenossen des Papstes gemacht. Die phantastische Übertragung der römischen Kaiserwürde auf die deutschen Könige, die diesen das Recht verlieh und die Pflicht auferlegte, Italien zu regieren, hatte einen guten Sinn und praktischen Wert, solange diese Könige die einzigen waren, welche die Macht und mitunter auch den ehrlichen Willen hatten, in dem wüsten italienischen Chaos von Zeit zu Zeit ein wenig Ordnung zu schaffen, d. h. bis auf Heinrich III. Von da an entbehrte die Kaiserherrschaft der inneren Berechtigung, denn mittlerweile waren die Stadtbürgerschaften zu einer den deutschen Königen überlegenen Kulturmacht herangewachsen. Von Friedrich I. an lief die Kaiserherrschaft auf Gelderpressung hinaus und auf den reaktionären Versuch, die aufstrebenden Stadtbürgerschaften zu unterdrücken, den liederlichen Geistlichen und Klosterleuten ihren in die Hände fleißiger Bürger übergegangen ehemaligen Besitz, den Feudalherren die Justiz- und Verwaltungsrechte,

die von den Bürgern weit besser gehandhabt wurden, zurückzugeben. Die grausamen Ketzergesetze, durch die sich der Freigeist Friedrich II. zum Mitschuldigen der Inquisition gemacht hat, in einem gewissen Sinne ihr Begründer geworden ist, entsprangen zum Teil der verfehlten Berechnung, sich dadurch die Gunst der Kurie zu sichern, hauptsächlich aber seinem Haß gegen die Städte und namentlich gegen die Demokratie; in der Ketzerei sah er eine demokratische Volksbewegung. Mit der Staatsordnung, die Friedrich II. in Unteritalien schuf, ist er seiner Zeit vorausgeeilt, der Plan jedoch, die mittel- und oberitalienischen Städte dieser Ordnung einzugliedern, war nicht bloß verfrüht, sondern auch unberechtigt wegen der Begünstigung der Feudalität auf Kosten des Bürgertums, und weil dessen Schöpferkraft noch Großes zu vollbringen hatte, ehe es reif wurde für den Verlust der Selbständigkeit. Von den Lombardenstädten, die gegen Barbarossa gekämpft hatten, ging später die Aufgabe, die kommunale Unabhängigkeit zu verteidigen, auf die tuskischen über, zu deren Führerin und zuletzt Herrin sich Florenz emporschwang. Damit sind wir bei der Spaltung der Bürgerschaften in Guelfen und Ghibellinen angelangt.

Die Parteinamen lauteten ursprünglich: Die Partei des Guelfen, nämlich Ottos IV, und des Waiblingers, nämlich des jungen Friedrich II. Der gesunde Volksinstikt lenkte die Entscheidung — mochten die bewußten Motive auch religiöser oder sonst idealer oder auch persönlicher Art sein — fast immer unbewußterweise auf die richtige, d. h. dem Gemeindewohl entsprechende Seite. Wenn Florenz einmal ungeheuer fromm war, ergab sich regelmäßig ein Macht- oder Reichtumszuwachs aus der Frömmigkeit, und

wenn es sich reichstreu geberdete, für einen deutschen Thronprätendenten begeisterte, so geschah es — aus Feindschaft gegen das Reich; weil der Prätendent entfernt oder ohnmächtig war und seine Regierung nur eine Schattenherrschaft sein konnte. Doch gab es eine Schicht, die der Feudalen, die wirklich kaiserlich gesinnt war, und aus dieser rekrutierten sich dann die Ghibellinen, während das Volk im allgemeinen welfisch, d. h. antikaiserlich gesinnt blieb. Ihren eigentümlichen Charakter aber empfing diese Parteiung von der Verschmelzung mit der Sippenfeindschaft adliger Geschlechter. Zu solcher Feindschaft ist ein kraftstrotzender, kampflustiger Adel immer geneigt. Wohnt er in der Stadt auf engen Raum zusammengedrängt, so vervielfältigen sich die Reibungsflächen und die Gelegenheiten zu Konflikten. Es kam hinzu, daß die Familien jeder Sippe ihre Häuser nebeneinander bauten (bei der Bürgerschaft war es das Gewerbe, das seine Angehörigen zu Nachbarn machte), sie mit Türmen bewehrten und so einrichteten, daß ein ganzer solcher Komplex rasch in eine förmliche Festung verwandelt werden konnte. Da gab es denn, wenn Feindseligkeiten ausbrachen, nicht allein Straßenschlachten, sondern auch Belagerungen. Der siegende Teil verbrannte die erstürmten Häuser oder riß sie ein, und wenn der Popolo Herr war, ließ er die Häuser und Türme unruhiger oder verbannter Magnaten verbrennen oder einreißen, oder auch sämtliche Türme (Davidsohn schätzt ihre Zahl auf 100, Chronisten geben mehr an) bis zu einer gewissen Höhe abtragen. Im Einreißen war man sehr geübt; wurden Häuser angezündet, so pflegte man, um den Brand einzuschränken, die daranstoßenden niederzureißen. Die ganze Bürgerschaft muß als virtuose Feuerwehr organisiert gewesen sein, weil sonst

Florenz oft in Flammen aufgegangen sein würde; eine besondre Feuerwehr von 600 Mann wurde im Jahre 1293 eingerichtet. Die Phantasie, schreibt Davidsohn, „hat nachmals die Kämpfe der Guelfen und der Ghibellinen als das Werk zweier Dämonen, Gibel und Gualef gedeutet, von ihnen hätten die Parteien ihre Namen erhalten; in der Tat waren sie die Wirkung dämonischer Kräfte, aber solcher, die schlummernd und leicht geweckt in der Menschenbrust ruhen. Aus dem Haß eng nebeneinander lebender Menschen, die zu täglicher Berührung gezwungen waren, aus dem Grimm verfeindeter Familien, aus der Reibung von tausend kleinen und kleinlichen Interessen sind sie hervorgegangen. Daß dieser Zwist sich von Hause aus, und dann immer erneut mit den stets wieder hervorbrechenden Kämpfen der großen Mächte der Zeit eng und enger, zuletzt unauflöslich verschlang, hat ihm seine Dauer und seine schauerliche Kraft gegeben, doch seinen Ausgangspunkt bildeten persönliche Händel, die sich zu städtischem Parteihader und zum Bürgerkampf erweiterten; der große geschichtliche Charakter dieser Fehden war anfänglich ein angenommener und erborgter; allmählich erst ist Kleines und Großes, das Ursprüngliche, Grundlegende und das nur Hinzugekommene so ineinander aufgegangen und hat sich durch immer neuen Zuwachs von Haß derart vermehrt, daß die Mitlebenden das eine von dem andern nicht mehr unterschieden haben, daß sie ohne viel nach Gründen und Ursprung zu fragen, von Geschlechts- und Parteiwegen, aus Überlieferung die Gegner haßten, Grimm und Verfolgung der Widersacher als eine von den Ahnen ererbte heilige Pflicht betrachteten," wie es uns Shakespeare in Romeo und Julia anschaulich vor Augen stellt. Auch die Bürgerschaft konnte ohne Kampf nicht

leben, aber sie hatte den Krieg lieber draußen; innerhalb der Stadtmauern war er doch eine arge Störung des Gewerbes. Sie soll einmal daran gedacht haben, auszuwandern und an einem andern Orte eine neue, friedliche Stadt zu bauen. Zeitweise ließen sich die Florentiner das Regiment eines Fürsten gefallen, dem sie die Signorie übertrugen, und wenn ein Fürst, ein Papst, ein Kardinal, sei es aus christlicher Liebe, sei es aus Interesse, den streitenden Parteien seine Vermittlung anbot, begrüßten sie ihn mit Jubel. Kam ein Frieden zustande — am gründlichsten hat das Geschäft im Jahre 1280 der Kardinal Latino besorgt — so wurden auf einem freien Platze Bühnen errichtet, schöne Reden gehalten, das Volk zerfloß in Rührungstränen, die Todfeinde küßten einander „auf den Mund", und je eine Anzahl von Ghibellinenhelden ward mit Guelfenjungfrauen, von Guelfenjünglingen mit Ghibellinenmägdlein verlobt. (Diese politischen Ehen sind meistens nicht sehr glücklich ausgefallen.) Was die Familienfeindschaften betrifft, die manchmal bei kindischen Beleidigungen, manchmal infolge wirklicher Untaten in offenen Kampf übergingen, so sind bekanntlich die schlimmsten die der Buondelmonti und Uberti gewesen, bei deren Zusammenstoß 1216 zuerst die Parteinamen Guelf und Ghibelline vernommen wurden, und die der Weißen und der Schwarzen, die am Ende des 13. Jahrhunderts in Pistoja ausbrach, in Florenz von den Çerchi und Donati aufgenommen wurde und sich auch durch andre Städte verbreitete. Die Worte weiß und schwarz bedeuteten weiter nichts als blond und dunkelhaarig, und waren, lange bevor Parteinamen daraus wurden, zur Unterscheidung von Zweigen derselben Sippe gebräuchlich. So gab es in Pistoja Cancellieri Bianchi und Neri, in Florenz Cerchi Bianchi und Neri.

Aber die ursprüngliche Bezeichnung deckte sich mit der späteren Parteibenennung so wenig, daß, als die Partei der Schwarzen in Florenz die Oberhand gewonnen hatte, das Bankhaus der schwarzen Cerchi 1302 auswandern mußte, weil seine meisten Socii zum Tode verurteilt waren. Die Parteien haben einander bekanntlich gegenseitig aus den Städten vertrieben. Die grimmigsten Feinde einer jeden Stadt waren nicht die rivalisierenden Nachbarinnen, sondern ihre eigenen fuorusciti, und es standen einander manchmal nicht sowohl die Heere feindlicher Städte, als vielmehr die Guelfen und Ghibellinen einer Städtegruppe, einer Landschaft gegenüber. Die Verbannten gaben sich in der Fremde eine Organisation, und als in Florenz die parte guelfa sich zuletzt behauptete, bildete sie ihre Organisation, der es in dieser Bankierstadt nicht an solider Finanzierung fehlte, zu solcher Vollkommenheit aus, daß sie einen Staat im Staate darstellte, ja zeitweise das Stadtregiment beinahe absorbierte. Sie hat seitdem die Unabhängigkeit der Stadt klug gewahrt, die gröbsten inneren Friedensstörungen zu verhüten verstanden. Es wäre ein Irrtum, sie einfach für die päpstliche Partei zu halten; nicht selten hat das guelfische Florenz im Kirchenbanne gelebt, und auch ein ghibellinisches Stadtregiment hat sich einmal mit dem Papste vertragen.

Ein weiterer Gegensatz war der zwischen dem popolo und den Magnaten oder grandi. Nach Davidsohn sind darunter die städtischen nobiles oder equites zu verstehen, die nach einem Gesetz des Longobardenkönigs Aistulf zu Pferde zu dienen hatten, also alle wohlhabenden Bürger, während die ärmeren, die Infanterie, milites genannt wurden. Die Burgherren seien, wenn sie gezwungen oder freiwillig in die Stadt zogen, im Stadtadel aufgegangen. Ein italienischer

Forscher, Santini, hat jedoch kurz vor dem Erscheinen von Davidsohns erstem Bande die hergebrachte Ansicht bestätigt, der Ausdruck grandi sei nur zur Bezeichnung der Angehörigen des alten Feudaladels gebraucht worden; die reichen Kaufleute, die sich in diesen Adel einvetterten, seien von ihren neuen Standesgenossen verachtet worden; die reichen Bürger hätten doch eben den popolo grasso und nicht den Ritterstand oder Adel gebildet. Hält man an der älteren Ansicht fest, so wird auch das vorwiegende Guelfentum und der wütende Haß der Bürger gegen die Magnaten noch verständlicher, weil dann Rassenfeindschaft mitgewirkt hat, denn die Feudalherren waren ja Germanen, teils Longobarden, teils Sprößlinge der auf den Römerzügen der Kaiser eingewanderten deutschen Ritter. Das itallenische Nationalbewußtsein hat zwar erst der Römerzug des Luxemburgers geweckt; aber daß die beiderseitigen Rasseneigentümlichkeiten beobachtet wurden, und daß manche der Deutschen den feinen Florentinern mißfielen, erkennt man u. a. aus der verächtlichen Art, wie Dante die Deutschen, als Deutsche, erwähnt (es geschieht das überhaupt nur dieses eine Mal): „Wie bei den Fressern dort, den Deutschen." (Tra li Tedeschi lurchi. Inf. XVII, 21.) Übrigens schildert Davidsohn das Treiben der Feudalherrn und den Kampf der Bürgerschaft gegen sie nicht anders als es bisher immer geschehen ist. Man kann sich einen Begriff von diesem Treiben machen, wenn man erfährt, daß die Firidolfi einer von ihnen gestifteten Abtei urkundlich als eine besondere Vergünstigung zusicherten, sie würden, wenn aus den benachbarten Orten Leichen zur Bestattung dahin gebracht würden, das Leichengefolge nicht überfallen und auch auf dem Rückwege keinen totschlagen. Welche Nachbarschaft

für eine gewerb- und handeltreibende Stadt! Die Bürgerschaft setzte mit zäher Beharrlichkeit einen klug entworfenen Operationsplan durch, der diese Herren nicht allein bändigte sondern auch der Kommune dienstbar machte. Sie führte förmlich Krieg gegen die Feudalherren, stürmte und zerstörte viele ihrer Burgen. Sie brachte andere in finanzielle Abhängigkeit von sich und erwarb ihre Güter. Sie zog die Bauern in die Stadt, machte sie, der Proteste des Adels und der Kaiser nicht achtend, frei und beschäftigte sie im Gewerbe; mit ihren Hörigen verloren die Grafen und Barone die Grundlage ihrer Existenz. Sie sahen sich genötigt, selbst in die Stadt zu ziehen, wo sie freilich die Parteiungen vervielfältigten und durch ihre Neigung zu Gewalttätigkeiten gefährlich machten, doch aber zugleich auch die Kriegsmacht der Kommune stärkten und als Feldherrn sowie zu Gesandschaften an Könige und Päpste gut zu gebrauchen waren. Da in der Zeit der Volksherrschaft die Kommune in Zünfte gegliedert war, mußten sich die Magnaten, wenn sie Ämter bekleiden wollten, in eine Zunft aufnehmen lassen. Ausstoßung aus der Zunft bedeutete demnach politische Entrechtung, und sie wurde boshafterweise „Ernennung zum Magnaten“ genannt; besonders verhaßte Personen ernannte man zu Obermagnaten. Eine ganze Reihe von harten Ausnahmegesetzen ward zur Zügelung der wilden Kämpen erlassen, und auch ohne Ausnahmegesetz wurden sie parteiisch behandelt, ihre Vergehungen strafte man härter als die der Popolanen. Auf die Verwarnungen folgten Strafen an Geld, Leib und Leben, Verbannung, Einreißen der Häuser, Güterkonfiskation. Perrens hebt zwar das Unheil hervor, das die Verstädterung dieser Feudalherrn durch die Vermehrung und Verstärkung der Parteikämpfe anrichtete, erkennt aber

zugleich an, daß die Beimischung von Germanenblut das Volk gestählt habe. Machiavelli urteilt anders. Er stellt im 1. Kapitel des 3. Buches seiner „Florentinischen Geschichten“ einen Vergleich an zwischen den Parteikämpfen im alten Rom und denen in seiner Vaterstadt, die sehr zu Ungunsten dieser ausfällt. Er findet, daß die militärische Tüchtigkeit durch die Parteikämpfe in Rom gefördert, in Florenz zu guter Letzt völlig vernichtet worden sei. In Rom habe das Volk zwar nach Teilnahme an der Regierung gestrebt, den Adligen aber die Oberleitung gelassen und deren Tüchtigkeit sich selbst angeeignet. In Florenz aber habe das siegende Volk nicht fürs Vaterland, sondern nur für sich gesorgt, habe die Adligen der Teilnahme an der Regierung beraubt, und diese seien, wenn sie zu Staatsämtern gelangen wollten, gezwungen gewesen, dem Volke in Gesinnung und Lebensweise völlig gleichförmig zu werden; „so daß jene Tapferkeit und Hochherzigkeit, die ursprünglich dem Adel eigen war, in diesem erlosch, im Volke aber, wo sie von Haus aus fehlte, nicht entzündet werden konnte, und Florenz immer niedriger von Gesinnung wurde.“ Eine ganz ungerechtfertigte Schmähung der florentiner Bürgerschaft, die in der Zeit der Popolanenherrschaft ihre Hochherzigkeit und Weisheit mehr als einmal glänzend bewährt hat. Es ist wahr, daß von 1288 an, wo die Cavalcata, der Dienst zu Pferde, mit Geld abgelöst wurde, die Kriegsführung allmählich an Söldner überging — wie überall in ganz Europa —, aber gewerbfleißige Bürger können nun einmal nicht zeitlebens Soldaten sein, und das Ideal, das dem florentiner Patrioten vorschwebte, die Befreiung Italiens von der Fremdherrschaft und die Schöpfung eines Nationalstaats, konnte am allerwenigsten von Raubrittern verwirk-

licht werden; gerade die mußten erst gebändigt werden, in Italien so gut wie in Brandenburg; die römischen Patrizier waren nicht Raubritter, sondern kriegstüchtige Großbauern gewesen. Das kulturgeschichtlich und sozial Wichtigste in dieser tuszischen Magnatenbezwingung war die Bauernbefreiung; denn nicht bloß die in die Stadt geflohenen, sondern auch die auf dem Lande zurückbleibenden Bauern erlangten die persönliche Freiheit. Im Jahre 1195 hatte Kaiser Heinrich VI. einigen toskanischen Edlen das Recht gewährt, ihren nach Florenz entwichenen Leuten die „unerlaubte Freiheit“ wieder zu entziehen, sie zu greifen, wo sie ihrer habhaft werden konnten. Im August 1289 dagegen verordnen die Florentiner Prioren, daß niemand mehr das Recht haben solle, Hörige oder Abhängige irgendwelcher Art zu verkaufen, zu kaufen oder irgendwie zu erwerben. Vereinbarungen solcher Art werden für ungültig erklärt; Veräußerten wird die Vollfreiheit geschenkt, Käufer, Verkäufer sowie an dem Menschenschacher beteiligte Notare und Zeugen verfallen in eine Strafe von 1000 Librä. Wer seine Hörigen los werden will, darf sie nur an die Kommune abtreten, die sie frei läßt; alle Hörigen des Gebiets von Florenz und ihre Angehörigen dürfen sich von ihrer Grundherrschaft frei kaufen. Im Proömium dieses Gesetzes heißt es: „Da die Freiheit, aus der der Wille entstammt, nicht von fremdem Ermessen abhängen kann, sondern auf Selbstbestimmung beruhen muß, da die persönliche Freiheit aus dem Naturrecht stammt, demselben, das auch die Völker vor Bedrückungen schützt, ihre Rechte hütet und erhöht, so sind wir willens, sie zu erhalten und zu mehren.“ Das Gesetz war ein Gelegenheitsgesetz, durch das Interesse der Kommune in einem besondern Falle veranlaßt, aber wer

das florentinische Volk kennt, der ist überzeugt, daß die eben erwähnte Deklaration der Menschenrechte dennoch keine heuchlerische Phrase war. Vom Erlaß des Gesetzes zur Durchführung war ein weiter Schritt, und zu einer völlig unabhängigen, stolzen und behäbigen Bauernschaft, wie wir sie jetzt in Deutschland haben, ist es niemals gekommen, aber der florentinische Geist hat doch so nachhaltig gewirkt, daß sich noch heute die toskanischen Halbpächter in einer bessern Lage befinden als die Landbevölkerung des ganzen übrigen Italiens.

Doch der herrschende Popolo differenzierte sich weiter, und seine Zünfte und Zunftgruppen wurden selbst Parteien. Die Hauptspaltung war die in popolo grasso oder grosso und popolo minuto, Bourgeoisie und Handwerker, diese schieden sich wieder in Mittelstand und kleine Leute, und schließlich traten die Fabrikarbeiter in den politischen Ringkampf ein, die Ciompi (Leo leitet das Wort von Compare, Gevatter, ab; die armen Leute seien spottweise so genannt worden, weil ihre Frauen von den Brotherren gemißbraucht wurden). Im zwölften Jahrhundert führte ein zuerst vom Kaiser ernannter, später vom Patriziat erwählter Podestà mit einem aus adligen Grundherren und reichen Kaufleuten bestehenden Rate das Regiment. Einen 1193 mit einer auswärtigen Burgherrschaft geschlossenen Vertrag unterzeichnen schon sieben Zünfte. Im Laufe des 13. Jahrhunderts erringen immer mehr Gewerbe das Recht, sich zu organisieren, eigne Zunftvorstände zu erwählen und eine bestimmte Anzahl solcher in die oberste Regierungsbehörde zu entsenden, in der sich die vornehmsten Zünfte, solange es geht, durch die größere Anzahl ihrer Konsuln, Prioren oder wie sie sonst in dem auch hierbei beliebten Modewechsel genannt werden, die Mehrheit

zu sichern suchen. Die Zahl der mittleren und niederen Zünfte stieg allmählich auf vierzehn. Die scholae artium, aus denen die Zünfte hervorgingen, waren ursprünglich die militärische Organisation der milites gewesen. Im 13. Jahrhundert wurde das Heer zunächst aus Fähnlein der Stadtviertel oder vielmehr Sechstel, sestieri, und der städtischen und ländlichen Kirchspiele zusammengesetzt. Der Stadtfahne auf dem carroccio gesellten sich die Fahnen der Sestieri und der Spezialtruppen zu: der Ritter, der balestieri (Bedienungsmannschaften der Belagerungsmaschinen), der mit der Spitzhacke, picone, arbeitenden piconieri (Pioniere) und andere; auch die ribaldi (Gaukler, Kuppler und Dirnen) hatten ihre Fahne, auf der eine Spielergruppe abgebildet war. Nach dem Siege der Zünfte wurden diese wieder die Grundlage der Wehrverfassung und die Zunftfahnen verdrängten die regionalen. Dem Oberrichter und Oberbefehlshaber in auswärtigen Kriegen, dem Podestà (der seit dem 13. Jahrhundert alljährlich von auswärts berufen wurde, weil keine Kommune einem ihrer eigenen Bürger das wünschenswerte Maß von Unparteilichkeit zutraute) gesellten sich der Capitano des Popolo als Anführer der Bürgermiliz im innern Dienste und mit der Zeit noch andre Capitani und Bannerherrn (Gonfalonieri) zu. Die Entwicklung ging nun der Hauptsache nach in der Weise vor sich, daß die Mittel- und Unterschichten immer mehr Einfluß errangen und daß die Verfassung unter immerwährenden Kämpfen und zahlreichen Rückschlägen immer demokratischer wurde. Bei der sich stetig mehrenden Zahl von Behörden, von kleinen und großen Räten, und bei der immer kürzer werdenden Amtsdauer der regierenden Herren hatte zuletzt jeder Flickschuster Aussicht auf ein hohes Staatsamt oder wenigstens auf die Mitgliedschaft

in einer Ratskörperschaft; jedenfalls hatte er in seiner Zunft, deren Verfassung der Stadtverfassung nachgebildet war, etwas zu bedeuten, und durfte in der Volksversammlung mitstimmen, mitlärmen, gelegentlich auch seine Fäuste und Waffen gebrauchen.

Die zwei wichtigsten Etappen auf dem Wege zur radikalen Demokratie wurden 1293 und 1378 erreicht. Im erstgenannten Jahre setzte Giano della Bella, ein Volksführer vornehmer Abkunft, die ordinamenta justitiae durch, die oben erwähnten Ausnahmegesetze gegen die Magnaten, mit denen er die Ruhestörer in die bürgerliche Ordnung hineinzuzwingen gedachte. Freilich waren diese noch so mächtig, daß sie ihn mit Hilfe einer Popolanenpartei aus der Stadt zu drängen vermochten — er ist in Frankreich gestorben — doch der Geist der Ordinamenta herrschte fortan, und der von ihm mit der Ausführung dieser Ordnung betraute Bannerherr der Gerechtigkeit schwang sich im Laufe der Zeit zum Haupte der Signoria empor, mit welchem Titel später die höchste Behörde beehrt wurde. Im Jahre 1378 tobte der Tumulto de' Ciompi, dessen Geschichte ich im 11. und 12. Hefte des Jahrgangs 1886 der Cottaschen Zeitschrift für Allgemeine Geschichte erzählt habe. Vornehme Demagogen, unter ihnen Salvestro de' Medici, der erste politisch Hervortretende seines Geschlechts, und vom Stadtregiment ausgeschlossene Magnaten benutzten den Unwillen des Volkes über Steuerdruck, die Notlage Verschuldeter, und die Unzufriedenheit der Ciompi. Es waren dies die Fabrik- und Heimarbeiter der beiden mächtigen Wollenzünfte (die Arte della Lana umfaßte die Tuchfabrikanten; die Herren der Calimala besorgten die Appretur ausländischen Tuches und den Tuchhandel) und ihrer Hilfsgewerbe. Nachdem der

Pöbel einige Tage getobt und geplündert hatte und schon zur Ruhe gebracht worden war, verschworen sich einige, von den Demagogen, durch den Hinweis auf die zu erwartende Bestrafung geängstigt, zum Sturz der Regierung. Machiavell, der sich den Livius zum Muster genommen hat, läßt einen proletarischen Hetzer eine Rede halten und u. a. sagen: „Ziehen wir uns nackt aus, so werdet ihr sehen, daß alle Menschen gleich sind; bekleiden wir uns mit den Gewändern jener, und jene mit den unsrigen, so werden ohne Zweifel wir adelig und jene unadelig aussehen; denn Armut und Reichtum allein sind es, die alle Ungleichheit erzeugen." Möglich, daß einer so gesprochen hat. Unzweifelhaft echt, weil von einem naiven Augenzeugen dieser Vorgänge berichtet, ist, was ein den Signoren denunzierter Teilnehmer der Verschwörung ausgesagt hat. Befragt, was die Leute eigentlich wollten, antwortete der Mann — Simoncino hieß er: „Daß die Krämpler, die Kämmer, die Klopfer, die Färber, die Putzer, die Kardätscher, die Hechler, die Wäscher und die andern, die der Wollenzunft untergeben sind, ihr nicht mehr untergeben sein sollen; sie wollen, daß kein Offizial mehr sein soll, und wollen mit dem nichts mehr zu tun haben; denn er behandelt uns schlecht, ja, ja, der Offizial, und wegen jeder Kleinigkeit schlägt er uns; und es sind Meister Tuchmacher, die bezahlen uns schlecht, und wenn wir zwölf zu bekommen haben, so geben sie uns acht. Drum sagen die Leute, sie wollen eigne Konsuln, und wollen mit den Tuchmachern nichts mehr zu tun haben und mit der ihrem Offizial. Und sie sagen auch, sie wollen mit beim Stadtregiment sein; und die Räubereien und Brandstiftungen sollen nicht vor Gericht kommen. Und daß ihrs wißt, Signor mio, wir haben uns heilig verschworen, und unter uns sind

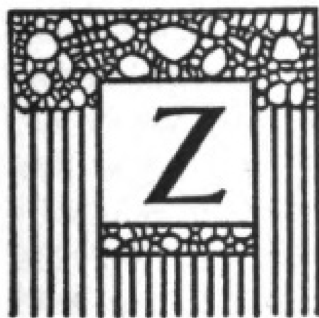
Handwerker genug, und das von den angesehenen. Auch hält ein sehr großer Teil der Verwarnten zu uns, die gar mancherlei vorgebracht haben." Dieses Geständnis wiederholte Simoncino auf der Folter, aber das Jammergeschrei des Gefolterten hörte ein im Volkspalast beschäftigter Uhrmacher, der fortstürmte und mit der Kunde, es werde im Palazzo gefoltert, das Volk entfesselte. Nun brach die wirkliche Revolution aus. Das Volk sammelte sich einige Tage darauf vor dem Palaste und zwang durch seine Drohungen die Signoren, ihn zu verlassen. Nachdem der Palast geräumt war — denn den Signoren folgte ihre famiglia, Beamten- und Dienerschaft — strömte das Volk hinein; der Krämpler Michele di Lando schwang die Fahne der Gerechtigkeit und wurde vom Volke zum Gonfaloniere di Giustizia ausgerufen. Er ließ sich von den acht Kriegsherren und andern Notablen Balia (außerordentliche Vollmacht) erteilen, organisierte den popolo minuto (hier muß man eigentlich schon minutissimo sagen) in drei Zünften, deren stärkste die der Ciompi war, und ließ dann die neuen Signoren wählen, deren Amtsdauer streng gesetzlich so bemessen wurde, daß die neue Signoria nur als Ersatz für die freiwillig abgedankte erschien. Der aristokratische Berichterstatter ist entrüstet über die Feiglinge von Signoren, die den Palast dem Pöbel preisgegeben hätten, und entsetzt über die Entweihung des Heiligtums durch diesen Lando, der in Schuhen ohne Strümpfe einmarschiert sei. Aber den Signoren sind schon darum mildernde Umstände zuzubilligen, weil jeder Signor so früh wie möglich herauszukommen wünschte. Denn das argwöhnische Volk behandelte seine regierenden Herren als Gefangene; sie durften während ihrer Amtsdauer den Palast nicht verlassen und standen unter peinlichster Aufsicht;

sogar unter einem Schweigegebot; nur zu gewissen Zeiten und unter genau bestimmten Bedingungen durften sie sprechen; so daß die ebenfalls aus Argwohn stammende Beschränkung der Amtsdauer auf zwei Monate eine Wohltat war. Die neuen Signori aber regierten verständig und gemäßigt. Doch war mit dieser letzten Demokratisierung der unvermeidliche Wendepunkt erreicht. Die Fabrikanten und Großhändler fanden es unerträglich, daß ihre „Gesellen und Lehrjungen" mit ihnen in denselben Regierungskollegien sitzen sollten. Salvestro und Lando wurden verbannt (der zweite übernahm nach seiner Rückkehr den Topfhandel seiner Mutter), die Parteien lösten einander noch mehreremal ab, aber die Medici behaupteten sich schließlich mit Hilfe der von ihnen begünstigten niederen Stände und steuerten planvoll der Alleinherrschaft zu, die sie ein Jahrhundert später auch der Form nach erlangten.

Muß dieses florentinische Völkchen nicht bis in die Hefe hinein vom Sinne der Gesetzmäßigkeit und von politischem Verstande durchdrungen gewesen sein, wenn sein Pöbel nach vier Wochen langem Toben im höchsten Paroxismus revolutionärer Leidenschaft vor dem Regierungsgebäude halt macht und, anstatt hineinzustürmen und die Regierenden abzuschlachten, draußen wartet, bis die Signoren durch Verlassen des Regierungssitzes diesen für erledigt erklärt haben, und wenn nun dieser Pöbel streng gesetzlich weiter regiert? Auch waren in dem ganzen Tumulte nicht mehr als drei Menschen — unabsichtlich im Handgemenge — umgekommen, nur der von außerhalb bestellte Foltermeister und Henker wurde vom wütenden Volke ermordet und sein Leichnam zerstückelt. In den Parteikämpfen des 13. Jahrhunderts waren von allen Parteien scheußliche Grausam-

keiten verübt worden; kein Wunder; denn vom Ende der Römerzeit an war es furchtbar wild und grausam zugegangen und von den höchsten Stellen, der Kirche, den Staufern, den Feudalherren, war das schlimmste Beispiel gegeben worden. Aber die Bürgerschaft wurde mit fortschreitender Bildung immer milder, und das Walten höchst verständiger Barmherzigkeit und musterhafter Ordnung in den Spitälern und Findelhäusern, das Luther auf seiner Romreise in Florenz beobachtet hat, läßt uns die schönste Blüte der Humanität schauen. Ärger als Machiavell hat sich, von unpraktischem Sinn, aristokratischem Vorurteil und dem Groll des Verbannten geblendet, Dante geirrt. Ihn belästigt der „Stank des Bauern von Aguglio und von Signa, der schon zum Schachern seinen Blick geschärft hat;“ er verwünscht das Parteitreiben und hofft das Heil der Welt von der Donquixoterie des Luxemburgers. Gerade in der Gefahr, die immerhin das Nahen Heinrichs VII. für Florenz bedeutete, hat sich die Tüchtigkeit seiner Bürger aufs glänzendste bewährt. Die von seinen anonymen Zunftprioren: Kaufleuten, Fabrikanten und Handwerkern, in dieser Krisis geführte Korrespondenz (sie füllt einen dicken Band) offenbart einen Grad von Einmütigkeit, von Reife des Urteils, von politischem Weitblick und diplomatischem Geschick, den man nicht genug bewundern kann, und kündigt zugleich das erste Keimen der Idee des Nationalstaats an. Die Parteikämpfe waren nur die unvermeidliche Wirkung des Reichtums an Individualitäten, deren jede stark genug war, sich Geltung zu erzwingen. Nur in solchem Reichtum wohnt Schöpferkraft, nur aus solcher Beweglichkeit und beständiger allseitiger Reibung konnten die höchsten Kulturleistungen hervorgehen, nur aus einem solchen Boden konnte

eine Fülle von Genies hervorsprießen. Heinrich Leo schreibt im Hinblick auf die Parteikämpfe der italienischen Städte: „Wie man die meisten Tiere vernichtet oder wenigstens ihre ursprüngliche Natur bricht oder verdirbt, wenn man ihnen eine unangemessene Temperatur anweist, so hat man auch in der Menschenwelt bei weitem mehr geistiges Unglück angerichtet durch den Frieden als durch den Krieg, weil man mit jenem immer die bornierte Forderung einer politisch-mechanischen Ordnung verband und oft die Individualitäten der einzelnen und kleinen Kreise knickte, um ein farbloses, unerquickliches Allgemeines herzustellen. Das schönste Land Europas ist durch dies Aufheben kleiner politischer Kreise aller Frische beraubt worden.“ Florenz aber ist von diesen kleinen Kreisen der lehrreichste, weil sein Parteileben das vielgestaltigste war und seine Verfassung alle denkbaren Stadien durchlief. Le monde allant à la démocratie, l'histoire de Florence doit être étudiée plus qu'aucune autre, parcequ'il n'en est pas de plus démocratique dans les temps anciens et dans les temps modernes, pflegte Thiers zu sagen. Da er selbst nicht dazu kam, ermutigte er Perrens, sein großes Werk zu unternehmen, dem jetzt Davidsohn sein (noch nicht vollendetes) durch Gründlichkeit, erschöpfende Quellenbenutzung und strenge Kritik überlegenes zur Seite stellt.


ZWEIUNDZWANZIG Jahre vor dem Tumulto de' Ciompi hatte Paris seine erste Kommune erlebt — die Stelle des in der englischen Gefangenschaft sitzenden Königs nahm Stephan Marcel, der Prévôst der Kaufleute, ein —, und 18 Jahre vor diesem Ereignisse hatte

Jakob von Artevelde, ein adliges Mitglied der Genter Bierbrauerzunft, Flandern von der Herrschaft seines Grafen befreit. Während die italienischen Städte, nur die aristokratischen, ehedem seemächtigen, Republiken Venedig und Genua ausgenommen, unter die Botmäßigkeit kleiner Tyrannen gerieten, stiegen die niederländischen und die deutschen empor. Ihre Parteikämpfe erzeugten sehr verschiedene Kombinationen und Endergebnisse; auch an Gesellenaufständen, und in den für den Export arbeitenden an Unruhen von Lohnarbeitern hat es nicht gefehlt. Im 17. Jahrhundert welkten sie, zuerst die deutschen. Der europäischen Menschheit waren Aufgaben gestellt, die von kleinen Gemeinwesen nicht bewältigt werden konnten; der Großstaat war berufen, die in den Städten geschaffene Kultur zu verbreiten und die im kleinen eingeübten Verfassungen und Verwaltungskünste im großen durchzuprobieren; bei seiner Errichtung wurde die von den Florentinern praktizierte und von Machiavelli formulierte Politik fleißig angewendet, auch von solchen, die sie mit Pathos ablehnten. Es wäre müßig, zu fragen, ob dabei das kommunale Leben unbedingt völlig unterdrückt werden mußte; dieses Traurige ist nun einmal geschehen. In der Übergangszeit erhoben sich hie und da Volksmassen gegen ihre Unterdrücker, namentlich Bauern — von der Jacquerie bis zum deutschen Bauernkriege — kämpften Stände gegen Stände und die Fürsten gegen alle Stände. In Italien flüchtete das politische Leben in die geheimen Gesellschaften und nahm die Form von Verschwörungen an, die es erst abzustreifen vermochte, nachdem im Jahre 1870 sein Nationalstaat vollendet worden war. Am wenigsten hat die Selbständigkeit des Volkes in Spanien gelitten. Die vom Kardinal Ximenes beratene Isabella bändigte den Adel

mit Hilfe der Städte. Zwar hat Karl V. auch diese gelähmt und den Einfluß der Cortes gebrochen, aber der Unabhängigkeitssinn und die Fähigkeit zu kommunaler und genossenschaftlicher Selbstverwaltung sind den Spaniern nicht verloren gegangen, wie die Organisierung ihres erfolgreichen Widerstandes gegen Napoleon I. bewiesen hat. Die Inquisition war zunächst nur ein Mittel zur Disziplinierung des verlotterten Klerus, und eine Nachlese des Sieges, der die fünfhundertjährigen Kriege gegen den Islam abschloß: nicht Glaubensmeinungen, sondern das Mauren- und das Judenblut sollte sie ausrotten. Freilich schädigte sie das Land durch die Vernichtung und Vertreibung seiner nützlichsten Bewohner, aber sie war durchaus populär und vom Volkswillen getragen, bedeutete darum nicht die Brechung dieses Willens. Im 16. Jahrhundert wurde sie dann allerdings auch gegen lutherisch oder kalvinisch Gesinnte angewandt, doch war deren Zahl nicht so groß, daß sie eine politische Partei hätten bilden können, und ihre Ausrottung war ebenfalls eine Forderung des spanischen Nationalgeistes. „Impulsiv und leidenschaftlich", schreibt ein französischer Kenner dieses Geistes (der Historiker Desdevises du Dézert), „dabei Individualist, erklärt der Spanier sein Belieben für Vernunft, seinen Wunsch für sein Recht, und erkennt außer Gott keinen Herrn an. Warum sollte er sich das Joch eines mühsamen Studiums aufhalsen lassen, sich zu einer ihm widerwärtigen und dabei undankbaren Arbeit verurteilen, da doch alle diesen eitlen Wissenschaften, die man ihm anpreist, auf nichts anderes abzielen, als seine Unabhängigkeit einzuschränken, ihm die Initiative zu rauben und seiner Phantasie die Flügel zu beschneiden. Für ihn gibt es nur eine Wissenschaft: die des Unerforschbaren, die Theologie;

in der kann sich seine Phantasie, ungehindert von den Schranken der Erfahrungswissenschaften, frei ergehen. Und zudem: mag er auch ein ganz unwissender Bauer sein, im Besitz der Kirchendogmen fühlt er sich von dem stolzen Bewußtsein geschwellt, von einer erhabenen Erkenntnis erleuchtet zu sein, mit der verglichen alles irdische Wissen wertlos ist." Diese ihm von seinen Mönchen beigebrachte Überzeugung gibt seinem Wesen Geschlossenheit, Ruhe, Sicherheit, bewahrt ihn vor Zweifel und innerem Zwiespalt und stählt seinen Willen, so daß er dem Prediger eines anderen Glaubens wie dem bewaffneten Feinde, der sein Land unterjochen will, einen gleich unbeugsamen Widerstand entgegensetzt. In einem heroischen Jahrhundert konnte ein solches Volk mächtig werden, nach Anbruch des Industriezeitalters war sein Niedergang unvermeidlich; das Kapital, die Schreibfeder und die Maschine sind keine Waffen für den Hidalgo.

Der Niederländer gleicht dem Spanier im Unabhängigkeitssinn, aber er ist nicht phantastisch, sondern praktisch und gewerbfleißig; darum hat beim Übergange der Ritterzeit in die industrielle Periode das kleine Holland über das große Spanien gesiegt. Aus dem religiösen Gegensatz aufflammender Fanatismus spornte die Kämpfer, doch ist der lange Kampf seinem tiefsten Grunde nach kein Religionskrieg gewesen, sondern zur Verteidigung der ständischen Freiheit unternommen worden. Dem Mittelalter war der Absolutismus völlig unbekannt gewesen. Daß Steuern nicht aufgelegt, sondern erbeten und von den Besteuerten bewilligt wurden, galt als selbstverständlich, und jedes Herrschaftsverhältnis beruhte auf einem stillschweigenden Vertrage oder auf einer ausdrücklichen Wahlkapitulation, so

daß, wenn der Fürst den Vertrag brach, auch Volk und Stände nicht mehr daran gebunden waren. Die Eingriffe des spanischen Königs in die Volksrechte, namentlich in die Steuerrechte der Provinzen, waren das, was zum bewaffneten Widerstande trieb. Auch die Einführung der Inquisition empörte vor allem deswegen, weil sie ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Provinzen war. In dem befreiten Ländchen hat dann allerdings die Religion als parteibildende Kraft gewirkt. Die aufs fanatische Volk sich stützenden Oranier hielten es mit der strengen Prädestinationslehre, der milde Oldenbarneveldt, Führer der aus freisinnigen Aristokraten bestehenden Staatenpartei, büßte seine arminianische Gesinnung mit dem Tode. Als 53 Jahre darauf das wiederum oranisch gesinnte Volk die Brüder de Witt mit bestialischer Grausamkeit abschlachtete, geschah es nicht aus religiösem Fanatismus, sondern weil ihre Opfer eine unglückliche Politik getrieben und Holland in Not gebracht hatten. In Deutschland nüancierte die Glaubensspaltung die städtischen Parteikämpfe und lieferte den Fürsten Vorwände sowohl zur Vergrößerung ihrer Territorien wie zur Brechung der Ständemacht. Die österreichische Gegenreformation war politisch angesehen die Überführung des Ständestaats in den absolutistischen Staat. Womit nicht gesagt sein soll, daß der Glaube bloß Vorwand gewesen wäre; das war er in jenen Kämpfen bei keiner der drei Konfessionen. Alles menschliche Handeln entspringt aus einem Gemisch von Motiven, und Selbstachtung zwingt, womöglich nur die anständigeren ins Licht des Bewußtseins einzulassen, die, deren man sich ein wenig schämt, unter die Schwelle hinabzudrücken. In den konfessionell ungemischten Staaten gelang dann die Ausschaltung der Stände

den ihre Militär- und Finanzmacht immer vollkommener entwickelnden Monarchen auch ohne religiöse Vorwände. Zu Hilfe kam ihnen noch der Dreißigjährige Krieg, der die deutsche Volkskraft in dem Maße zermalmte, daß die Bureaukratie der absolut gewordenen Fürsten nirgends mehr auf Widerstand stieß. Politische Parteien gab es nicht mehr. Die regeren Geister flüchteten ins Reich der Gedanken, bildeten literarische Cliquen und führten Federkriege. Was die Politik betrifft, so erklärte sie Exzellenz Goethe für eine Kunst, die erlernt sein wolle und lediglich Sache der Regierenden sei; die Masse tauge nur zum Zuschlagen, wo man dessen bedürfe.

In Frankreich ist es wahrscheinlich germanischer Unabhängigkeitssinn gewesen, der seinen Widerstand gegen das nach dem Absolutismus strebende Königtum mit dem Gewande des Glaubenseifers verhüllte; das Hugenottentum dürfte sich hauptsächlich aus den germanischen Bestandteilen des französischen Volkes rekrutiert haben. An wildem Fanatismus gaben Katholiken und Hugenotten einander nichts nach. Im Hinblick auf ihre furchtbaren Kämpfe pries Voltaire England glücklich, von dessen zahlreichen Sekten keine stark genug sei, die übrigen auszurotten, so daß sie sich miteinander vertragen müßten; wo nur zwei einander gegenüberstünden, erwürgten sie einander oder werde die schwächere vernichtet. Vom Standpunkte des modernen Staates aus sind Richelieus Hugenottenkriege zu rechtfertigen. Er erkannte, daß, solange die Hugenotten die ihnen von Heinrich IV. eingeräumte Machtstellung behaupteten, der König weder im Innern Herr sein, noch an ein ruhmvolles auswärtiges Unternehmen denken könne; die freie Ausübung ihrer Religion hat er ihnen nach der

Einnahme von La Rochelle gelassen. Ludwig XIV., der sie ihnen entzog, obwohl sie gehorsame und politisch einflußlose Untertanen geworden waren, ist nicht zu entschuldigen. Die Parteiung zwischen Jesuiten und Jansenisten war insofern eine Fortsetzung der vorhergegangenen, als die Jansenisten den sittlichen Rigorismus und den Prädestinationsglauben Kalvins teilten, den sie übrigens als einen Ketzer verabscheuten, denn sie waren nicht allein orthodoxe, sondern sogar bigotte Katholiken. Politisch wichtig wurde der Gegensatz der Jesuiten zu den Enzyklopädisten. Diese waren die Söhne jener; in deren vortrefflichen, zu scharfem Denken und gewandter Dialektik anleitenden Schulen sind die französischen Aufklärer erzogen worden. Die Jesuiten, sagt Macaulay, haben den Geist bis zu der Grenze ausgebildet, jenseits deren die Emanzipation von der Autorität beginnt. Voltaire und seine Freunde überschritten die Grenze; die Vertreibung der Jesuiten war der erste Erfolg ihrer Aufklärungsarbeit, die Revolution der zweite. An sich notwendig ist diese nicht gewesen. Indem der König die Generalstände berief, war damit die Unhaltbarkeit des Absolutismus anerkannt, und durch Anknüpfung an die noch nicht völlig vertilgten Reste des Ständestaats die Bahn eingeschlagen, die auf friedlichem Wege zu einer zeitgemäßen Repräsentativverfassung führen konnte; mit der angemessenen Beteiligung des dritten Standes war der entscheidende Schritt schon getan. Der doktrinär rationalistische Radikalismus der Galloromanen schlug statt dessen die abschüssige Bahn ein und brachte das Jakobinertum oben auf. Dieses ist, wie Desdevises richtig bemerkt, das Produkt von Enzyklopädismus und Absolutismus, „der Geist Voltaires, multipliziert mit dem Geiste Ludwigs XIV.“ Einen bedeutenden Teil der

Schuld an der unglücklichen Wendung tragen nach Desdevises die Bischöfe, die im Gegensatz zum Pfarrklerus auf die Privilegien der Kirche nicht verzichten wollten und dadurch die anfangs gemäßigte Nationalversammlung nach links drängten. Obwohl die Republik vom Zäsarismus und dieser von der Monarchie abgelöst wurde, blieben doch die Formen des Repräsentativsystems bestehen, die von da an als unentbehrlich überall angestrebt und durchgesetzt wurden. So hat denn die Revolution die Ära des modernen Parteiwesens eingeleitet.

DIE FRANZOZEN hatten, von Montesquieu und Voltaire belehrt, im Anfange der Revolution die englische Verfassung nachzuahmen geglaubt, und alle festländischen Politiker, die seitdem Verfassungen fabrizieren, glauben dasselbe zu tun. Allein die englische Verfassung läßt sich nicht kopieren, denn elle n'existe pas, wie Tocqueville richtig bemerkt hat. Sie existiert schon, nur nicht in einer einzelnen Verfassungsurkunde, sondern in dem ungeschriebenen Common Law und in dem aus zahlreichen königlichen Erlassen und Staatsverträgen bestehenden Statute Law. Sie ist keine in der politischen Schneiderwerkstatt angefertigte Zwangsjacke, sondern der natürliche Organismus des Volkskörpers, der sich, ähnlich wie die Verfassungen der tuszischen Städte des Mittelalters, in einem beständigen Anpassungprozesse mit den wechselnden Bedürfnissen umbildet. Dem durch und durch konservativen Engländer gilt jedes neue Gesetz als ein halbes Unglück; macht er eins, so geschieht es nur zu dem Zwecke, das formelle Recht dem geänderten tat-

sächlichen Zustande des Volkes anzupassen. Die drei ungeschriebenen Grundgesetze der englischen Verfassung lauten: Der Herrscher darf keine Steuern erheben ohne Einwilligung der zu Besteuernden; mit der Rechtsprechung ist er an Gesetz und Herkommen gebunden; in Angelegenheiten, die einen Privatmann, eine Gemeinde, eine Körperschaft allein angehen, und die der Interessent selbst zu besorgen imstande ist, hat sich die Regierung nicht einzumischen. Diese Grundsätze wurden im christlich-germanischen Mittelalter allgemein anerkant, konnten aber in den vielen kleinen, einander bekämpfenden und durchkreuzenden politischen Kreisen des Festlands nur unvollkommen verwirklicht werden. Die zwei Millionen Bewohner des mittelalterlichen Englands waren dank der Abgeschlossenheit, der mäßigen Größe und der Gestalt ihres Landes (tief eindringende Buchten und Flußläufe vermitteln und erleichtern den Verkehr), der Gleichförmigkeit der Beschäftigung (England war reiner Agrarstaat) und der Bildung und dank einer geschlossenen, populären, geistig einigenden Kirche allein von allen damaligen Völkern eine Nation, deren Staat jenen drei Grundsätzen das Material darbot, lebendige Wirklichkeiten zu gestalten, die sich, ungestört von Nachbarn (die letzten Eindringlinge, die Normannen, verschmolzen rasch mit den Angelsachsen) ihrer Natur gemäß fortentwickelten. Dem despotisch angelegten, aber der Kraft ermangelnden Normannenhäuptling Johann gegenüber wurden die ersten jener beiden Gesetze in der Magna Charta sichergestellt, die nach Redlich besonders dadurch England zum wirklichen Staate gemacht hat, daß sie keine andere Geri-htsbarkeit als die im Auftrage des Königs geübte zuläßt. Es gibt seitdem keine vom König unabhängige Rechtsprechung mehr, darum

nur wirtschaftliche, keine Jurisdiktionsfeudalität; auch die Hörigen sind nicht Untertanen des Grundherrn, sondern des Königs. Eduard I. hat dann ausdrücklich als englisches Recht den durch Vermittlung des kanonischen Rechts dem Corpus juris civilis entnommenen Satz anerkannt: ut quod omnes tangit, ab omnibus comprobetur. Diesen den englischen Anschauungen und Gewohnheiten entsprechenden Satz hat das Volk angenommen, das römische Recht im Ganzen aber sich vom Leibe gehalten und päpstliche Einmischungen in seine Rechtspflege, etwa durch die Inquisition, nicht geduldet. Im Anfange hatten die versammelten Lords und Commons nichts zu tun, als die vom Könige, vorzugsweise zur Kriegsführung, erbetenen Gelder zu bewilligen, aber weil die Kriege nicht abrissen, mußte das Parlament fast alljährlich versammelt werden. Die Gemeinden wandten sich mit Bitten an die Volksvertretung, und so wurde diese mit allerlei Aufgaben beladen und teilte sich mit dem Könige in das Geschäft der Gesetzgebung und Rechtsprechung. Doch waren die Sitzungen so kurz, daß die Meinungsverschiedenheiten, die ja in keiner größeren Versammlung ausbleiben, nicht genügend Zeit hatten, Parteien zu bilden. In allem Wesentlichen, so im Widerstande gegen päpstliche Anmaßungen und in der Unterdrückung von Arbeiteraufständen waren König, Lords und Stadtbürger immer einig. (Der Aufstand Wat Tylers von 1381 war dadurch veranlaßt, daß nach dem Schwarzen Tode, der das niedere Volk dezimiert hatte, Arbeiter selten und nur für unerschwinglichen Lohn zu haben waren, und daß die zur Hebung der Arbeiternot vom Parlament erlassenen Statuten als eine Bedrohung und Wiedereinführung der Leibeigenschaft aufgefaßt wurden, die der Prozeß der

wirtschaftlichen Entwicklung schon überwunden hatte.) Der Rosenkrieg, in dem sich die Adelsgeschlechter verbluteten, berührte die Bürger und Bauern wenig, das politische Leben nur insofern, als die Schwächung des Adels die Schwäche des Parlaments in der Zeit der Tudors erklärt.

Von den kraftvollen Despoten dieses Hauses ließ sich das Parlament alles gefallen. Macaulay erklärt das daraus, daß eigentlich nur die Höflinge unter dem Despotismus zu leiden gehabt hätten, das Volk dagegen geschont worden sei. Die klugen Tudors wurden bald inne, daß jeder Angriff auf die durch das Herkommen geheiligten Volksrechte bewaffneten Widerstand hervorrufe, und sogar Heinrich VIII. gab einen Versuch willkürlicher Besteuerung auf, sobald er die Wirkung wahrnahm. Zudem hatten die Tudors Erfolg in der auswärtigen Politik, sicherten den Staat und das wachsende Nationalvermögen, und Elisabeth spielte mit großem Geschick die Volksfreundin und Landesmutter, während sie sich von ihren Höflingen in Formen huldigen ließ, die, wie Macaulay schreibt, einen Ludwig XIV. schamrot gemacht haben würden. Daß Volk und Parlament auch die Religionsverfolgung, mit der Despotenwillkür alle Konfessionen und Sekten reihum peinigte, geduldig über sich ergehen ließen, ist immerhin ein starkes Stück. Dem Engländer, meint Macaulay, liegt eben sein Geld mehr am Herzen als seine Religion; und da er für dogmatische Unterschiede wenig Verständnis und nicht die mindeste Anlage zum Fanatismus hat, huldigt er einer gemischten Religion. Jedenfalls ist es in der Zeit der Verfolgungen nicht zur Scheidung des Parlamentes in konfessionelle Parteien, sondern nur zu Verschwörungen und vereinzelten Volksaufständen gekommen.

Die Veränderung der Stellung des Königtums und die

Parteibildung stellt Sidney Low als ein Werk des Zufalls dar. Schon Buckle hatte rund herausgesagt: England verdanke seine politische Freiheit der Jämmerlichkeit seiner Könige. Die Stuarts hätten so despotisch wie die Tudors regieren dürfen, wären sie nur nicht zugleich unklug und halsstarrig gewesen. Sie verkannten, als Schotten, die natürliche Konstitution des englischen Volkes. Es war namentlich die Gewalt über die Staatskirche, die ihnen der Supremat einräumte, was sie zu der Einbildung verleitete, ihrem Recht seien keine Schranken gezogen. Als Jakob I. von seinen Räten vernommen hatte, was alles er tun dürfe, rief er erfreut in seinem schottischen Englisch: Do I mak the judges? Do I mak the bishops? God's wauns! I mak what likes me, law and gospel! Seinen Sohn kostete diese Einbildung den Kopf und seine Dynastie den Thron. Dem echt englischen Widerstreben gegen willkürliche Schatzung und Rechtspflege mischte sich der aus Schottland stammende puritanische Abscheu vor der Liederlichkeit des Hofes und der Kavaliere bei. Das Puritanertum entsprach jedoch durchaus nicht dem Geiste von merry old England. Zwar, daß die Puritaner die gemalten und gemeißelten Heidengötter der königlichen Kunstsammlungen teils vernichten, teils von Handwerkern züchtig machen ließen, war dem von ästhetischem Zartgefühl wenig angekränkelten Volke gleichgültig, aber daß man ihm sein Puppentheater und die Seiltänzer nahm, ihm Pferderennen, Bärenhetzen und andere derbe Späße nicht mehr gestattete, erregte Groll und Zorn; darum waren die Engländer wild with delight, als sie der Tod Cromwells von der Herrschaft der verhaßten Rundköpfe erlöste, und begrüßten Karl II., der ihnen ihre Feste wiedergab, mit Freudenfeuern. Seines Bruders Rückfall in

die Despotengewohnheiten jedoch, namentlich dessen Versuch, die Staatskirche zu vergewaltigen und England zu rekatholizieren (erst die bekannten papistischen Verschwörungen hatten den Katholizismus, dem unter Elisabeth noch beinahe die Hälfte der Bevölkerung angehangen hatte, den man aber jetzt bloß noch aus den Zerrbildern der Polemik kannte, allgemein verhaßt gemacht), vereinigte alle Parteien zu seinem Sturze durch eine unblutige Revolution. Dem Vertragskönige Wilhelm III. war von vornherein jede Möglichkeit, absolut zu regieren, versperrt. Zudem war er ein Fremder, der die Engländer nicht liebte und von ihnen nicht geliebt wurde. Die Könige aus dem Hause Hannover waren ebenfalls landfremd — Georg I. konnte nicht einmal Englisch sprechen — dabei unfähig und zum Teil verächtlich; da blieb denn den Großen nichts übrig, als das Steuerruder in die Hand zu nehmen: an die Stelle des Monarchen trat ganz von selbst das in Parteien nicht sowohl gespaltene als gegliederte Parlament.

Die Parteiung hatte sich aus der Opposition gegen die Stuarts und aus dem Gegensatz der puritanischen Rundköpfe zu den lebenslustigen Kavalieren ergeben. Der politische Gegensatz deckte sich nicht ganz mit dem religiösen, der zugleich ein sozialer war, da die Kavaliere doch eben dem Hochadel angehörten, die Opposition dagegen sich aus der Gentry, den Freibauern und den Stadtbürgern rekrutierte; aber Führer der Opposition waren Mitglieder des Hochadels, die sich von ihren Standesgenossen, von der Hofpartei trennten. In Schottland und in Irland ging es damals sehr wild zu; in beiden Ländern gab es Desperados; die schottischen nannten sich Whigs, die irischen Tories. Die englischen Parteien behielten diese Bezeichnungen, die ihnen

als Spitznamen beigelegt wurden, als offizielle Benennungen. Die Tories — das war der ursprüngliche Unterschied — verteidigten die Monarchenrechte, die Whigs die Volksrechte. Die Torydoktrin, deren Anhänger Karl I. als einen Märtyrer verehrten, war ein Erzeugnis der Anglikanischen Kirche, die da lehrte, daß keine noch so wahnsinnige Tyrannei eines lasterhaften Monarchen die Untertanen zu Ungehorsam und Widersetzlichkeit berechtige. Wenn die stolzen englischen Kavaliere, schreibt Macaulay, deren ganzes Wesen das gerade Gegenteil von Sklavensinn war, die in lächerliche Übertreibungen ausschweifenden Deklamationen der den passiven Gehorsam predigenden Theologen sich aneigneten, so taten sie das nicht in der Meinung, damit Sklaven zu werden, sondern das erhöhte Königtum sollte ihre Herrenstellung befestigen und sie vor der Wiederkehr der Verfolgungen schützen, die sie von fanatischen Plebejersekten erlitten hatten. Im Ernste waren die Tories so wenig radikal wie die Whigs. Es fehlte, bemerkt Macaulay, nicht an einzelnen Radikalen auf beiden Seiten, an fanatischen Bekennern zum Absolutismus und ebenso fanatischen Verkündigern einer Volkssouveränität, die nur in der Republik verwirklicht werden konnte. Aber die Parteien im ganzen waren nicht radikale Gegner, sondern beide gewillt, den althergebrachten Zustand aufrecht zu erhalten, mit der Modifikation, daß die eine die Rechte des Monarchen, die andere die des Parlaments stärker betonte. Bei der Wiederherstellung des Königtums nach Cromwells Tode und bei der Absetzung des vierten Stuart, der sich unmöglich gemacht hatte, wirkten beide einmütig zusammen. Und so oft es sich um das Interesse Englands dem Auslande gegenüber, um eine vom Auslande drohende Gefahr

handelte, waren beide Parteien immer einig. Abgesehen von solchen Anlässen zur Einigung, strebte allerdings bis ins 19. Jahrhundert hinein jede der beiden Parteien nach der Herrschaft. Die Whigs hatten die Berufung Wilhelms von Oranien betrieben, und hatten gehofft, durch ihn das Monopol auf die hohen Staatsämter zu erlangen. Da aber ihr König ein König aller Engländer sein wollte und beide Parteien gleichmäßig bedachte, kühlte sich ihre Liebe zu ihm bald ab. Doch wurde der Grundsatz „Dem Sieger die Beute" in England verhältnismäßig rasch überwunden. (Der in den Vereinigten Staaten noch heute gilt, wenn auch seine Anwendung in den letzten Jahren ein wenig eingeschränkt worden ist. Die dortigen Parteien haben seit dem Sezessionskriege keine sie unterscheidende Programme und Tendenzen mehr und offenbaren ihre Nichtigkeit schon durch ihre Namen, denn kein Mensch in der ganzen Welt ficht die Tatsache an, daß Nordamerika eine Republik, und zwar eine demokratische Republik ist. Der Parteikampf bei den Wahlen bedeutet weiter nichts, als für die Drahtzieher einen Beutezug, und für die Wähler einen lustigen Ulk. Wirtschaftliche und soziale Nöte werden später zu ernsthaften Parteibildungen zwingen; vorläufig wirkt solcher Zwang noch nicht, weil das ungeheure Land noch Räume enthält, in die Bedrängte ausweichen können. In der Zeit des Sezessionskrieges war die demokratische Partei die Partei der Sklavenhalter, also der Südstaaten. Auch jetzt tendieren die Parteien zu territorialer Abgrenzung, indem der agrarische, gemäßigt schutzzöllnerische Westen dem hochschutzzöllnerischen industriellen Osten gegenüber steht. Doch diese und ähnliche substantielle Unterschiede, sowie der Haß der Massen gegen die räuberi-

schen Trustmagnaten haben bis jetzt zu einer Parteiorganisation des Volkes nicht geführt. Stramm organisiert ist nur die wenig achtungswerte und tatsächlich wenig geachtete Bande der wire-pullers, der Politiker von Profession, denen alle politischen und wirtschaftlichen Fragen an sich gleichgültig und nur soweit von Interesse sind, als sie sich zu einer Erfolg versprechenden Platform verwenden lassen. Ihnen ist es ganz allein um die Beute zu tun: die zukünftige, in Ämtern, und die augenblickliche, in Bestechungsgeldern bestehende. Solche liefern hauptsächlich die Trusts. Die zweite Wahl McKinleys hat nach Hesse-Wartegg 5 Millionen Dollars gekostet; die letzte Wahl Rosevelts soll 10 Millionen gekostet haben.) Die Herrscherrolle ist, wie gesagt, der Unterhausmehrheit im Laufe der geschichtlichen Entwicklung von selbst zugefallen. Es war das ein wirklicher Zufall, diesen Begriff als das Gegenteil des planvoll Erstrebten verstanden. Sidney Low meint, bis auf den heutigen Tag erscheine es vielen höchst ungereimt, daß sich das Volk von der Hälfte eines kleinen Bruchteils seiner selbst unter dem stillschweigenden Protest der Hälfte der Bevölkerung regieren lassen solle, und er schreibt: „Der lange Konflikt zwischen der Monarchie und dem Parlament erzeugte in den Herzen der Verteidiger der Volksrechte einen starken Glauben an die Ratsamkeit der Trennung der legislativen von den exekutiven, wie auch von den richterlichen Funktionen. Als die Revolutionsmonarchie mit einem streng parlamentarischen Rechtstitel ins Dasein trat, fand sie sich der Tradition eines königlichen Monopols der Exekutivgewalt gegenüber. Diese Tradition war die Ursache der meisten politischen Kämpfe des 18. Jahrhundert. Die hannoverschen Könige, namentlich Georg III., waren nicht imstande, sich mit der Tatsache auszusöhnen,

daß ihre ‚Diener' Agenten und Designierte des Unterhauses seien. Das Haus selbst war sich der Tatsache nur dunkel bewußt, und viele seiner Mitglieder betrachteten sie mit Besorgnis. Die Entdeckung, daß die Regierung nur ermöglicht werden könne durch die Übereinstimmung einer Majorität der Wahlkammer mit dem Könige, erschien vielen Engländern genau so ungeheuerlich und unvernünftig wie dem Könige selbst; und das war ohne Zweifel eine der Ursachen, weshalb die Mittel, deren sich die Regierung bediente, Stimmen im Hause zu gewinnen, mit einem so geringen Maße öffentlicher Entrüstung geduldet wurden." Man sagte sich: die Geschäfte des Landes müßen unbedingt fortgeführt werden; wenn die Minister nun die Geschäfte ohne Unterhausmehrheit nicht besorgen können, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich durch Bestechung der Abgeordneten oder ihrer Wähler eine Mehrheit zusammenzukaufen. Adam Smith, ein Mann von zartester Gewissenhaftigkeit, äußerte, es sei sehr unpolitisch von Lord Bute, daß er der Praxis Georgs III., widerharige Minister durch ein Jahrgeld von 40 000 Mark zu seiner Ansicht zu bekehren, eine Ende gemacht habe; indem er der Opposition diese Einnahmequelle verstopfte, habe er sie bösartig gemacht. Die gegen die Bestechungspraxis gerichteten Juniusbriefe verdienen ihren Ruhm nicht. Sir Philip Francis (oder wer sonst der tapfere Held gewesen sein mag, der aus einem so sicheren Versteck schoß, daß man hundert Jahre lang über seine Identität streiten mußte) arbeitet mit persönlichem Klatsch, der zu der Frage reizt, ob die Lords der Whigpartei lauter Tugendmuster gewesen seien. Eine Wirkung hat er allerdings erzielt. Indem er sich der Sache des wiederholt gewählten und wiederholt aus dem Parlament aus-

gestoßenen Wilkes annahm, regte er die Londoner dermaßen auf, daß sie den König und das Parlament bedrohten. Aber nicht dieser Stadttumult, sondern erst die Niederlage der englischen Truppen im amerikanischen Kriege (bei Yorktown 1781) hat 11 Jahre später das Ministerium North gestürzt.

Nichts wäre verkehrter, als in dem Ringen des Unterhauses mit dem Königtum in der Zeit der Pitt und Fox einen Kampf um Volkswohl und Volksfreiheit zu sehen. Schon Macaulay hat hervorgehoben, daß die Gliederung des Parlaments keineswegs eine Gliederung des Volks bedeutete, daß ein großer Teil des Volkes außerhalb der Parteien stand, teils aus politischem Indifferentismus, teils aus entschiedner Gegnerschaft gegen beide Parteien, und daß die Parteien von Zeit zu Zeit durch die Wucht der öffentlichen Meinung gezwungen wurden, sich selbst zu korrigieren. Seit Macaulay hat die Kenntnis dieser Dinge bedeutende Fortschritte gemacht. Wir wissen heute, daß das Unterhaus nur einen winzigen Bruchteil der Bevölkerung: die hohe Aristokratie und die Gentry, vertrat. Die Parlamentswahlen waren reiner Humbug: die Landlords kommandierten oder kauften die Wähler. Die städtische Wahlberechtigung haftete an kleinen verkümmerten Ortschaften, den rotten boroughs, deren ärmliche, zum Teil von einer korrupten Oligarchie beherrschte Bürgerschaft von dem benachbarten Landlord abhängig war, dem oft der ganze Grund und Boden des Städtchens gehörte. Die großen Städte, außer London, waren so gut wie unvertreten, und vom Arbeiterstande, — die beiden Stände der Freibauern und der Kleinpächter hatte der Adel vernichtet — war überhaupt keine Rede. „Von dem arbeitenden und leidenden Volke, schreibt Thorold Rogers, das den Helden

der „glorreichen Revolution" von 1688 und der späteren parlamentarischen Kämpfe das Leben und die Durchführung ihrer Rollen möglich machte, ist in der englischen Geschichte jener Zeit nichts zu sehen. Es verschwindet vollständig; es ist kein Element der Politik mehr, so wenig wie das Lastvieh; nur durch das Studium der Lohnlisten kann sich der Forscher einen Begriff von ihm verschaffen. Einzelne Könige haben sich des Volkes angenommen. Unter den Plantagenets hatten die Richter ihr Amt zum Segen des Vaterlandes verwaltet, unter den Tudors und Stuarts waren sie beharrliche und bösartige Feinde jedes Rechts und jeder Freiheit, und unter den Königen der Häuser Oranien und Hannover trieben sie es noch ärger. Ich behaupte, daß in der Zeit von 1563 bis 1824 in der Form von Gesetzen, deren Ausführung in der Hand von Interessenten lag, eine Verschwörung zusammengebraut worden ist zu dem Zwecke, den englischen Arbeiter um seinen Lohn zu betrügen, ihn jeder Hoffnung zu berauben und ihn in unheilbare Armut hinabzustoßen. Länger als zwei und ein halbes Jahrhundert hindurch haben es sich in England die Gesetzgebung und die Verwaltung zur Aufgabe gemacht, den Arbeiter auf die tiefste Daseinsstufe hinunterzupeinigen, jede Regung eines organisierten Widerstands niederzutreten und Strafe auf Strafe zu häufen, so oft er sich seiner Menschenrechte erinnerte. Unter Verschwörung verstand das Gesetz ursprünglich die Verabredung eines Verbrechens. Durch die erwähnten Gesetze aber wurde der Begriff auf die Vereinigungen von Arbeitern ausgedehnt, die sich zu arbeiten weigerten, wenn ihnen nicht ein bestimmter Lohn bewilligt würde, und am Ende des 18. Jahrhunderts, in einem Jahre furchtbarer Teuerung, wo selbst Obrigkeiten die von den Quarter Sessions festgesetzten Löhne

grausam niedrig fanden, wurde dieses Koalitionsverbot durch eine Parlamentsakte noch verschärft.“ Macaulay deutet auf diese dunkelste Partie der englischen Geschichte nur ganz diskret hin mit der Erinnerung an den schottischen Republikaner und Königshasser Fletcher von Saltoun, der einen Plan zur förmlichen gesetzlichen Versklavung der Lohnarbeiter entwarf.

Diese gräßlichen Arbeiterzustände sind nun nicht etwa von den Whigs als einer für Freiheit und Volkswohl begeisterten Demokratenpartei überwunden worden; sondern die Entdeckung, daß die Verschlechterung der Rasse die Rekrutierung der Marinebemannung erschwere, die aus den Londoner Slums hervorkriechende Cholera, die Mordbrennereien verzweifelter Arbeiter und die Chartistenunruhen erzwangen den christlich gesinnten Sozialreformern Gehör. Diese der Torypartei nahestehenden Männer rangen den beati possidentes, d. h. den Lords und Gentlemen beider Parteien zunächst Kinderschutzgesetze, dann mit den Bürgern der Großstädte zusammen die Parlamentsreform ab. Beide Parteien leisteten diesen Reformen so heftigen Widerstand, daß sie sich nicht selten in wenig gentlemanliker Tierstimmenimitation austobten. Von den Whigs trat nur der eine Macaulay für die Fabrikgesetze ein, und das wurde ihm von seinen Parteigenossen sehr übel genommen.

Die erste äußerst bescheidene Parlamentsreform von 1832 verschaffte nur den Großbürgern ihren Anteil an der Gesetzgebung, die späteren Reformen dehnten das Wahlrecht auf die Mittelschicht und einen Teil der Unterschichten aus. Seitdem suchten beide Parteien einander den Wind aus den Segeln zu nehmen und dadurch Stimmen zu gewinnen, daß sie einander in volksfreundlichen Versprechungen, die

sie auch halten mußten, überboten. Darum kann keine der beiden Parteien, die sich jetzt nach kontinentaler Mode konservativ und liberal nennen, den Ruhm der Reformgesetzgebung für sich in Anspruch nehmen. Der Kampf gegen den Militarismus, gegen polizeiliche Beschränkungen und Polizeiwillkür, den die Liberalen des Kontinents zeitweilig für ihre Aufgabe angesehen haben, war in England nicht notwendig, weil diese Übelstände dort nicht existierten. Es handelte sich nur um Arbeiterschutz, um Erleichterung der Steuerlast der Armen, um Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter und um Verwaltungsreformen, die nicht bloß vom Arbeiterinteresse, sondern vom allgemeinen Bedürfnis geboten waren. An der Zusammensetzung des Unterhauses — im Oberhause sitzen nur Lords — hat die Ausdehnung des Wahlrechts nicht viel geändert, nur eine kleine Zahl von Arbeitern hat sich in diese Crême der englischen Gesellschaft verirrt; die weit überwiegende Mehrheit der 670 Mandate gehört reichen Leuten, die dadurch noch keine gemischte Gesellschaft geworden sind, daß jetzt die Bourgeoisie dem Grundadel das Gleichgewicht hält. Denn der englische Adel ist bekanntlich keine Kaste. Den Adelstitel erbt immer nur der Erbe des Besitzes, die überzähligen Kinder verschwinden titellos — falls ihnen nicht ein anderweitiger Besitz einen Titel verleiht — im höheren Bürgerstande, der seinerseits durch Heiraten beständig in den Hochadel eindringt, wozu noch kommt, daß auch die vornehmsten Adligen an industriellen und Handelsunternehmungen teilnehmen, und schon als Besitzer des städtischen und des bergmännisch ausgenutzten Bodens der städtischen und der industriellen Aristokratie angehören. Die kleinen Leute (Angehörige der freien Berufe, Angestellte in Handel und

Gewerbe, Krämer, neugeschaffene Kleinpächter — echte Bauern gibts nicht mehr) und die Lohnarbeiter ziehen der Gründung eigner Parteien die Taktik vor, bei den Wahlen für die von den beiden alten Parteien den Ausschlag zu geben, die ihnen am meisten verspricht. Das Haupthindernis eigner Parteibildung besteht in den Wahlkosten. Der Kandidat hat nach dem Wahlgesetze beim Wahlvorsteher eine Summe zu deponieren, die sich zusammen mit den sonstigen Wahlkosten zwischen 12000 und 40000 Mark bewegt, und die bei Eröffnung der Wahlkampagne flüssig sein muß. Aber das ist nicht das schlimmste. „Die Wähler haben eine natürliche Vorliebe für den freigebigen, patriotisch gesinnten Mann, der immer bereit ist, lokalen Wünschen mit einem hinreichenden Scheck zu entsprechen. Kirchliche, Wohltätigkeits- und Musikvereine, Kriketklubs blühen unter dem befruchtenden Strome und zapfen dessen Quell mit schamloser Raubgier an. Der begüterte Abgeordnete oder Kandidat stöhnt, aber er zahlt. Wer seinen Wahlort richtig „pflegen" will, muß ihn auch als Ganzes mit kleinen Geschenken wie einer Volksbibliothek, einem Stadtpark, einem Schwimmbade erfreuen. Viele Parlamentsmitglieder würden zufrieden sein, wenn die jährliche Ausgabe für ihren Wahlkreis nicht mehr als 10000 Mark betrüge." (Sidney Low.)

England wird demnach von einer Aristo-Plutokratie regiert, einer im wesentlichen gleichartigen, aus vornehmen Grundbesitzern, Großindustriellen und Großkaufleuten bestehenden Oberschicht. Unbemittelte können den Zutritt nur dadurch erlangen, daß eine Gewerkschaft die Kosten bestreitet, und die Gewerkschaften begeistern sich nicht für diesen Weg, weil sie sich bei ihrer bisherigen wohlfeileren Praxis ganz gut stehen. Dreierlei kommt hinzu, was den

Eifer einzelner Arbeiterparteiler zügelt. Die Engländer sind, wie Sidney Low hervorhebt, ein ehrerbietiges Volk: sie haben Ehrfurcht vorm Herkommen (tragen doch ihre Großwürdenträger im Amte noch Perrücken), Ehrfurcht vor den bestehenden Institutionen, Ehrfurcht vor ihrem Adel, auf den sie stolz sind, und gern vertrauen sie diesem die Besorgung der Staatsgeschäfte an. Schon weil dieses das am meisten praktische ist. Der Engländer ist ein praktischer Mann, und wenn sein Unabhängigkeitssinn mit Eifersucht darüber wacht, daß sich kein Unberufener in *seine* Angelegenheiten einmische, so sagt ihm seine praktische Einsicht zugleich, daß Einmischung überhaupt vom Übel ist, daß ein jeder sich nur um seine eignen Angelegenheiten kümmern soll, die er am besten erledigen wird, weil sie ihm am Herzen liegen, und weil er sie am besten versteht. Der Krämer, der Flickschuster will, daß ihn der Staat in Ruhe lasse und ihm nicht in seinen Laden, in seine Werkstatt hineinregiere, aber es fällt ihm nicht ein, den Staat regieren zu wollen; dazu hat er keine Zeit, er hat auch weder Zeit noch Gelegenheit, die Staatsgeschäfte verstehen zu lernen. Über beides verfügt in reichlichem Maße der hohe Adel, dessen Mitglieder außer der Beschäftigung mit Kunst, Wissenschaft, Jagd und Sport nichts andres zu tun haben und sich von Jugend auf als Parlamentarier, Diplomaten und Beherrscher der Kolonien in der Besorgung von Staatsgeschäften üben. Der kleine Mann und der gelernte Arbeiter beschränkt darum seine politische Tätigkeit auf die Abstimmung bei den Wahlen. Was die Masse der ungelernten Arbeiter und die immer mehr zusammenschmelzende Landarbeiterschaft betrifft, so zählt sie überhaupt nicht; sie steht auch heute noch so außerhalb der Politik wie vor hundert Jahren die

ganze Lohnarbeiterschaft, schon weil sie nicht lesen kann. Und das ist nun der dritte der Umstände, die den Vornehmen das Regierungsmonopol sichern und den bisherigen glatten Verlauf der politischen Entwicklung ermöglicht haben, ein Umstand, den die über englische Politik Schreibenden zu übersehen pflegen. Am Anfange des 19. Jahrhunderts wuchs die überwiegende Mehrzahl aller englischen Lohnarbeiter ohne allen Unterricht auf, und viele blieben zeitlebens in solcher Unwissenheit und solchem Stumpfsinn befangen, daß sie nichts wußten von einem König oder einer Königin von England, und daß sie, wie die sich ihrer annehmenden Philanthropen fanden, über Witze nicht lachten, weil sie sie nicht verstanden. Schwierigkeiten politischer Art bereiten solche Menschen nicht, und eine Revolution können sie nicht machen; schon zur gewerkschaftlichen Organisation fehlt die Fähigkeit. Die Unterrichtsreform kann vom Jahre 1811 an datiert werden, in dem Thomas Bell seinen Schulverein stiftete. Aber noch im Jahre 1861, nachdem schon der Staat eingegriffen hatte, blieb noch eine Million Kinder völlig ungeschult, und der Unterricht, den die anderthalb Millionen geschulten genossen, war zum Teil sehr dürftig. Seitdem ist es ja langsam besser, aber noch nicht gut geworden; von den Rekruten des Jahres 1908 hatten 23½ Prozent gar keine, 30 Prozent ungenügende, die übrigen eine „mäßige“ Schulbildung empfangen. In Zukunft wird vielleicht die überwiegende Mehrheit der Armen gut unterrichtet sein. Welchen Einfluß das auf ihre politische Haltung üben, namentlich, ob es dann zu einer aktionsfähigen sozialdemokratischen Partei kommen wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig sind die politischen Parteien noch nicht zwei verschiedene Klassen, sondern Parteien derselben Klasse: der regierenden Aristo-

kratie. Beide stehen auf demselben Boden; sie haben dasselbe Interesse: die Macht und den Reichtum Englands, die ihre Macht und ihr Reichtum sind. Sie haben insofern Ähnlichkeit mit den Montecchi und Capelletti, als die ursprünglichen Triebfedern zur Parteibildung heute nicht mehr existieren und der Gegensatz ein rein persönlicher ist. Jede Adelsfamilie gehört aus Tradition entweder den Whigs oder den Tories an. Prinzipien trennen sie nicht. Überhaupt bestimmt das Persönliche die politische Haltung: nicht einem Prinzip, einer Sache, sondern seinem Führer ist man treu. Dagegen unterscheiden sie sich von den mittelalterlichen Parteien der italienischen Städte in einem sehr wesentlichen Punkte: sie sind nicht Todfeinde; sie hegen keinen Haß gegeneinander, sie verachten einander nicht, sie verkehren freundschaftlich miteinander, sie bilden zusammen die Londoner Gesellschaft. Arthur Balfour hat sie einmal den beiden Parteien eines Football-match verglichen: für fair play sorgt die Geschäftsordnung des Unterhauses. Dessen Scheidung in zwei Parteien hat nur noch den Zweck, die Kritik, die Beleuchtung jeder Maßregel von zwei verschiednen Seiten zu sichern, der Willkürherrschaft und der Verlotterung vorzubeugen, die unfehlbar eintritt, wenn eine Körperschaft ohne Opposition regiert, und das politische Leben wach zu erhalten. Ohne die Debatten zwischen Mehrheit und Opposition würde die Gesetzgebung bald ein so schläfriges Geschäft werden, daß sich kein Mensch mehr dafür interessierte. Die Opposition bleibt bescheiden, weil sie weiß, daß sie durch vernichtende Kritik das Erbe schädigen würde, das sie demnächst anzutreten hofft (Sidney Low). Kontinentale Parteimänner versetzt oft das Bewußtsein ihrer Ohnmacht, ihrer völligen Einflußlosigkeit, der Aussichtslosigkeit ihrer politischen

Ideale in Wut und Raserei. Der englische Parlamentarier erstrebt nichts, was außerhalb des Bereiches der Möglichkeit läge, und er darf immer hoffen, für das, was er will, eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen, die dann ihn und seine Partei ans Ruder bringt. Für einen radikalen Umsturz agitiert er nicht; er für seine Person will keinen, und ihn aus taktischen Gründen versprechen, wäre Torheit, weil er weiß, daß er ein solches Versprechen nicht halten könnte, und daß eine Mehrheit, die ihre Versprechungen nicht hält, bei der nächsten Wahl wieder Minderheit wird. Bei dieser Sachlage ist der regierenden Mehrheit an der Schwächung der Opposition bis zur Ohnmacht nichts gelegen. Im Juni 1901 äußerte Salisbury in einer Tischrede seine Besorgnis darüber, daß in den letzten Wahlen die Unionisten zu sehr gesiegt und die liberale Partei beinahe zersprengt hätten, und die Saturday Review erinnerte an das Schicksal eines Fisches, den der Challenger (ein Schiff der Planktonexpedition) aus großer Tiefe heraufgeholt hatte, und der oben geplatzt war, weil ihm der für seinen Organismus notwendige äußere Druck fehlte. Also nicht die soziale Schichtung offenbart sich in den englischen Parteien: die Parteien gehören beide der herrschenden Klasse an. Deren Mitglieder, die Aristokraten, kommen als politische Führer und als Philantropen den Unbemittelten vielfach nahe; aber sie machen sich nicht gemein, und der Mann des Volkes resprektiert die soziale Schranke. Einen Anflug von Interessengegensatz bekommen die Parteien dadurch, daß in der konservativen das landed interest, in der liberalen das moneyed interest stärker vertreten ist; indes hat das bei der oben erwähnten Verflechtung beider Interessen wenig zu bedeuten. Eine Agrarierpartei sind die Landlords heute deswegen nicht mehr, weil

sie aus Bergwerks- und städtischer Grundrente mehr Einkommen beziehen als aus Ackerpacht. Örtliche und Standesinteressen sind natürlich vielfach Gegenstand der Gesetzgebung, doch werden solche nicht nach Gründen der Parteitaktik sondern nach sachlichen Gründen entschieden. Noch mehr ist das in den Selbstverwaltungskörperschaften der Städte der Fall. Auch ihre Zusammensetzung ist das Produkt eines Wahlkampfs zwischen Konservativen oder Unionisten und Liberalen, aber bei den Beratungen über Straßenbahnen, hygienische Maßregeln und dergleichen denkt dann niemand an den Parteigegensatz.

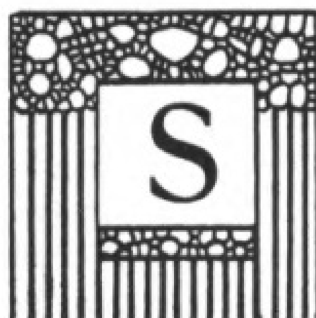
Eine Partei ist im Unterhause vorhanden, die nicht auf dem Boden der beiden in der Regierung einander ablösenden Parteien steht, sondern einen Landesteil vom Staatsganzen losreißen oder wenigstens ihm das eigne Parlament wiedergeben will, das er schon einmal besessen hat. Um ihre Absichten durchzusetzen, haben die Iren wiederholt das Unterhaus durch Obstruktion lahm zu legen versucht. Seit 50 Jahren ist England ehrlich bemüht gewesen, das an Irland begangene ungeheure Unrecht nach Möglichkeit gut zu machen, aber sich von einer der englischen Nation feindlichen Minderheit tyrannisieren zu lassen, wäre offenbar Torheit. Zur Bezwingung der letzten großen Obstruktion im Jahre 1881 hat das Unterhaus seine Geschäftsordnung (die Verfassung des Unterhauses, die ebenso wie die des Staates nur ein Konglomerat von Gelegenheitsgesetzen ist) durch eine Reihe von Standing Orders ergänzt, die dem Speaker die Macht verleihen, jeden Versuch einer Obstruktion zu vereiteln. Der Streit um Homerule hat eine doppelte Wirkung hinterlassen. Das Unterhaus hat seine einfache Struktur verloren, indem sich 78 Liberale bei der

Wahl des Jahres 1886 von Gladstone lossagten, um mit den Konservativen im Bunde die Staatseinheit aufrecht zu erhalten. Seitdem bestehen die liberalen Unionisten als eine besondere Partei. Doch ist das eigentlich nur ein Schönheitsfehler, eine Störung der äußerlichen Symmetrie, weil sie auch in allem übrigen mit den Konservativen zusammenzugehen pflegen. Den jetzt am Ruder befindlichen Liberalen sind in den letzten Jahren als Aufgaben zugewachsen: die Befreiung der Schule vom kirchlichen Einfluß, die Begünstigung der Dissenters auf Kosten der Established Church, die Reform des Oberhauses, die Verteidigung der von Schutzzöllnern bedrohten Handelsfreiheit; der Imperialismus liegt wohl beiden Parteien gleichmäßig am Herzen. In der Arbeiterfreundlichkeit lassen sich heute die Liberalen von den Konservativen nicht mehr übertreffen. An radikalen Sozialreformern hat es seit dem Beginn der Reformära niemals gefehlt, und heute nehmen die Liberalen, um sich die Arbeiterstimmen zu sichern, mitunter insgesamt radikale Allüren an, aber es ist wenig Gefahr dabei, weil die dargelegten Umstände der über Besitz und Bildung verfügenden Oberschicht vorläufig die Herrschaft noch verbürgen, dieses um so mehr, weil der Streit um Homerule noch eine zweite viel wichtigere Wirkung hinterlassen hat.

Die neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung geben nicht allein dem Speaker die Vollmacht, mit der Closure, der parlamentarischen Guillotine, jede bedenkliche oder zu lange Diskussion abzuschneiden, sie schränken auch die Initiative und die Mitwirkung der Abgeordneten bei der Gesetzgebung in dem Maße ein, daß die Geschäftsordnung ein Werkzeug in der Hand der Regierung geworden ist. Während nach dem Siege des Unterhauses über die Monarchie das

Ministerium der Vollzugsausschuß des Unterhauses oder vielmehr seiner Mehrheit war, ist jetzt das Unterhaus das Instrument, mit dem das Kabinett die Gesetze macht. Als Hauptfunktion des Unterhauses ist übrig geblieben: neben der Diplomatie und Kolonialverwaltung als Seminarium zur Heranbildung von Staatsmännern zu dienen; die Kandidaten liefert die hohe Aristokratie, und deren vornehmste, durch alte Schulung bewährteste Familien sind die eigentlichen Herren des Landes; sie stellen die Ministerkandidaten aus denen von ihren Mitgliedern, die das Unterhaus als siebente Prüfungsstation liefert. Daß in dieser Oligarchie der gegenwärtige König in vollkommen korrekten Formen mit bewundrungswürdiger Diskretion einen entscheidenden Einfluß übt, entspricht durchaus der beschriebenen Empfindungsweise des Engländers, und wenn dabei die Doktrin von der parlamentarischen Regierung in die Brüche gehn sollte, so würde ihn das wenig stören, denn er billigt allemal das im Augenblick Notwendige oder Nützliche, ist ganz frei von Doktrinarismus, hat überhaupt keine Theorie vom Staate und duldet einen papiernen Tyrannen so wenig wie einen persönlichen. Diesen Eigenschaften des Engländer und der Freiheit von Störungen durch auswärtige Feinde ist es zu danken, daß bei der totalen Umwälzung des alten Agrarstaats in den reinen Industriestaat und der ungeheuerlichen Vermögensdifferenzierung die Kontinuität der politischen Entwicklung gewahrt blieb, und daß sich die Verwaltung auf dem Wege friedlicher, wenn auch mitunter stürmisch verlaufender Gesetzgebung, ohne blutige Revolution, den von grundaus geänderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und den neuen Bedürfnissen in erstaunlichem Maße anzupassen vermochte. Den Anpassungsprozeß hat Josef

Redlich in seinen beiden, auch von englischen Autoritäten als zuverlässig und klassisch anerkannten Werken („Englische Lokalverwaltung“ und „Recht und Technik des englischen Parlamentarismus“) beschrieben und dabei die Irrtümer aufgedeckt, die Gneist und Lothar Bucher in Beziehung auf die englische Verfassung in Deutschland verbreitet haben.


SPANIEN hat sich, gleich England, ungestört von äußeren Einflüssen entwickelt, und auch seine Bewohner sind, wie schon bemerkt wurde, von stolzem Unabhängigkeitssinn beseelt und zur Selbstregierung befähigt. Im Jahre 1808 organisierte sich sehr rasch der Widerstand gegen die Franzosen in Lokal- und Provinzialjunten. (Die aus Abgeordneten der Provinzialjunten gebildete Zentraljunta stand allerdings weniger auf der Höhe ihrer Aufgabe als der alte Rat von Kastilien, der bis zu seiner Aufhebung durch Napoleon in verzweifelter Lage mit bewundrungswürdiger Ruhe, Umsicht und Festigkeit waltete.) Und die von der Junta berufenen Cortes brachten 1812 eine Verfassung zustande, die auf dem Prinzip der Volkssouveränität ruhte. Spanien ist darum, gleich England, eigentlich auf die Republik angelegt, und zwar wegen der scharf ausgeprägten Provinzial- und Regionalcharaktere, auf eine Föderativrepublik, deren Idee auch, besonders nach der Absetzung der Königin Isabella, viel Anklang gefunden hat. Doch liebt es das Volk, wiederum gleich dem englischen, von einem Könige repräsentiert zu werden und sich, prachtliebend und zeremoniös wie es ist, im Glanze eines Hofes und würdevoller Granden zu sonnen und an den Schauspielen, die der Hof und der hohe

Adel ihm bereiten, zu ergötzen. Auch seine Kirchen stattet es prachtvoll aus, und der katholische Gottesdienst ist ihm unter anderem deswegen teuer, weil er die Form einer der höchsten Majestät dargebrachten höfischen Huldigung hat. Dem Provinzler ersetzt dieser Gottesdienst den Hof, und gern begleitet er in feierlichem Aufzuge „Seine Majestät," wie er den in der Hostie leibhaftig anwesend geglaubten Christus zu nennen pflegt. Gallische Pietätlosigkeit und Gleichmacherei, französische Zentralisation, Polizeiwirtschaft und Bureaukratie, französische Aufklärung und Gehorsam gegen eine rationalistisch ausgeklügelte, seinen Sitten nicht entsprechende Verfassung sind ihm zuwider. Napoleon, schreibt Desdevises, kannte den spanischen Charakter nicht, und glaubte mit einem Schlage die alten Formen des spanischen Lebens zertrümmern und das Volk durch „die Wohltaten der Revolution" gewinnen zu können. Es fand sich, daß dieses Volk an seinen Traditionen hing, seine großen Familien verehrte und seine Mönche liebte. Napoleon erschien ihm als der Antichrist, und erst lange nachher fingen die französischen Ideen an, Spanien umzugestalten, in einem so langsamen, von launenhaften Rückschlägen unterbrochenen Prozesse, daß die Spanier bis zum heutigen Tage noch keine moderne Nation geworden sind. Besonders wenn man unter modern soviel versteht wie industriös und industriell. Als Bauer ist der Spanier nicht faul, aber zur modernen Industriearbeit hat er, wenigstens außerhalb Kataloniens, keine Lust. Money making als Selbstzweck versteht er nicht; er will nur so viel Geld verdienen, als zur Befriedigung seiner bescheidenen Bedürfnisse nötig ist. Der Hidalgocharakter steckt in jedem Spanier, und die überzahlreichen wirklichen Hidalgos sind das ganz, was der Name

ausdrückt. Im Baskenland, dem potenzierten Spanien, wird auch der ärmste Ziegenhirt als ein Edelmann geboren, der sich dem Könige ebenbürtig dünkt, nur daß er diesen als den Beschützer seiner Fueros schätzt. In der Abneigung gegen den Industrialismus und in seinem fanatischen Katholizismus ist der Spanier das Gegenteil des Engländers. Die Bigotterie des Hofes der Isabella war ihm nicht anstößig — im Gegenteil! Aber daß sie durch ihre Liebschaften Anstoß gab, und durch die päpstliche Tugendrose Spanien dem Spott der ganzen Welt preisgab, und daß der Absolutismus ihres Narvaez zuletzt in ein förmliches Schreckensregiment ausartete, konnte man nicht ertragen. Die aus den Exaltados hervorgegangenen Progressisten vereinigten sich mit der liberalen Union (eines Teils der Progressisten mit den Moderados) zu ihrem Sturz. Die Exaltados, Progressisten und wie sich sonst die links stehenden Parteien nennen mögen, sind Schattierungen des seit der großen Revolution in Spanien eingedrungenen französischen Liberalismus. Der Widerstand gegen diesen nuancierte die Bürgerkriege, da es die ultraklerikalen Massen waren, die in dem Thronprätendenten Don Carlos ihren bewaffneten Führer fanden. Die politisierenden Generale sorgten mit ihren Pronunciamentos dafür, daß das Land nicht zur Ruhe kam, und daß die Spaltung nach Prinzipien durch die Feindschaften von vornehmen Ränkeschmieden und Cliquen verstärkt und verwickelt wurde. In neuerer Zeit sind dann noch der Sozialismus und der (katalonische) Regionalismus hinzugekommen.

In Spanien zuerst ist das Wort „liberal" zur Bezeichnung einer politischen Partei gebraucht worden. Die Verteidiger der Verfassung nannten sich mit Recht so im Gegen-

satz zu der „servilen“ Gefolgschaft des jämmerlichen Ferdinand VII. Je weiter sich dann der Name verbreitete, desto mehr büßte er seine Berechtigung ein. Er soll doch die Gesinnung des wahrhaft freien Mannes bezeichnen. Liberal war die athenische Volksseele, wenn sie auch nur als Ideal erstrebt hat, was Thukydides als Wirklichkeit beschreibt in der Rede, die er dem Perikles in den Mund legt. „Im Privatleben lassen wir weitherzig die Freiheit walten, beargwöhnen einander nicht, nehmen es dem Nachbar nicht übel, wenn er sich ein Vergnügen macht, und Lasten, die zwar nicht den Charakter der Strafe tragen, die aber doch mißmutig machen, bürden wir weder uns selbst noch andern auf. Bei solcher Zwanglosigkeit des Privatlebens vermeiden wir doch Ungesetzlichkeiten, aus natürlicher Scheu, und aus Gehorsam gegen die Obrigkeit und gegen die Gesetze, vorzugsweise gegen die zum Schutze der Unrecht Leidenden erlassenen Gesetze und gegen die ungeschriebenen, deren Übertretung Schande bringt. Durch öffentliche Lustbarkeiten, wie durch eine anständige häusliche Einrichtung erhalten wir uns die Heiterkeit. Bei unserm Reichtum genießen wir die Erzeugnisse des Auslands, als wären es heimische usw.“ Der wahrhaft freie Mann ist liberal, er ist aber zugleich auch konservativ und fortschrittlich. Er hat die Eigenschaften des freien Mannes: Unabhängigkeitssinn, einen weiten Blick, ein edles Herz. Er kennt die Welt und freut sich ihrer Mannigfaltigkeit, der Fülle der in ihr wirkenden verschiedenen Kräfte, der einander ergänzenden und bekämpfenden Geistesrichtungen und Meinungen. Es fällt ihm nicht ein, die reiche lebendige Wirklichkeit zur toten Maschine, zum pedantischen Fachwerk, zum verkünstelten Schema verkrüppeln, oder gar allen

Menschen, wenigstens allen seinen Mitbürgern, dieselbe Weltanschauung, dieselbe Ansicht vom Staate aufdrängen zu wollen. Er läßt, so viel an ihm liegt, alle Kräfte spielen, gönnt die Bewegungsfreiheit, die er für sich in Anspruch nimmt, auch allen andern und läßt Freiheitsbeschränkungen nur zu, soweit es die harte Notwendigkeit fordert. Zugleich aber ist er konservativ, d. h., es fällt ihm nicht ein, Häuser, Staatseinrichtungen und Volksgewohnheiten niederzureißen, in denen sich die Leute wohlfühlen, Bestehendes zu ändern, solange es haltbar ist und seinen Zweck erfüllt. Was schadhaft, unbrauchbar und unhaltbar geworden ist, strebt er, als vernünftiger und erleuchteter Mann, selbstverständlich zu bessern oder durch Neues zu ersetzen, und jedem neu auftauchenden Bedürfnis wird er gern gerecht, ist also auch Fortschrittsmann. Da haben wir den Typus der englischen Aristokratie in ihren besten Vertretern, den Typus des englischen Staatsmannes! Weil solche Gesinnung nur bei einem hohen Grade von Unabhängigkeit entstehen kann, diese aber in hoher sozialer Stellung am leichtesten möglich ist, so findet man echten Liberalismus am ehesten in der Aristokratie; hohe und reiche Bildung vermag die Vorteile der Geburt zu ersetzen; darum gesellt sich dem Aristokraten von Geburt, der auch von Gesinnung ein solcher ist, der Geistesaristokrat als Träger des Liberalismus zu. Liberalismus ist eine Tugend, und zwar eine der seltensten Tugenden. Wie bedenklich darum, ihren Namen als Parteinamen zu wählen! Steht es doch von vorn herein fest, daß sich in einer „liberalen“ oder „freisinnigen“ Partei, die eine Million Anhänger zählt, keine Tausend wirklich liberale, freisinnige Menschen finden werden. Und weil jedermann weiß oder wenigstens fühlt, daß das Wort liberal eine edle Gesinnung

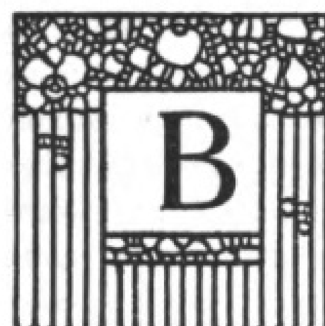
bedeutet, so bildet sich der Angehörige der „liberalen" Partei ein, er sei ein edler Mensch, und seine politischen Gegner seien minderwertige, verächtliche Leute oder gar schlechte Kerle und Bösewichter. Die Engländer hätten gut getan, ihre alten Parteinamen beizubehalten, die gar nichts bedeuten und zu nichts verpflichten; seinen Inhalt empfängt der Parteiname von den Gegenständen der Beratung, zu denen ein jeder nach seiner Parteizugehörigkeit Stellung nimmt, und da diese Gegenstände im Flusse des Lebens unaufhörlich wechseln, so wechselt der Inhalt des Parteinamens, der demnach am passendsten ist, wenn er kein Vorurteil erweckt und zu nichts verpflichtet. Zu all dem Bedenklichen kommt nun noch der Unsinn, daß man sich gewöhnt hat, „liberal" und „konservativ" als Gegensätze aufzufassen. Dem Wortsinn nach sind nur konservativ und fortschrittlich entgegengesetzt (ebenso liberal oder freisinnig und servil, konstitutionell und absolutistisch); in der Politik sind auch diese beiden Parteibezeichnungen es nicht. Kommt es doch bei uns oft genug vor, daß die „Konservativen" eine Änderung wollen, der die „Fortschrittler" widerstreben. Werden die Worte Liberalismus, Fortschritt, Freisinn, konservativ zur Bezeichnung politischer Parteien gebraucht, dann sollte man sie nie ohne Anführungszeichen schreiben.

Kann also der liberale Mann, ja muß er zugleich konservativ und Fortschrittsmann sein, so kann er doch niemals Demokrat sein. Der Vornehme kann eben nicht Plebejer, und der Plebejer kann nicht vornehm sein. Freiheitliebe, edle Gesinnung, weiter Blick, Weitherzigkeit und ein unbefangenes Urteil sind natürlich nicht an hohe Geburt gebunden; diese kann, wie schon angedeutet wurde, durch angeborenen Edelmut, durch Bildung und Erziehung ersetzt

werden. Aber der Bauer kann zwar die ersten beiden der genannten Eigenschaften, doch schwerlich die andern drei erwerben, und in der Enge des Bürgerhauses geht auch die Freiheitliebe, bei der Rücksicht auf die Kunden im Kramladen der Unabhängigkeitssinn meistens verloren, und in der Stickluft und dem Dunkel der städtischen Keller- und Hinterhauswohnungen will keine von den fünfen gedeihen. Der Kleinbürger, der Lohnarbeiter, der Unterbeamte hat einen engen Gesichtskreis und wenig Verständnis für Anschauungen, die von den seinen abweichen. Seine Not verleitet ihn oft zum Neide, und da, was auch der Dümmste einsieht, unmöglich alle Menschen wie große Herren leben können, so wandelt ihn leicht der Wunsch an, alle großen Herren möchten klein gemacht und in das Joch gezwungen werden, in dem er selber seufzt. Wenn Athen seine großen Männer verbannte, so offenbarte sich darin nicht seine liberale, sondern die neben ihr wohnende demokratische Seele. Demokratisch war es, daß Züricher Bauern die Brüder Stolberg totschlagen wollten, weil sie durch Baden im See die Schamhaftigkeit verletzten, und daß die Bauern der Urkantone, wenn bei der Tagsatzung im Freien der Landammann seinen Regenschirm aufspannte, ihm zuriefen: „Du, tu Dei Regedach abe, wir han au keis!" Und wenn in einem der Vereinigten Staaten heulende und betende Weiber ein allgemeines Alkoholverbot durchsetzen, wenn auf einem sozialdemokratischen Parteitag die anwesenden Familienväter mit Erfolg gegen die „Schweinerei" in der illustrierten Sonntagsbeilage des „Vorwärts" protestieren (dieses sonst ängstlich dezente Blatt hatte einmal einen natürlich unbehosten Olympiasieger abgebildet), so ist das demokratisch. Der Aristokrat pflegt auch in Sachen der

sogenannten Sittlichkeit liberal — läßlich, würde Goethe sagen — zu denken, und reicht damit, über die Köpfe der ehrsamen Bürger und Bauern hinweg, auf der einen Seite dem Bohême, auf der andern dem Lumpenproletarier die Hand. Adam Smith hat das daraus erklärt, das der reiche Mann jahrelang, der Arme nicht eine Woche liederlich leben könne, ohne sich zu ruinieren; darum müsse sich dieser einen strengen Sittenkodex schaffen, während sich jener eine laxe Moral gestatten dürfe. Das ist richtig, geht aber nicht tief genug. Der Hochgebildete hat psychologische Einsicht; er weiß, daß auch ein edler Mensch durch Lage und Leidenschaft zu Handlungen fortgerissen werden kann, die der Priester Todsünde schilt und der Staat als Verbrechen bestraft. Desalb verachtet und verdammt der Geistesaristokrat nur den Schurken, aber nicht den Gefallenen, den Verirrten. Das Leben des Kleinbürgers dagegen verläuft in eng umgrenzter Bahn ganz einfach, und weder die äußern Anlässe, noch die seelischen Komplikationen, die hochgestellten und reichbegabten Menschen so oft verhängnisvoll werden, greifen störend in seinen Lebensgang ein; die Abirrung versteht er nicht und verzeiht er nicht. Nimmt man in dem Worte Demokratie die zweite Hälfte ernst, so ist die demokratische Verfassung nur in sehr kleinen Staaten möglich und in einem großen Lande dann, wenn es durch seine Lage vor feindlichen Angriffen und wegen der Spärlichkeit seiner Bevölkerung vor gefährlichen innern Kollisionen sicher ist. Eine Qualle von den Dimensionen eines Elefanten würde, wenn sie einmal zustande käme, schon im nächsten Augenblick, jedenfalls aber beim schwächsten äußern Anstoß zerfallen. Je größer ein sozialer Organismus ist, desto notwendiger braucht er ein aristokratisches oder bureaukratisches Knochengerüst und ein

zentralisiertes sensorisch-motorisches Nervensystem. Meint man aber mit dem Worte bloß, daß es nur Demos, keine Vornehmen im Staate geben soll, so ist Demokratie auch in einem großen Reiche möglich. Asiatische Despotien, in denen alle Untertanen gleich rechtlos sind, der Despot den Sklaven zum Minister erheben, den Minister prügeln und hängen lassen darf, sind solche Demokratien. Das muß man im Auge behalten, wenn man das kontinentale Parteileben des 19. Jahrhunderts richtig beurteilen will.



BEI IHRER Entstehung pflegen liberale Parteien ihren Namen dadurch zu rechtfertigen, daß sie irgendeine Befreiung oder Freiheit fordern und meistens auch durchsetzen. In Frankreich durfte sich die Opposition gegen Karl X. liberal nennen als Bekämpferin eines absolutistischen Pfaffenregiments. Und als dann unter dem Bürgerkönige die Université de France ihr Unterrichtsmonopol im Sinne der voltairianisch gestimmten Bourgeoisie ausnützte, glaubten die von Lamennais, Montalembert und Lacordaire geführten Frommen wahrhaft liberal zu sein, indem sie die Unterichtsfreiheit forderten, d. h. die Erlaubnis, vom Welt- und Ordensklerus geleitete Schulen zu gründen. Die moralischen und politischen Eroberungen, die ihnen gelangen, erntete der Ultramontanismus, und 1848 warf sich die durch den sozialistischen Proletarieraufstand geschreckte Bourgeoisie dem ultramontanisierten Episkopat, der allein noch den Leuten von Besitz und Bildung die Herrschaft zu sichern schien, in die Arme. Thiers klagte die Université an, den Phalansteriern verfallen zu sein, und nur der eine Victor Hugo

protestierte energisch gegen das von Falloux vorgeschlagene Unterrichtsgesetz, das der Kirche die Schule auslieferte. Aufatmend begrüßten Bourgeois und Bauern den Ordnungsretter Napoleon, der sich auf die Kirche und die Armee stützte, und billigten durch wiederholtes Plebiszit seinen Absolutismus, der die Parteien zu völliger Bedeutungslosigkeit verurteilte. Die Furcht vor der „Canaille" wurde durch den Kommuneaufstand von 1871 wiederbelebt und wirkte in der dritten Republik fort, der Thiers prophezeite, sie werde konservativ oder sie werde nicht sein. Der Galloromane ist seit dem durch den Verlust des Elsaß vollendeten Schwund des germanischen Elements ein idealloser Nützlichkeits- und Ordnungsmensch und sparsam bis zum Geiz; nur daß im Grunde seiner Philisterseele ein Rest explosiver Energie schlummert, die sich unter Umständen in umstürzlerischen Dummheiten oder in einem länger dauernden Anfall von Fanatismus entlädt. Doch scheint sich nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung ein aktionsfähiges Quantum dieses Energierestes bewahrt zu haben, scheint das religiöse oder antireligiöse, gleich jedem andern idealen Interesse, dem Seelenleben der Mehrheit nur in einer homöopathischen Dosis beigemischt zu sein. Bürger und Bauern haben sich den Klerikalismus gern gefallen lassen, weil Mönche und Nonnen den Schulunterricht, die Kranken-, Waisen- und Idiotenpflege wohlfeil besorgten, viele Söhne der Unbemittelten im Kirchendienst ihre anständige Versorgung fanden, ein bißchen Frömmigkeitsheuchelei in der Karriere förderte, und der Klerus sich als schwarze Garde des Polizeistaats gegen die Canaille verwenden ließ. Aber als die Ultramontanen in ihrem wachsenden Fanatismus die voltairianisch gerichtete Bourgeoisie immer mehr mit lächer-

lichen Dogmen, Andachtsübungen und Superstitionen erbitterten, mit ihrem verbohrten und reaktionären Legitimismus und Monarchismus die Republik gefährdeten, mit ihrem Antisemitismus die zum Teil jüdische hohe Finanz reizten, da weckte Gambettas Wort: der Klerikalismus ist der Feind, eine starke Resonanz. Die Freimaurerloge unternahm es, den Antiklerikalismus zu organisieren, und da sich die Bourgeoisie überzeugte, daß ihre Kommis, die Minister, so gut wie Napoleon imstande seien, die Canaille, die man jetzt freilich nicht mehr so nennen durfte, niederzuhalten, hatten die Hochmögenden gegen eine antiklerikale Politik nichts mehr einzuwenden, und ließen sich fortan durch den amtlichen Wahlapparat antiklerikale Kammermehrheiten liefern. Die Zusammenschweißung der Republikaner mit den Radikalen und den Sozialisten zu einem Block brachte doppelten Gewinn: man machte die beiden gefährlichen Parteien unschädlich, indem man ihre Führer durch die Aufnahme in die Reihen der Ministrablen zähmte, und durch die Aussicht auf die Milliarden der Kongregationen lenkte man die Begehrlichkeit der armen Teufel von den eignen Kassenschränken ab. Zudem predigte den Sozialisten einer ihrer Vertrauensmänner, Jaurès, ehe nicht die Republik vor den Anschlägen der Klerikalen gesichert sei, könne der Zukunftsstaat nicht hergestellt werden. So kamen das Gesetz gegen die Kongregationen und das Trennungsgesetz zustande. Dabei nun haben die Doktrinäre, in deren Hand die Formulierung der Gesetze lag, mehr gesiegt, als der Bourgeoisie lieb sein mag, denn die Arbeiter und die kleinen Beamten präsentieren jetzt die Rechnung für die geleistete Wahlhilfe und man kann sie nicht mehr mit dem Klerikalismus schrecken, der gebrochen am Boden liegt und kaum noch einmal aufge-

richtet werden könnte, falls sich die Bourgeoisie noch einmal seiner bedienen wollte. Die religiös indifferente Männerwelt hat sich schon außerhalb der Kirche eingerichtet, befindet sich wohl dabei und wird schwerlich unter die Botmäßigkeit des Papsttums zurückkehren. Schon rufen die Syndikalisten: fort mit dem Militär, fort mit dem ganzen parlamentarischen Schwindel! Ist das Volk nicht klerikal, so ist es eigentlich auch nicht antiklerikal. Die Kammerparteien decken sich mit dem Volke noch weniger als in England. In der Revue des Deux Mondes wurde vor einigen Jahren einmal ausgeführt: weil die Masse, der Selbstverwaltung entwöhnt, sich bureaukratisch regieren lasse, sei sie der Jakobinerclique verfallen, der die Umstände das Heft in die Hand gespielt hätten. Und Desdevises stellt die zwei Parteien geradezu in Gegensatz zum Volke, das nichts wolle als ungestört arbeiten und genießen. Insofern die beiden Parteien Tendenzen verkörpern, die wenigstens der Anlage nach im ganzen Volke schlummern, darf er sie trotz diesem Gegensatz die beiden Frankreiche nennen, und von diesen nun sagt er, sie seien bei allem wütenden Haß, mit dem sie einander bekämpfen, alle beide echte Töchter ihrer Mutter, der Nation, und glichen einander Zug für Zug; sie hätten dieselben Vorzüge und dieselben Fehler, seien beide gleich logisch und doktrinär, gleich herrschsüchtig und unduldsam, beide bäumten sich unbotmäßig gegen jedes Joch auf und suchten zugleich mit heißem Begehren einen Herrn, der sie zügele. In Frankreich — dasselbe gilt von Belgien — bedeutet demnach die Scheidung der Politiker in zwei Parteien etwas ganz anderes als in England. Den Unterschied hat Guizot schon als junger Mann von 29 Jahren erkannt. In seinem Essay Du gouvernement représentatif

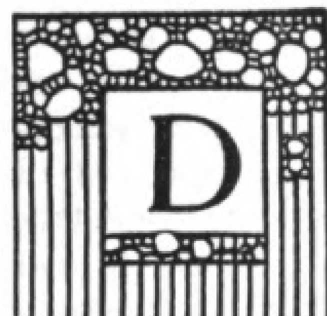
preise der vierziger und fünfziger Jahre, die für Millionen Hunger bedeutet hatten, zum andern Teile aber auch durch die dem ganzen Volke zugute kommende Rationalisierung des Ackerbaues und der Viehzucht. Rege Geister waren entzückt vom beschleunigten Fortschritt der Naturwissenschaften, der täglich durch neue Entdeckungen überraschte und der Technik neue Hilfsmittel darbot, und von dem stürmisch-geräuschvollen Treiben der Großstädte und Industriebezirke, das — für sie wenigstens — so wohltätig abstach von der Schläfrigkeit der Biedermeierzeit. Der Reichtum, der von den Besitzern und Unternehmern auf ihre Angestellten und Gehilfen, hier und da auch auf die Arbeiter überströmte, gewährte eine Fülle von Genüssen und diese erzeugten eine übermütige Lustigkeit, in der man die Klagen der vom neuen Zustande Geschädigten überhörte. Optimismus war die Grundstimmung des damaligen Liberalismus. Man freute sich, daß man es so herrlich weit gebracht, war überzeugt, daß es bei unbeschränkter Bewegungsfreiheit immer besser werden müsse, und dem unzufriedenen Arbeiter demonstrierte man, daß er mit einem Streichholz seine Petroleumlampe anzünden und bei ihrem Lichte die Zeitung lesen könne, daß er sich also eines Komforts erfreue, der in der Tat damals, vor der Vervollständigung des indischen Bahnnetzes, manchem indischen Fürsten noch abging. Einen Vertreter dieses Optimismus, Bamberger, charakterisierte Schmoller sehr hübsch in dem offenen Briefe an Treitschke, der die Sozialdemokratie mit der Wiederbelebung der aristotelischen Sklaventheorie zu bekämpfen versuchte. Bambergers genaue Kenntnis des Geld- und Bankwesens sei ja sehr gut für die Gesetzgebung zu verwerten, doch über tiefere nationalökonomische Fragen könne man mit Männern von

so leichtem Geblüt nicht ernsthaft verhandeln, sondern höchstens scherzen. Dieser Optimismus hat auch nicht wenig den Haß gegen den Katholizismus verstärkt: man hatte den Himmel auf Erden, und wollte sich ihn nicht mit Bußpredigten verleiden, mit Kutten verhängen lassen. Was die Theorie des wirtschaftlichen Liberalismus, der zum Manchestertum entarteten Lehre Adam Smiths, betrifft, so sind von seinen drei Grundsätzen die ersten beiden richtig, freilich, wie alle nicht mathematisch-logischen Wahrheiten, nur relativ richtig. Eine nie versagende Triebfeder zum Handeln ist der Egoismus, und da ein jeder seinen Nutzen am besten kennt und sein eigenes Geschäft am besten versteht, so wird die Produktion am flottesten fortschreiten, wenn der Staat einen jeden ungestört arbeiten und spekulieren läßt — bis zu dem Punkte, muß man einschränkend hinzufügen, wo der Nutzen des einen in den Schaden des andern umschlägt. Das kommt bekanntlich bei der Vertragsfreiheit vor; ein Vertrag zwischen einem Starken und einem Schwachen fällt gewöhnlich leoninisch aus. Zweitens ist freie Konkurrenz zweifellos ein mächtiger Sporn zu energischer Tätigkeit, und ohne sie technischer Fortschritt gar nicht denkbar. Daß sie aber, wie weiter behauptet wird, eine Auslese des Besten bewirke, ist nur mit Einschränkung zuzugeben. Das Angepaßteste ist manchmal wohlfeiler Schund, und der Sieger im Kampf ums Dasein, der Stärkste oder Schlauste, ist nicht immer der Beste. Der dritte Satz endlich, daß alle Interessen miteinander harmonieren, und daß darum aus dem freien Spiel der Kräfte notwendigerweise die Harmonie hervorgehe, wird von der Erfahrung widerlegt. Den Glauben an die Harmonie, die aus der Gewerbe- und Gründerfreiheit hervorgehen sollte, hat der genialste aller deutschen Juristen,

Aufschwung der letzten Jahre wird nicht einer von den Kammerparteien vollbrachten genialen Gesetzgebung verdankt, sondern der energischen Finanzverwaltung der Regierung, den von geschickten Ministern abgeschlossenen Handelsverträgen, dem seit Vollendung der Alpenbahnen immer stärker schwellenden goldhaltigen Touristenstrome, der sich aus dem Norden, besonders aus dem reich gewordenen Deutschland, unaufhörlich über das Land ergießt, den sehr bedeutenden Ersparnissen, die Hunderttausende fleißiger, im Auslande arbeitender Italiener heimsenden, und der allgemeinen Dienstpflicht, die durch Disziplinierung das Volk tüchtiger macht und den immer noch mangelhaften Schulunterricht ergänzt.

In Österreich-Ungarn walten dreierlei parteibildende Kräfte: die zwölf Nationalitäten, die ideelle Spaltung in Klerikale und Liberale, und die wirtschaftliche in Großindustrielle, antisemitische Kleinbürger, feudale und bäuerliche Agrarier und Sozialdemokraten. Was Zis betrifft, so können die Parteien, weil sie nicht, gleich den englischen, die Beleuchtung der Vorlagen von verschiedenen Seiten zum Zweck haben, sondern einander feindliche Sonderinteressen vertreten und Animositäten Luft machen sollen wie in Frankreich, die „Staatsnotwendigkeiten" nicht fördern, sondern nur hemmen. Von Frankreich unterscheidet die große Zahl der Parteien, die als ein Vorzug angesehen werden darf, weil keine einzelne stark genug ist, alle übrigen zu vergewaltigen. Was die Deutschen nicht als Kammerpartei, sondern als Kulturmacht erstreben sollen, was sie erreichen können, und wie sie es erreichen können, das haben wir hier nicht zu untersuchen. Ungarn ähnelt England insofern, als es vom magyarischen Adel beherrscht wird, der gewöhnlich in zwei

einander ablösende Parteien gespalten ist, und auch hier ist es ziemlich gleichgültig, welche der beiden das Ruder führt; der Unterschied ist nur: in England kommt bei beiden gleichviel, in Ungarn gleichwenig heraus; Volk und Adel sind vom englischen Volk und Adel grundverschieden, und die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus entrechteten Nichtmagyaren.



DREIERLEI erstrebten nach der Überwältigung des Korsen die politischen Köpfe und Herzen in Deutschland: die Einheit, die durch Verfassung gesicherte politische Freiheit, und die Erlösung von der Polizei- und Spitzelwirtschaft der Metternich und Kamptz, die alle politisch Strebenden als Demagogen verfolgten. Das dritte war zweifellos ein liberales Ziel. Das zweite nicht unbedingt. Es ist ein Irrtum, die Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung Freiheit zu nennen; sie ist eine Last, eine beschwerliche Pflicht für die wirklich aktiv Teilnehmenden; und Freiheit kann es auch in der absoluten Monarchie geben. In Dänemark, hat Saint-Simon einmal bemerkt, ist der Monarch nicht bloß so unumschränkt wie in der Türkei, sondern seine Unumschränktheit ist ihm sogar durch die Verfassung (von 1665: sie hat bis 1849 gegolten) gesetzlich verbürgt; aber während die Türken mißhandelt werden, gibt es kein Volk in Europa, auch das englische nicht ausgenommen, das sich wirklicher Freiheit in höherem Maße erfreute als das dänische, das weniger von Willkürherrschaft spürte, dessen Verwaltung wohlfeiler wäre. Nicht der echte Liberalismus zwar, aber Vernunft und Zweckmäßigkeit for-

derten den Verfassungsstaat, denn es ist vernünftig und zweckmäßig, daß die Regierung von einer Volksvertretung informiert, kontrolliert und kritisiert werde. Die patriotische Forderung der Einheit endlich hatte weder mit dem wahren noch mit dem falschen Liberalismus etwas zu schaffen, obwohl die frommen Burschenschafter, der Freiherr von Stein und der Dichter des Liedes „Was ist des Deutschen Vaterland“ wahrhaft liberale Männer waren, die zuletzt Genannten zugleich überzeugte Feinde der französischen Art vom Freiheit. Dieser dagegen huldigte alles was sich liberal nannte. Rotteck schrieb im Jahre 1830: „Bei einem Konflikte zwischen dem konstitutionellen Frankreich mit den beiden absolutistischen Großstaaten Österreich und Preußen kann ein deutscher Liberaler mit seinen Sympathien nur auf jener, nicht auf dieser Seite stehn.“ Als sich später den norddeutschen Liberalen die Aussicht eröffnete, Preußen für ihren Liberalismus zu gewinnen, erstrebten sie Kleindeutschland; die süddeutschen Liberalen hielten am großdeutschen Ideal fest, weil sie mit ihren Gegnern, den Ultramontanen, im Haß gegen das schlecht gekannte (wer reist zum Vergnügen nach Pommern und Schlesien?) und darum lächerlich verkannte Preußen einig waren. Als 1867 im Reichstage des Norddeutschen Bundes über den Zollanschluß der süddeutschen Staaten an den Bund verhandelt wurde, schleuderte der württembergische Protestant Moritz Mohl, ein Bruder des berühmten Staatsrechtslehrers Robert von Mohl, einen „Mahnruf vor den äußersten Gefahren“ unter seine aufgeregten Schwaben, auf den der später berüchtigte Sigl hätte stolz sein können. Darin wird das „halb slawische“ Preußen als ein unzivilisierter, feudal-absolutistischer Raubstaat beschrieben, der die freien, glücklichen, an Geist und Gütern

reichen Schwaben mit Aussaugung und Verarmung bedrohe. Die damals durch die unmittelbaren wirtschaftlichen Wirkungen des eben beendeten Krieges verschärfte Abneigung der Süddeutschen wurzelte, abgesehen von der Unkenntnis, in ihren landschaftlichen Eigentümlichkeiten, die sich von Preußen bedroht fühlten, gerade weil und soweit dieses nicht bloß feudal sondern auch „liberal“ war. Auf die wiederholte Behauptung der Fortschrittler und Demokraten, Süddeutschland hätte ohne Krieg durch liberale Institutionen gewonnen werden können und sollen, erwiderte Bismarck einmal: „Der Süden sträubt sich gegen die vollständige Verbindung mit uns, nicht weil wir nicht liberal genug sind, sondern weil wir ihm viel zu liberal sind; das einzige Baden ist dort liberal, und dieses begehrt eifrig den Eintritt in den Bund.“ Der doktrinäre Liberalismus fühlt sich dem bureaukratischen und „aufgeklärten“ Preußen verwandt, weil er eben kein echter Liberalismus ist, sondern rationalistisch einen Idealstaat konstruiert und diesen, soweit er die Macht hat, jakobinisch seinen Mitbürgern aufzwingen will. Er verherrlicht darum auch den aufgeklärten Absolutismus Friedrichs II. und Josefs II. Gewiß haben die unterrichteten und aufgeklärten Spitzen der Gesellschaft eine andre und meistens richtigere Ansicht vom Volkswohl und Staatszweck als die ungebildete und wenig unterrichtete Masse, in der sich leicht schädliche Gewohnheiten ausbilden, und die am Gewohnten hängt. Eine erleuchtete Regierung, sie mag absolut oder konstitutionell sein, sieht sich darum nicht selten genötigt, in solche Gewohnheiten Eingriffe zu tun, die schmerzen und aufregen. Nur sollte man solche Operationen nicht liberal nennen, sondern sagen, daß sie der Operateur trotz seiner liberalen Gesinnung aus Pflichtgefühl vornimmt. Und

da die liberalen Gebieter so wenig wie andre Menschenkinder unfehlbar sind, begegnet es ihnen manchmal, daß sie die Grenze des Nützlichen und Notwendigen überschreiten, alte Einrichtungen abschaffen, liebgewordene Bräuche verbieten, die harmlos und vielleicht sogar nützlich sind. Und da solche Eingriffe liberaler Regierungen das sind, worin dem Volke der Charakter der Regierung am empfindlichsten wahrnehmbar und am deutlichsten sichtbar wird, so stellt sich ihm der Liberalismus als die Maske der Tyrannei dar. Gewiß: Dienstzwang, Schulzwang, zwangsweise Durchführung hygienischer Maßregeln, Verminderung der Zahl der Feiertage, Einschränkung der Wallfahrten, der Kirchweihraufereien und des Wilderns sind Staatsnotwendigkeiten gewesen, aber Zwang bleibt Zwang und wird so wenig wie Verbot und Strafe als Freiheit empfunden, und nicht jedes Verbot von Gesang, Tanz und Volkslustbarkeit, das die nicht weniger gestrenge als erleuchtete Obrigkeit verhängte und das erbitterte, ist fürs Staatswohl notwendig gewesen. Jedenfalls ist die Sucht, den Staatszwang nach Möglichkeit oder auch bis ins Unmögliche auszudehnen — was wollen nicht heute die Liberalen alles der Schule aufbürden, wie weit erstrecken sie aus Bazillenfurcht die Zwangsgewalt der Gesundheitspolizei! — das gerade Gegenteil des Liberalismus. In Baden war man insofern liberal, als die von Wessenberg und seiner Schule beeinflußte Bevölkerung nicht ultramontan, fanatisch und bigott war. Es fehlte also das religiös-kirchliche Motiv zum Widerstande gegen „liberale“ Maßregeln, und das zu zwei Dritteln katholische Volk ließ sich geduldig von seinen, mit dem protestantischen Großherzog in bestem Einvernehmen lebenden liberalen Honoratioren regieren. Aber auch ihm wurde der weisen Bevormundung manchmal zu viel, und als

die Ultramontanisierung zuletzt auch Baden ergriffen hatte, der durch die altkatholische Spaltung erregte Fanatismus der Oppositionslust Kraft verlieh, da änderte sich das Bild: Die Reichstagswahlen von 1890 fegten die liberale Vertretung einfach weg. Im Landtage konnte 1905 eine ultramontane Mehrheit nur noch durch den liberal-sozialdemokratischen Block verhütet werden, und in der Frankfurter Zeitung seufzt ein badischer Korrespondent von Zeit zu Zeit: Die Schwarzen seien eben mitunter liberaler und demokratischer gewesen als die Liberalen. Deren radikaler Flügel schöpfte Überzeugungskraft aus Hegels Philosophie: Denken und Sein, Vernunft und Wirklichkeit sind eins, also sind wir gezwungen, das Vernünftige zu verwirklichen, wobei sie alles, was ihnen vernünftig schien, vor allem die Republik, für das Vernünftige hielten. Gerade umgekehrt folgerte man in Berlin bei Hofe: also ist alles Bestehende, in Preußen z. B. die unumschränkte Monarchie, vernünftig.

Der Oberpräsident Theodor von Schön schrieb 1847 an Gervinus: „Die eine Seite will das Reich der Vernunft, ja das des bloßen Menschenverstandes vernichtet haben und nur im Gefühle, in dessen untergeordneten Sphären mit Verbannung jeder Kritik schwelgen. Die andre Seite will nur der Idee leben und ihren Verstand überall geltend machen, ohne auch dem menschlichen Gefühl sein Recht zu gewähren." Der zweite Satz charakterisiert den Liberalismus zutreffend. Den ersten müßte man verfehlt nennen, wenn die Schule der katholischen Politiker gemeint sein sollte. Diese waren weniger von Ludwig von Haller, Adam Müller und de Maistre als von Görres und dem Studium der englischen Verfassung beeinflußt, die namentlich Döllinger immer geliebt hat. In den Historisch-Politischen Blättern,

die seit dem Vatikanum arg heruntergekommen sind, besaß sie ein vortreffliches Organ. Am besten findet man ihre Grundsätze dargestellt in des Bischofs Ketteler Schrift „Freiheit, Autorität und Kirche“ (1862). Die Gesundheit des Staates beruhe auf der Wechselwirkung von Autorität und Freiheit (korrekter ausgedrückt: zwischen Regierenden und Regierten), und die Kraft des Staates sei nicht im Umfange der Staatsgewalt zu suchen. Der Germane wolle Selbstverwaltung, fasse den Staat als einen Organismus auf und ihm gelte gute Sitte mehr als Gesetz. Der Liberalismus sei ein romanisches Gewächs; er zentralisiere — möchte er wenigstens die Selbstverwaltung zugestehen, so würde man mit ihm leben können (später hat er sich, von Gneist belehrt, dazu verstanden) — mache den Staat zu einem bureaukratisch gehandhabten Mechanismus und lege sich auf die Fabrikation von Gesetzen; Despotismus des Gesetzes sei sein Ideal: „für alles durch Gesetze sorgen, jeden Menschen in eine Zwangsjacke stecken, die er bei Strafe als beglückende Freiheit zu schätzen habe.“ Die literarischen Produkte dieser Schule — Catholica non leguntur — sind den Protestanten unbekannt geblieben; darum verstehen sie die Kraft der Zentrumspartei nicht und suchen, um sie sich zu erklären, nach verborgnen und geheimnisvollen Ursachen. Das wirklich germanische Ideal dieser Männer war freilich mit zwei Irrtümern behaftet: sie hielten in allem Ernste den römischen Papst für einen Hort der germanischen Freiheit, und sie begriffen die Natur des großen wirtschaftlichen und sozialen Umschwungs nicht, die allerdings erst in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts völlig klar geworden ist, trauten namentlich den alten Handwerkerorganisationen mehr Lebenskraft zu, als noch in ihnen steckte. Dieser Schule hat auch

Stahl, der Berater des romantischen Königs, nahegestanden, nur daß er das Gottesgnadentum des Monarchen im Sinne des ancien régime auffaßte, den Ketteler für einen verwerflichen Götzendienst erklärt. (Den Zusammenhang der Berliner Hofkamarilla mit der katholisierenden Romantik hat Friedrich Meinecke ausführlich dargestellt in seinem vortrefflichen Buche „Weltbürgertum und Nationalstaat", das ich erst eben jetzt, während der Korrektur dieser meiner Schrift, kennen lerne.)

Da die Mehrzahl der Deutschen vor 1848 keine Volksvertretung besaß, konnten sich bis dahin die politischen Kämpfe, soweit es Metternich erlaubte, nur in der Presse abspielen, wo sich dann auch die Feindschaften der Konfessionen und der Weltanschauungen einmischten; literarische Richtungen wie die romantische und die jungdeutsche beeinflußten dann wieder die Politik. In den bayrischen Kammern platzten Liberale und Ultramontane aufeinander, und die württembergische Volksvertretung beleuchten zwei tragikomische Vorkommnisse einigermaßen. Gegen das „alte gute Recht," das der deutscheste der deutschen Dichter, Ludwig Uhland, in Prosa und in Versen verteidigte, mußte (1820) Friedrich List ankämpfen, der Mann, der ein gutes Stück deutscher Zukunft in seiner gährenden Seele hegte. Er wurde als servil verschrien, weil er als Jünger eines wirklich liberalen Ministers (von Wangenheim) „ständische Finanzverwaltung, Landschaftsköchinnen und sonstiges altrechtliches Gerümpel nicht als Palladium der bürgerlichen Freiheit gelten lassen wollte". Und 1848 sah sich der wahrhaft liberale Geistesaristokrat David Friedrich Strauß als Abgeordneter durch das rohe und anarchische Gebaren der Linken gezwungen, mit Männern wie dem katholischen

Theologieprofessor Kuhn zusammen einen kleinen Klub der Gemäßigten zu gründen und den „reaktionären“ Goethe- und Heinefeind Wolfgang Menzel als Vorsitzenden vorzuschlagen. Die Nationalversammlung der Paulskirche blieb ein bloßer Debattierklub, weil ihr die Exekutivgewalt fehlte; ihr Exekutivbeamter, der Reichsverweser, hatte keine Armee zur Verfügung, und Bismarck erklärte am 21. April 1849 in der preußischen zweiten Kammer ihre Beschlüsse für ungesetzlich, weil die 28 Kleinstaatregierungen, von denen sie anerkannt war, zusammen nicht mehr als 4 bis 5 Millionen Untertanen hätten (Stimmen auf der Linken: „Untertanen?“ „Jawohl, Untertanen“). Ins Leben eingegriffen hat von ihren Parteien nur eine, die radikale, indem sie Krawalle und die badische Revolution anzettelte.

Die Verfassung ist ein Rahmen, in der sich das Volksleben zu bewegen hat, dieses Leben selbst aber besteht in Produktion und Konsum, in Arbeit und Genuß, und soweit es Staatsleben ist, in Verwaltung, Justiz, Diplomatie und Landesverteidigung. Einen neuen Rahmen zu schaffen, ist die Volksvertretung selten berufen, und den vorhandenen verbessern, gehört nur zu ihren untergeordneten Obliegenheiten. Indem die liberalen Mehrheiten der deutschen Volksvertretungen den Kampf um den Rahmen für die wichtigste Aufgabe ansahen, verurteilten sie sich zur Unfruchtbarkeit. Im preußischen Verfassungskonflikt steigerte sich ihr Doktrinarismus zur offenbaren Unvernunft: sie wollten Deutschland einigen und verweigerten die Mittel zur Ausführung ihres Planes aus rein formellen Gründen: die denkbar ärgste Verwechselung von Zweck und Mittel; der Rahmen ist doch nur ein Mittel, das die politische Tätigkeit erleichtert. Zu einiger Entschuldigung dient der Fortschrittspartei, daß die

auswärtige Politik Preußens vor dem Eintritt Bismarcks ins Ministerium wenig erfolgreich gewesen war, und daß man darum der Regierung nicht zutraute, sie werde von der Waffe, die sie schmiedete, den richtigen Gebrauch machen. Außerdem hatte die Aussicht auf ein Reich, das Bismarck regieren würde, für liberale Gemüter wenig Verlockendes; kannte doch dieser Junker keine Staatsbürger, sondern nur Untertanen, und hatte er doch als Abgeordneter alle liberalen Ideale auf das entschiedenste bekämpft. Nachdem jedoch Königgrätz und die Bitte um Indemnität beide Bedenken zerstreut hatten, feierte die neugeborene nationalliberale Partei mit dem nun Erkannten und über alles Geliebten und Angebeteten fröhliche Hochzeit und glorreiche Flitterwochen. Im Norddeutschen Reichstage wurden Paßzwang und Zinsbeschränkungen aufgehoben, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit bewilligt. Das waren notwendige Anpassungen an die geänderte wirtschaftliche und soziale Struktur des Volkes. Nur wurde dabei übersehen, daß eine Nation nicht strukturlos und unorganisiert leben kann: die Berufsstände haben sich seitdem neue Organisationen geschaffen: Bauernbünde, Genossenschaften, Gewerkvereine, Innungen, Handels-, Gewerbe-, Ärztekammern, Beamtenvereine, die an Privilegiensucht und Absperrungsgelüsten den alten Zünften nichts nachgeben. Jener Art von Freiheit, die ungefähr das Gegenteil der Freiheit im Sinne von Kant, Fichte und Hegel ist, wurde dadurch Rechnung getragen, daß unbelästigt von der Polizei die Tingeltangel und Orpheen blühten (die, weil jedermann zugänglich, schlimmer waren als heutige Nacktlogen), daß die Buchhändler in ihren Schaufenstern Empfehlungen des Urningtums und der „Geschwisterliebe“ ausstellten und daß die Haltung der Abgeordnetenmehrheit in

solchen Dingen die einen hoffen, die anderen fürchten ließ, die Gesetzgebung werde auch auf diesem Gebiete alle Fesseln lösen, welche Hoffnungen und Befürchtungen dann ein paar Jahre später das Reichsstrafgesetzbuch als unbegründet erwiesen hat.

Man muß, wenn man die folgende Periode verstehen will, damals unter gläubigen Katholiken gelebt und beobachtet haben, wie es sie empörte und erbitterte, wenn die Reichs- und Landtagsberichte bei den von Katholiken und konservativen Protestanten geäußerten Bedenken gegen zu weit gehende Befreiungen jedesmal „große Heiterkeit" verzeichneten. Namentlich die schlesischen Katholiken — die liberalisierenden rheinländischen verhielten sich etwas anders — hatten treu zum frommen Könige und seinem tapferen Kanzler gehalten, die das Volk vor dem ungläubigen und sittenverderbenden Liberalismus schützten, und nun wurden sie irre an beiden. Auf der anderen Seite steigerte jede der berüchtigten Kundgebungen des neunten Pius die tiefgewurzelte Abneigung der Protestanten vor katholischem Wesen, und die unter den Katholiken überhandnehmende Bigotterie und Möncherei, die völlige Ausrottung des liberalen, ja des gemäßigten Katholizismus nach dem Vatikanischen Konzil erregten nicht allein Erbitterung, sondern ernste Befürchtungen. So war der Boden vorbereitet für den großen konfessionellen Konflikt. Die unverschämten Herausforderungen des Papstes, die nicht weniger unverschämte Zumutung der Ultramontanen, die preußische Regierung solle für die Wiederherstellung des Kirchenstaates eintreten, was sie wirksam nur mit einem neuen Kriege hätte tun können, machten eine scharfe Zurückweisung notwendig. Die Form, die man für diese Zurückweisung

beliebte, war verfehlt, weil sie für die Katholiken einen Gewissenszwang bedeutete. Dem deutschen Durchschnittskatholiken liegen die politischen Theorien der Kurie ganz fern; wenn man ihm davon spricht, hält er all das für protestantische Verleumdung; die Bigotterie ist ihm widerwärtig. Aber sein Kirchenwesen ist ihm lieb, und da er es als ein unteilbares Ganzes betrachtet, so hütet er sich davor, eine es gefährdende Spaltung zu verursachen, was geschehen könnte, wenn er öffentlich kirchliche Maßregeln und Zustände kritisieren wollte, die auch ihm nicht gefallen, die er aber seufzend erträgt oder durch Interpretationskünste ihres anstößigen Charakters zu entkleiden sucht. Diese Beschaffenheit der katholischen Psyche war Bismarck und seinen Gehilfen verborgen. Martin Spahn wird recht haben, wenn er meint, jener habe auch gar nicht einmal die Absicht gehabt, die katholische Kirche zu bekämpfen. Nicht weil er zum Kulturkampf entschlossen gewesen sei, habe er das Zentrum bekämpft, sondern dieses sei ihm als politische Partei verhaßt gewesen, und sein Gegensatz zu ihm habe ihn in den Kulturkampf verwickelt. Von staufischer Romantik sei er frei gewesen, „berief er sich auf sie, so tat er es wegen der rhetorischen Wirkung auf die Liberalen". Anfangs habe er gemeint, „auch mit dieser Partei" regieren zu können; seinem autokratischen Charakter gemäß konnte er nämlich nur mit Parteien auskommen, die so fügsam waren wie die nationalliberale. Als er sich jedoch überzeugte, daß die Zentrumspartei zahlreich und dabei innerlich fest genug war, ihm ernsthaften Widerstand zu leisten, beschloß er, sie zu vernichten. Viele Äußerungen Bismarcks bestätigen diese Auffassung. So sprach er am 30. November 1881: „Rein konfessionelle Kämpfe würde ich überhaupt

nicht führen; wenn der politische Beisatz nicht wäre, wenn die Machtfrage nicht wäre, würde ich ja mit solcher Entschiedenheit in diesen Kampf nicht eingetreten sein, da ich konfessionelle Stellungen nicht bekämpfe.“ Spahn übersieht nur, daß die protestantische Mehrheit in der Tat durch die oben angedeuteten Vorgänge gereizt war, und daß die Zentrumsgründung durch Welfen und durch Männer, die, wie Mallinckrodt, den 1866er Krieg und die Gründung des Norddeutschen Bundes offen gemißbilligt hatten, der Regierung und jedem deutschen Patrioten verdächtig sein mußte. Völlig unbegründet war allerdings die Meinung, daß die Partei eine Gefahr fürs neue Reich sei, und die Behauptung Bismarcks, den Anstoß zu der großen Aktion habe die Begünstigung der polnischen Aspirationen durch die katholische Abteilung im Kultusministerium gegeben, kann auf ihre Wahrheit hier nicht geprüft werden. Die Hauptsache ist: sobald sich Bismarck von der Unhaltbarkeit seines kirchenpolitischen Neubaus überzeugt hatte, ging er mit raschem und kühnen Entschluß an den Abbruch. Er erwies sich nicht allein klüger, sondern auch liberaler und freisinniger als die „Liberalen“ und die „Freisinnigen“. Als es sich 1887 um die Wegschaffung einiger letzter Reste handelte, entgegnete er den widerstrebenden Liberalen u. a.: „Ich wenigstens muß dem Versuch, unsere katholischen Landsleute gegen ihren Willen dauernd zu vergewaltigen, meine Mitwirkung versagen. Ich kann, wenn ich den Staat für angegriffen halte, defensiv um so schärfer mich auf einen Kampf einlassen, je schärfer und ungerechter die Waffen sind, mit denen der Angriff gemacht wird. Aber einen Teil unserer Landsleute ihres Bekenntnisses wegen dauernd zu vergewaltigen, das ist ein Ziel, nach dem ich noch niemals gestrebt habe.“

Abgesehen von der Undurchführbarkeit der Maigesetze brauchte der Kanzler bekanntlich das Zentrum für den geänderten Kurs seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, und auf diesem Felde nun erlitt der Liberalismus die entscheidenden Niederlagen, die ihn als Mitarbeiter an der Gesetzgebung beinahe ausgeschaltet haben, denn der später wieder erstarkte Nationalliberalismus ist gar kein Liberalismus mehr, er ist es weder im echten noch im unechten Sinne. Bei jeder großen ökonomisch-sozialen Umwälzung sind Bedürfnisse das Zwingende, Interessen der einzelnen und ganzer Stände das Treibende, und in den Idealen, mit denen man das Interesse verhüllt (denn die Zyniker und die Verkommenen ausgenommen, will jeder die Selbstachtung bewahren und sucht darum sein Handeln mit edlen Beweggründen zu rechtfertigen), spiegelt sich die geschichtliche Notwendigkeit. Die technische Umwälzung, die England industrialisiert hatte, begann in den vierziger Jahren Deutschland zu ergreifen und war in den Sechzigern schon weit vorgeschritten. Die Fabrikanten brauchten Hände, darum mußten sie die Arbeiter mobil machen, die durch Beschränkungen der Freizügigkeit und des Niederlassungsrechts in den Dörfern und auf den Gutshöfen festgehalten wurden, und um ihrer Tätigkeit, ihrem Kapital, ihren Maschinen neue Gebiete zu erschließen, mußten sie die von der alten Gewerbegesetzgebung errichteten Schranken durchbrechen. Sie waren dabei überzeugt, daß sie die Lage der niederen Stände verbesserten, was ja für den Augenblick und dann auch wieder für die späteren Jahrzehnte in einem gewissen Sinne zutraf. Ein frischer fröhlicher Optimismus erfüllte die höheren Stände; nicht bloß die Fabrikanten wurden reich, sondern auch die Landwirte, diese freilich zum Teil durch die hohen Getreide-

preise der vierziger und fünfziger Jahre, die für Millionen Hunger bedeutet hatten, zum andern Teile aber auch durch die dem ganzen Volke zugute kommende Rationalisierung des Ackerbaues und der Viehzucht. Rege Geister waren entzückt vom beschleunigten Fortschritt der Naturwissenschaften, der täglich durch neue Entdeckungen überraschte und der Technik neue Hilfsmittel darbot, und von dem stürmisch-geräuschvollen Treiben der Großstädte und Industriebezirke, das — für sie wenigstens — so wohltätig abstach von der Schläfrigkeit der Biedermeierzeit. Der Reichtum, der von den Besitzern und Unternehmern auf ihre Angestellten und Gehilfen, hier und da auch auf die Arbeiter überströmte, gewährte eine Fülle von Genüssen und diese erzeugten eine übermütige Lustigkeit, in der man die Klagen der vom neuen Zustande Geschädigten überhörte. Optimismus war die Grundstimmung des damaligen Liberalismus. Man freute sich, daß man es so herrlich weit gebracht, war überzeugt, daß es bei unbeschränkter Bewegungsfreiheit immer besser werden müsse, und dem unzufriedenen Arbeiter demonstrierte man, daß er mit einem Streichholz seine Petroleumlampe anzünden und bei ihrem Lichte die Zeitung lesen könne, daß er sich also eines Komforts erfreue, der in der Tat damals, vor der Vervollständigung des indischen Bahnnetzes, manchem indischen Fürsten noch abging. Einen Vertreter dieses Optimismus, Bamberger, charakterisierte Schmoller sehr hübsch in dem offenen Briefe an Treitschke, der die Sozialdemokratie mit der Wiederbelebung der aristotelischen Sklaventheorie zu bekämpfen versuchte. Bambergers genaue Kenntnis des Geld- und Bankwesens sei ja sehr gut für die Gesetzgebung zu verwerten, doch über tiefere nationalökonomische Fragen könne man mit Männern von

so leichtem Geblüt nicht ernsthaft verhandeln, sondern höchstens scherzen. Dieser Optimismus hat auch nicht wenig den Haß gegen den Katholizismus verstärkt: man hatte den Himmel auf Erden, und wollte sich ihn nicht mit Bußpredigten verleiden, mit Kutten verhängen lassen. Was die Theorie des wirtschaftlichen Liberalismus, der zum Manchestertum entarteten Lehre Adam Smiths, betrifft, so sind von seinen drei Grundsätzen die ersten beiden richtig, freilich, wie alle nicht mathematisch-logischen Wahrheiten, nur relativ richtig. Eine nie versagende Triebfeder zum Handeln ist der Egoismus, und da ein jeder seinen Nutzen am besten kennt und sein eigenes Geschäft am besten versteht, so wird die Produktion am flottesten fortschreiten, wenn der Staat einen jeden ungestört arbeiten und spekulieren läßt — bis zu dem Punkte, muß man einschränkend hinzufügen, wo der Nutzen des einen in den Schaden des andern umschlägt. Das kommt bekanntlich bei der Vertragsfreiheit vor; ein Vertrag zwischen einem Starken und einem Schwachen fällt gewöhnlich leoninisch aus. Zweitens ist freie Konkurrenz zweifellos ein mächtiger Sporn zu energischer Tätigkeit, und ohne sie technischer Fortschritt gar nicht denkbar. Daß sie aber, wie weiter behauptet wird, eine Auslese des Besten bewirke, ist nur mit Einschränkung zuzugeben. Das Angepaßteste ist manchmal wohlfeiler Schund, und der Sieger im Kampf ums Dasein, der Stärkste oder Schlauste, ist nicht immer der Beste. Der dritte Satz endlich, daß alle Interessen miteinander harmonieren, und daß darum aus dem freien Spiel der Kräfte notwendigerweise die Harmonie hervorgehe, wird von der Erfahrung widerlegt. Den Glauben an die Harmonie, die aus der Gewerbe- und Gründerfreiheit hervorgehen sollte, hat der genialste aller deutschen Juristen,

Jhering, mit den Worten gezeichnet: „Daß die Wölfe nach Freiheit rufen, ist selbstverständlich: wenn es aber auch die Schafe tun, so beweisen sie nur, daß sie Schafe sind.“ In den sechziger Jahren bemühte sich Lassalle mit Erfolg, den Arbeitern ihre „verdammte Bedürfnislosigkeit“ auszutreiben, die Führer der Sozialdemokratie setzten seine Arbeit fort, und die Arbeiter fanden jetzt, daß es ihnen jämmerlich schlecht gehe in dem glänzenden Aufschwung. Diesem machte der Krach von 1873 ein Ende, der 200000 Arbeiter als Vagabunden auf die Straße warf, und ihm folgte eine lange anhaltende Depression. Bismarck sah sich der doppelten Notwendigkeit gegenüber, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und durch Sozialreformen ihre Ursachen beseitigen zu müssen. Für das zweite stellten sich ihm die im Verein für Sozialpolitik geeinten (mit Unrecht so genannten) Kathedersozialisten als Berater zur Verfügung. Diese neue nationalökonomische Schule hatte auch gegen Schutzzölle, mit denen man sich der den Nationalwohlstand schwächenden Auslandskonkurrenz zu erwehren suchte, nichts einzuwenden. Wie wenig sich übrigens der wirtschaftliche Liberalismus mit dem politischen deckt, geht deutlich aus der Tatsache hervor, daß die ostpreußischen Führer der konservativen Partei, weil sie Getreide nach England ausführten und landwirtschaftliche Maschinen brauchten, enragierte Freihändler waren. Im Mai 1873 beantragten diese Herren die Aufhebung fast aller Eisenzölle. Der Antragsteller, von Behr, leitete seine Begründungsrede mit den Worten ein: „Nehmen Sie vor allem die Versicherung entgegen, daß mir nichts ferner liegt, als Ihnen die Notwendigkeit der Aufhebung der Eisenzölle beweisen zu wollen; Axiome, meine Herren, beweist man nicht.“ Es sprach nämlich nicht bloß das Inter-

esse sondern aufrichtige Überzeugung aus ihm; diese „dummen“ Junker waren eifrige Apostel der Lehren von Kant und Adam Smith, die sie in Königsberg eingesogen hatten. Überall in der Welt zeigt es sich deutlich, wie wenig die ökonomische Freiheitstheorie mit dem, was man politische Freiheit zu nennen beliebt — deren Blüte soll ja die Republik sein — zusammenhängt: die Vereinigten Staaten und Frankreich sind hochschutzzöllnerisch; England ist erst 1846 zum Freihandel übergegangen, weil es für seine überlegene Industrie keinen Schutz mehr brauchte, sich Absatzmärkte zu erschließen, als Fuchs den Gänsen den Freihandel predigen mußte, und weil es das wohlfeile Brot, das seine Arbeiter nötig haben, vom Auslande bezieht. Die Not ist stärker als jede Theorie: bei uns haben zuerst die liberalen Fabrikanten, dann die konservativen Agrarier Schutzzölle gefordert. Zölle wie Befreiung vom Zoll fordert man, ohne Rücksicht auf Theorien, je nachdem man das eine oder das andre braucht.

Dieser Umschwung also zerrieb die nationalliberale Partei, und Bismarck hatte seine „konservativ-klerikale“ Mehrheit für Schutzzoll und Sozialreform. Aber das Ergebnis der Umschichtung gefiel ihm nicht, denn neben der sozialökonomischen Mehrheit gab es jetzt im Reichstage eine zweite: die aus Zentrum, Sozialdemokraten und Linksliberalen bestehende Abwehrmeheit, die gegen Polizeiwillkür und parteiische Justiz protestierte, die Verwaltung und den Etat kritisierte und Forderungen für Militär und Marine nicht unbesehen bewilligte. Den Kern der Mehrheit „Windthorst-Richter-Grillenberger“ bildete das Zentrum, und dieses zu zerschmettern, benutzte er 1887 die Boulangerie. Er forderte eine neue Heeresverstärkung auf 7 Jahre, und löste

den Reichstag auf, obgleich Windthorst „jeden Mann und jeden Groschen“ auf 3 Jahre bewilligt hatte; wenn das Septennat nicht bewilligt werde, so verwandle man das kaiserliche in ein Parlamentsheer, behauptete er mit kühner Übertreibung. Die unerhörte amtliche Agitation vernichtete bei der lustigen Faschingswahl — durch Schwächung der Sozialdemokraten und der Freisinnigen, nicht aber des Zentrums —, die verhaßte Mehrheit, die jedoch schon 1890 wiedererstand. Die Kartellpolitik, d. h. das Streben, eine aus den Vertretern der Besitzenden protestantischer Konfession — denn das sind die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen — bestehende Mehrheit zu schaffen und dauernd zu erhalten, war unter dem allgemeinen Wahlrecht eine Politik gegen das Einmaleins. Denn es gibt eben doch fünfzig mal so viel arme und unbemittelte Leute als reiche und begüterte Protestanten, selbst wenn man die hochbesoldeten Staats-, Kommunal- und Privatbeamten und die gutsituierten unter den Angehörigen der freien Berufe hinzurechnet. Nun üben zwar die Brotherren — und wie gewaltige Brotherrn sind schon das Reich und die Staaten, besonders Preußen mit seinen Eisenbahnen! — auch bei geheimer Abstimmung einen starken Druck aus, aber trotz diesem können Wahlergebnisse gegen die Arithmetik nur durch einen geschickt inszenierten Boom erzielt werden. Für einen solchen hält der offizielle Apparat die drei von Bismarck konstruierten Schreckbilder: das schwarze, das rote und das Auslandsgespenst bereit. Beim Septennatsrummel, für den Bismarck „den Heiligen Vater“ als Wahlhelfer eingefangen hatte, mußten die liberalen Agitatoren — es war zum Totlachen — den Kriegsruf „gegen Rom!“ mit „für Rom!“ vertauschen. Die arithmetische Tatsache hat dann schließlich den Kar-

tellisten eingeleuchtet. Vom Manchestertum bekehrte sich die Linke, vom Feudalismus die Rechte zum Staatssozialismus, und die Scharfmacher fingen an zu zürnen: alle Parteien buhlten um die Gunst des Königs Demos.

Die Parteien, die wir seitdem haben, sind an sich berechtigt (mit den kleinen Sonderlingsfraktionen, den Christlichsozialen, den antisemitischen Mittelparteilern, den hessischen und welfischen Legitimisten, die den Lauf der Weltgeschichte rückwärts wenden wollen, befassen wir uns nicht). Die Konservativen vertreten die ostelbischen Landwirte und die mit dem Gutsbesitzerstande und dem hohenzollernschen Königtum eng verschwisterte evangelische Kirche. Beide müssen natürlich vertreten sein, und zwar die Landwirtschaft in ansehnlicher Stärke, wegen ihrer großen wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung und ihrer Beziehung zur militärischen Grundlage des Hohenzollernstaates. Das Bauernleben erhält die Militärtauglichkeit, und, die städtische Bourgeoisie mag noch so viel tüchtige Offiziere stellen, der Offiziersgeist lebt doch am kräftigsten im altpreußischen Adel. Daß der Bund der Landwirte mit Übertreibungen und andern illoyalen Mitteln arbeitet — wie übrigens andre Interessenverbände auch — ist richtig. Aber es ist nicht richtig, daß die Erhöhung der Getreidepreise bloß den größeren Grundbesitzern nütze; ein hoher Getreidepreis erhöht auch den Preis der Erzeugnisse, die der kleine Landwirt zu Markte bringt: Milch, Butter und Fleisch. Es ist auch keine richtige Politik, alle großen Güter zerschlagen zu wollen; nicht der Bauer, sondern der Rittergutsbesitzer verfügt über das Maß von Intelligenz, Kenntnissen, Zeit und Kapital, die dazu gehören, den Fortschritt des rationellen Betriebes zu fördern, und kostspielige Experimente

nur fürs Volk, und da er kein inneres Verhältnis zu ihr hat, sind ihm ihre Formen gleichgültig, er ist darum nicht orthodox. Daß die mittleren und die kleineren Industriellen Anspruch auf Vertretung haben, bedarf keines Beweises; sie finden sie in der nationalliberalen Partei, zu der sich auch die hannöverschen Landwirte halten, weil sowohl ihre Bodenbesitzverhältnisse wie ihre historischen Traditionen und ihre Weltanschauung andre sind als die der Ostelbier. Handel und Börse sind im Organismus der Volkswirtschaft nicht zu entbehren, und da beide mehr als andre Produktionszweige und Organe der freien Bewegung bedürfen, liegt es ihren Vertretern, den Freisinnigen, nahe, Freiheitsbeschränkungen auch auf andern Gebieten zu bekämpfen. Das führt ihnen Wähler aus Berufsständen zu, die mit dem Handel nichts zu schaffen haben, aus den freien Berufen und aus der Arbeiterschaft, soviel von dieser Sozialdemokratie und Zentrum der freisinnigen Partei übrig gelassen haben. Deren Spaltung in zwei Fraktionen ist wenig gerechtfertigt, während die süddeutschen Demokraten ihr Widerstreben gegen das Aufgehen in der Organisation ihrer norddeutschen Gesinnungsgenossen mit ihrer landschaftlichen Eigenart begründen können. Daß diese Fraktionen die Reste des Smithianismus verteidigen, ist nützlich, weil ja diese Lehre, wie gesagt, ihre relative Berechtigung hat. Die Beamten und die Angehörigen der freien Berufe, soweit sie nicht katholisch sind, optieren je nach ihrem persönlichen Geschmack und nach Umständen zwischen diesen vier Parteien.

Was an diesen zu tadeln ist, das sind ihre Namen — aus dem S. 74 angeführten Grunde. Es ist unfair, sich mit schönen Namen wie liberal, freisinnig, fortschrittlich, national, konservativ, königstreu, kaisertreu, reichstreu, staats-

erhaltend zu schmücken, und dadurch die Gegner entweder als Umstürzler und Vaterlandsverräter oder als servil und reaktionär zu denunzieren. Zudem entstammen diese Benennungen einer abgelaufenen Periode und führen schon dadurch irre. Wir haben es heute nicht mehr mit Verfassungskämpfen zu tun, und das gleichzeitig mit diesen erstrebte Reich ist fertig. Die heutige Aufgabe ist Ausgestaltung des Produktionssystems und der sozialen Gliederung, darum sind nicht die politischen Gegensätze im engeren Sinne des Wortes, sondern die Produktionszweige und die Berufstände die natürliche Grundlage der Parteibildung. Die Konservativen sind denn auch tatsächlich die ländliche Partei, und die verschiedenen Schattierungen der Liberalen vertreten verschiedene Zweige der Stadtbevölkerung. Der Idealismus, der die richtige Benennung scheut, ist ein falscher Idealismus. Das politische Ideal ist ein körperlich, geistig und sittlich gesundes Volk, organisiert in einem Staate, der das innere Gedeihen zu fördern und die Weltstellung des Volkes aufrecht zu erhalten die Kraft hat. Die Gesundheit des Volkskörpers aber kann auf gar keine andre Weise erhalten werden als dadurch, daß jeder Stand sein Interesse verständig und kraftvoll wahrnimmt. Das ist weder unehrenhaft noch unmoralisch. Dagegen ist es jämmerliche und unmoralische Heuchelei, wenn Leute, die einen ihnen nützlichen Zoll, eine ihnen nützliche Polizeimaßregel einführen oder einen ihnen schädlichen Zoll, eine sie belästigende Einrichtung abschaffen wollen, ihr Ziel dadurch zu erreichen suchen, daß sie sich bei der Wahl entweder als Retter von Vaterland, Religion und Sittlichkeit, oder als Verteidiger der Volksfreiheit, Volksrechte, der Wissenschaft und einer idealen Weltanschauung aufspielen. Leider können die ge-

nannten Parteien auf diese Heuchelei vorläufig nicht verzichten, weil sie unter dem allgemeinen Stimmrecht Offiziere ohne Soldaten sind und darum, wie oben ausgeführt wurde, nur durch einen falschen Köder eine Anzahl von Mandaten, nur durch einen Boom die Mehrheit ergattern können. Unsere Arbeiter und kleinen Leute wiederum können nicht, gleich den englischen, als Zünglein an der Wage mit zwei Parteien operieren. Will man Krupps Arbeitern zumuten, Krupps Kandidaten zu wählen? Gewiß, auf die Dauer ist beider Interesse solidarisch, aber im Augenblick ist es entgegengesetzt; 100 Mark weniger für jeden von 40000 Arbeitern bedeutet 4 Millionen mehr für Krupp, und der wohlwollendste Patriarchalismus artet leicht in Tyrannei aus, wenn ihn nicht die von den Untergebenen geübte Kritik in Schranken hält. Das gilt nun auch für andere Kategorien von Schwachen, und diese Schwachen, die Unterdrückten oder von Unterdrückung Bedrohten sind es, welche die Freiheit verteidigen, nicht eine Partei, die sich freisinnig oder liberal nennt und die vielleicht aus Herrschenden besteht. Im Kulturkampf wurden unter dem Jubel der Liberalen und Freisinnigen katholische Geistliche und Redakteure eingesperrt, darum verteidigte das Zentrum die bürgerliche Freiheit. Ihm gesellten sich nach Erlaß des Sozialistengesetzes die Sozialdemokraten zu. Dann kamen die Freisinnigen an die Reihe. Jetzt, nachdem man in der Vergewaltigung der Katholiken ein Haar gefunden hat und im Gefolge der Kartellparteien auch die Richter und Staatsanwälte sich mit sozialem Öl haben imprägnieren lassen, sind als Opfer einer Tyrannis fast nur noch die Polen übrig geblieben, und darum sind sie zurzeit die einzigen, die nicht bloß akademisch, sondern in vollem Ernste

gegen Vergewaltigung protestieren. Wie die Zölle, so fordert auch die Freiheit allemal und allein der mit Nachdruck, der sie braucht, mag er auch seiner Theorie nach vielleicht Absolutist sein.

Damit sind wir bei den „Reichsfeinden" angelangt. Bismarck hat diese Brandmarkung noch in der Ansprache an die Universitätsrektoren zu verteidigen gesucht, die ihn am 1. April 1895 zum 80. Geburtstage beglückwünschten. Er gibt zu, daß die Katholiken, die Polen und die Sozialdemokraten keine Feinde eines Deutschen Reiches in der Theorie seien, aber, meint er, das Deutsche Reich, wie wir es wirklich haben, das lieben sie nicht. Ganz dasselbe kann man von den Kartellparteien sagen. So oft sie nicht die Mehrheit haben, haben sie „diesen Reichstag", und das ist soviel wie „dieses Reich" verwünscht. Es gibt keinen Menschen im ganzen Reiche, der das Reich liebte, wenn dessen Zustand seinem Geschmack nicht entspricht. Daraus folgt nicht, daß er es nicht will, und noch weniger, daß er an seiner Zerstörung arbeitet. Wer seine Militärpflicht ableistet, Steuern zahlt und die für alle geltenden Staatsgesetze beobachtet (Ausnahmegesetze verpflichten nicht), der hat seine Staatsbürgerpflicht erfüllt, und es ist nicht erlaubt, nach seiner Gesinnung zu schnüffeln und ihn darum Landesverräter oder Reichsfeind zu schelten, weil er zu ändern strebt, was ihm im Staate nicht gefällt. Freilich behaupten die Kartellparteien, ihr Parteiinteresse sei mit dem Vaterlandswohl identisch, aber da kein Mensch, mag er auch Bismarck heißen, unfehlbar ist, so ist niemand verpflichtet, solche Behauptungen für wahr zu halten. Geradezu eine Ungeheuerlichkeit ist es, Bevölkerungsbruchteilen, die gemißhandelt werden, zuzumuten, daß sie den Staat lieben sollen,

und ihnen Mangel an Patriotismus vorzuwerfen, wenn sie sich nicht mit den bevorzugten oder herrschenden Klassen freuen und betrüben. Macaulay hat diese Ungeheuerlichkeit bei Verteidigung der Judenemanzipation der Verachtung preisgegeben, und als Cicero dem Matius dessen Betrübnis über die Ermordung des Cäsar zum Vorwurf machte, antwortete der Getadelte: „At haec etiam servis semper libera fuerunt, timerent, gauderent, dolerent suo potius quam alterius arbitrio.“ Nicht einmal diese Freiheit des römischen Sklaven wollen unsere „nationalen“ Gesinnungsschnüffler den weniger begünstigten Bevölkerungsteilen zugestehen. Daß die Polen ihr mit Ausrottung bedrohtes Volkstum verteidigen und zu diesem Zwecke eine eigene Fraktion haben müssen, ist selbstverständlich. (Die Polenfrage zu erörtern, wie ich das oft und ausführlich getan habe, ist hier kein Raum.) Ebenso selbstverständlich müssen sich die Lohnarbeiter nicht bloß gewerkschaftlich, sondern auch als politische Partei organisieren. Auf die marxistischen Phrasen allerdings müssen sie verzichten, wenn sie nicht den Bestand ihrer Partei gefährden wollen. Diese Phrasen sind antiquiert, fordern den Spott heraus und dienen als Vorwand, der „revolutionären“ Partei die Existenzberechtigung abzusprechen, Lehrer und Unterbeamte, die für den Arbeiterkandidaten stimmen, zu maßregeln. Ihren Dienst haben diese Phrasen getan: sie haben die Massen gelockt, begeistert, fanatisiert und dadurch die Partei geschaffen. Daß diese als revolutionäre Partei ins Leben getreten ist, hat noch seinen besonderen Nutzen gehabt, wie Bismarck am 26. November 1886 im Reichstage bekannte: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte,

die wir bisher in der Sozialreform gemacht haben, noch nicht existieren". Nicht bloß auf die Marxischen Phrasen muß die zu einer Partei der kleinen Leute zu erweiternde Lohnarbeiterpartei verzichten, sondern auch auf den Luxus, gegen arbeiterfreundliche Gesetze zu stimmen — aus Prinzip, oder weil sie angeblich nicht weit genug gehen. An der Stimmung der Armen und am Ton ihrer Presse wird freilich diese Umgestaltung nichts ändern. Die übrigen Parteien beschimpfen und, was man an der eigenen Partei als Tugend lobt, an jeder andern als Laster brandmarken, ist allgemeine Parteiunsitte; und der Glaube, daß der Unterschied von Reich und Arm eine Ordnung Gottes sei, der man sich in Demut zu fügen habe, ist geschwunden. Zufrieden und geduldig hat er ja auch im Mittelalter keineswegs alle Armen gemacht, wie die damaligen Arbeiterunruhen beweisen. Die „Begehrlichkeit" übrigens, die den Armen treibt, seine Lage nicht bloß „durch Fleiß und Sparsamkeit" zu verbessern, schützt den vierten Stand vor der Hinabdrückung ins Lumpenproletariat und trägt so dazu bei, den Volkskörper gesund zu erhalten. Übrigens ist es gar nicht wahr, daß die sogenannten Reichsfeinde das Reich nicht lieben; sie lieben es, weil ihnen das allgemeine Wahlrecht Einflußnahme auf die Gesetzgebung ermöglicht, Preußen und das Königreich Sachsen haben sie freilich weniger lieb.

Was ist nun von der stärksten der „reichsfeindlichen" Parteien zu sagen? Urteilt man doktrinär, so muß man der Zentrumspartei die Existenzberechtigung absprechen, um so mehr, wenn man die Berufsstände für die natürliche Grundlage der Parteibildung hält. Nicht etwa deswegen, weil sie, wie oft behauptet wird, alle politischen Fragen von ihrem kirchlichen Standpunkte aus beurteilte. Es fehlt

jeder Schatten eines Beweises für eine solche Dummheit. Von ihrer Weltanschauung aus beurteilt sie, gerade so wie alle anderen Parteien, die Kirchen-, Sittlichkeits-, Unterrichts-, Kunst- und Literaturfragen; die ökonomischen, die im engeren Sinne politischen, die Finanz-, Justiz- und Verwaltungsfragen beurteilt sie allermindestens so sachlich wie irgendeine andere Partei. Aber eine Partei, die alle Berufsstände umfaßt und alle, auch die entgegengesetztesten Interessen vertreten will, ist gar keine Partei, denn Partei bedeutet eben Vereinigung einer Kategorie von Interessenten. Aber freilich beruht gerade darauf die Stärke des Zentrums und seine glänzende Stellung. Ihm übel zu nehmen, daß es manchmal den Ausschlag gegeben hat, ist lächerlich; das bringt bei annähernder Stimmengleichheit jede winzige Gruppe fertig. Wenn es aber nicht bloß den Ausschlag gegeben, sondern scheinbar dominiert hat, so rührt das eben daher, daß es durch seine Zusammensetzung gezwungen ist, auf der Diagonale zu marschieren, welche die Resultante der in Staat und Reich miteinander ringenden Interessen ist. Die Beschlüsse seiner Fraktionssitzungen müssen darum im allgemeinen so ausfallen, wie die Beschlüsse des Plenums ausfallen würden, wenn das Zentrum ausgeschaltet oder gar nicht vorhanden wäre, und dieses Zusammenfallen seines Kurses mit dem Kurse, der sich aus dem Kräftespiel der übrigen Parteien ergibt, erweckt nun den Schein, als ob es den Reichstag beherrschte. Daß es keine Lust hat, sich aufzulösen, oder richtiger gesagt, daß seine Wähler an ihm hängen, kann man ihnen nicht verargen. Denn sie sind überzeugt, daß eine einflußreiche Gruppe zu einem neuen Kulturkampfe drängt, d. h. zu einem neuen Versuche, ihnen ihre Religion zu nehmen, und daß sie ihre staatsbürgerlichen

Rechte gegen die in Preußen herrschende Imparität zu verteidigen haben. (Ein Verzeichnis der Tatsachen, auf die sich diese Überzeugung stützt, würde zu viel Raum beanspruchen.) Außerdem ist die Katholikenemanzipation in den bekannten drei kleinen lutherischen Staaten Deutschlands noch nicht völlig durchgeführt; die Ausübung der katholischen Religion unterliegt dort Beschränkungen (kürzlich spottete der Kladderadatsch über eine solche, offenbar in der Meinung, man habe es nur mit einer einzelnen und zwar ungesetzlichen Torheit zu tun), wie sie heute den Protestanten in keinem katholischen Lande mehr auferlegt werden (vielleicht Spanien ausgenommen, über dessen gegenwärtiges Verhalten ich nicht genau genug informiert bin). Fühlen sich die Anhänger einer Religion bedroht, so verlassen sie die natürliche Grundlage der Parteibildung und schließen sich zu einer konfessionellen Partei zusammen. Diese hat dann Bestand, so lange die Bedrohung anhält. Eine solche konfessionelle Partei ist nun das Zentrum. Es will das nicht sein: hinaus aus dem Turm! hat vor ein paar Jahren Bachem gerufen; und es bemüht sich fortwährend, Protestanten als Mitglieder zu gewinnen. Vergebens natürlich, denn welcher Politiker kann sich entschließen, einer Partei beizutreten, die gar kein einzelnes wirtschaftliches Interesse und keine deutlich erkennbare politische Richtung (die immer noch fortwirkende der historisch-politischen Blätter bleibt latent) vertritt, wenn ihn nicht religiös-konfessionelle Rücksichten bestimmen? Übrigens muß vorläufig die Fortdauer des Zentrums im allgemeinen Interesse gewünscht werden. Es besitzt den Rückgrat, der allen liberalen Parteien fehlt, und leistet darum jederzeit die unentbehrliche Opposition und Kritik. Und es vertritt

die Sache der Arbeiter maßvoller und darum wirksamer als die sozialdemokratische Partei.

Gerade dieses nun war eine der beiden Ursachen, welche die Katastrophe vom 13. Dezember 1906 herbeigeführt haben. Die Unternehmer waren im höchsten Grade erbittert durch die Fortführung einer Sozialpolitik, die ihnen Opfer an Geld und Herrenrechten auferlegt, und sie forderten stürmisch in ihrer Presse wie ohne Zweifel auch hinter den Kulissen eine Änderung des Kurses. Die andere Ursache war: das Geschrei, im Reiche herrsche das Zentrum oder gar Rom, machte Bülow beim ganzen protestantischen Volke verhaßt. Er hat einmal geäußert: man könne ihm nicht ein Kälbchen vorzeigen, das er bei dem angeblichen Kuhhandel ans Zentrum verschachert habe. Kälbchen schon, sogar zwei: den § 2 des Jesuitengesetzes und die Marianischen Kongregationen. Indes die Aufhebung jenes Paragraphen, dessen sich der Deutsche vor dem Auslande zu schämen hatte, war Anstandspflicht, und die prinzipielle Zulassung von Betbruderschaften am Gymnasium war zwar bedauerlich aber bedeutungslos, weil tatsächlich keine bewilligt werden. Die Wühlerei also gegen die Sozialpolitik und der Lärm über Bülows Zentrumsknechtschaft waren so arg, daß der Kanzler seine Stellung gefährdet sah und die — noch nicht einmal definitive — Ablehnung eines unerheblichen Postens im Kolonialetat zum Vorwande nahm, den Reichstag aufzulösen und den furor protestanticus zu entfesseln. Dieser wirkte mit der nationalen Phrase zusammen wie 1887: er brachte die Nichtwähler auf die Beine und vernichtete die Mehrheit durch Schwächung nicht des Zentrums, sondern der Sozialdemokratie. Die Linke hat auch diesmal wieder sich selbst ein Bein abgehackt, allerdings ohne Schmerz zu empfinden,

weil sie in den Block aufgenommen wurde und am Weihnachtsbaum Ministerportefeuilles blinken sah. So haben wir denn jetzt das protestantische Zentrum, vor dem Kleist-Retzow im Kulturkampfe warnte, dank der politischen Unreife der protestantischen Masse, die sich durch, wenn auch berechtigte, konfessionelle Antipathien bestimmen läßt statt durch politische Erwägungen. Wenn schon durchaus Konfession und Weltanschauung mitwirken sollen bei der politischen Parteibildung (die Angelsachsen sind darüber glücklich hinweg), dann ist die Dreiteilung in eine evangelische, eine katholische und eine Partei der Indifferenten, Dissidenten und Atheisten der französischen Zweiteilung entschieden vorzuziehen. Denn bei dieser multiplizieren sich die wirtschaftlich-politischen Gegensätze mit den Gegensätzen der Weltanschauung und zerreißen die Nation in zwei Völker, die einander tödlich hassen und nicht mehr verstehen. Bei der Dreiteilung, wie wir sie bis zur Blockära hatten, war jede der drei großen Gruppen genötigt bald mit dieser bald mit jener anderen gegen die dritte zusammenzugehen, so daß jede mit den beiden übrigen freundschaftlichen Verkehr unterhalten mußte und jede mit jeder sich wenigstens auf einigen Gebieten verständigte. Der Block war ebensowenig wie das Zentrum eine Partei, weil auch er Menschen aller Berufsstände und aller politischen Richtungen umfaßte, und er verstieß gegen den Begriff der Partei noch weit ärger als das Zentrum. Denn dessen Mitglieder sind wenigstens durch die gleiche Weltanschauung geeint, während der Block Atheisten und Orthodoxe zusammenkoppelte. Auch klaffen im Zentrum keine so starke politische Gegensätze wie im Block. Dessen linker Flügel hegte demokratisch-republikanische Gelüste, der rechte neigte zum Abso-

lutismus, und die Mitte schwärmte für das schlecht verstandene parlamentarische Regime. Das Zentrum hat zwar demokratische, aristokratische und monarchische Schattierungen aber keine Extreme, und seine Führer huldigen dem gemäßigten germanisch-englischen Verfassungsideal. Zudem schädigt die grundsätzliche Ausschließung des Zentrums von den Entscheidungen das Reich, weil seine parlamentarischen Vertreter unter diesen Umständen unmöglich geneigt sein können, den schwerfälligen und stockenden Gang der Maschine zu fördern und zu beschleunigen. Und es besitzt sehr tüchtige Männer, die Gewalt haben, sowohl zu beschleunigen wie zu hemmen. Solche haben in den Kommissionen schon viel nützliche Arbeit geleistet, und der eine Erzberger ist, seitdem wir Eugen Richter nicht mehr haben, als unbestechlicher Kritiker und unermüdlicher Rechner gar nicht zu entbehren. Die Mitglieder des Zentrums wären durchaus berechtigt gewesen zu sagen: gut, wenn wir grundsätzlich von den wichtigsten Entscheidungen ausgeschlossen werden, dann haben wir im Reichstage nichts mehr zu tun; ihre Absentierung hätte dann offenbart, daß der Block die Entrechtung eines reichlichen Drittels der Reichsbürger bedeutete.

Daß aber die Gesetzgebungsmaschine überhaupt langsam und ungeschickt arbeitet, daran ist ihre Konstruktion schuld, nicht eine Partei und nicht das Parteiwesen. Das Ideal wäre eine (bei der heutigen Verzweigung der Gewerbe freilich schwer zu verwirklichende) vollständige Vertretung aller Berufsstände, so gestaltet, daß dem Besitz und der Bildung die Entscheidung, den Armen und Ungebildeten das Recht öffentlicher Beschwerde und der Formulierung ihrer Wünsche gesichert bleibt. (Das Dreiklassenwahlrecht erfüllt keine

dieser beiden Forderungen; es entrechtet alle Armen, da die Wahlmänner dritter Klasse von denen der ersten beiden Klassen majorisiert werden, und es sperrt in jene einflußlose Klasse alle unbemittelten Talente und Intelligenzen ein, in reichen Bezirken auch Universitätsprofessoren und hohe Staatsbeamte. „Ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden", sprach Bismarck am 28. März 1867. Später hat es ihm freilich im preußischen Abgeordnetenhause weit besser gefallen als in dem nach seinem Wahlgesetz gewählten Reichstage.) Führen müssen bei der heutigen Struktur der Nation die Captains of labour, deren Interesse am engsten mit dem des Staates verbunden ist, und die den weitesten Blick, die tiefste Einsicht haben. Das Volk aber muß soweit politisch erzogen sein, daß es, ohne über technische Einzelheiten urteilen zu können — dazu gehört eben fachmännische Sachkenntnis — im allgemeinen ungefähr weiß, was zum Wohle der Nation gehört, und darum bei großen Entscheidungen den einzuschlagenden Kurs zu bestimmen vermag, z. B., ob man mit Rußland gegen die Westmächte oder mit den Westmächten gegen Rußland operieren soll, ob das Reich zum Einheitsstaat fortentwickelt werden oder den Bundesstaatscharakter behalten soll; ob die Entwicklung zum reinen Industriestaat nach englischem Muster gefördert oder gehemmt werden soll. Was den modus procedendi bei der Gesetzgebung betrifft, so dürfte die Regierung eine Vorlage nicht eher ausarbeiten, als bis sie über jeden Punkt und über die Fassung jedes Satzes sachverständige Vertreter aller Beteiligten und Betroffenen vernommen hätte. Die fertige Vorlage dann aber dürfte zwar kritisiert, jedoch nicht durch Dranherumflicken verhunzt, sondern nur in Bausch und

Bogen entweder angenommen oder abgelehnt werden. Die Kommissionen hätten also ihre Arbeit vor der Abfassung jedes Gesetzes zu leisten, und sie dürften nicht bloß aus Parlamentariern bestehen, sondern es müßten Sachverständige und Interessenten beigezogen werden. All das läßt sich nicht einfach dekretieren, es muß, wie in England, werden. Nur das sei noch bemerkt, daß auch Naumanns Scheidung in eine große liberale und eine große konservative, d. h. in eine Stadt- und eine Landpartei nicht das englische Zweiparteiensystem herstellen würde, weil diese zwei Parteien einen großen, ja den größten und stärksten Interessengegensatz verkörpern und darum feindliche Parteien sein würden. Aber insofern weist Naumanns Programm wenigstens den Weg zu einer vernünftigen, auf die Berufstände zu gründenden Parteibildung, als er nicht die läppischen Phantome Liberal und Konservativ, sondern die Realitäten Stadt und Land einander gegenüberstellt. Aus diesem Grunde ist, als ein Symptom beginnender Klärung, auch der Hansabund zu begrüßen, einen wie kleinen Bruchteil der städtischen Bevölkerung auch die im Zirkus Schumann versammelten Herren vertreten haben mögen, und wie wenig gerechtfertigt die Entrüstung über die Kotierungssteuer, die sie mobil gemacht hat, auch sein mochte.

In letzter Zeit ist der Gedanke einer Kulturpartei aufgetaucht. Ein unmöglicher Gedanke, weil es ein Dutzend verschiedene Kulturideale gibt: religiös-konfessionelle, humanistische, realistische, ästhetische, rassenbiologische, rousseauisch-walt-whitmanische, die eigentlich Antikulturideale sind. Deshalb kann der Staat auch die Schule nicht so gestalten, wie es die Anhänger eines dieser Ideale wollen; das hieße die Mehrheit vergewaltigen. Er kann z. B. nicht den Reli-

gionsunterricht aus der Schule verbannen, kann nicht Haeckels Anthropogenie als Dogma lehren lassen. Die Mehrheit will das nicht. Ich habe meine altkatholischen Religionsschüler mit sehr wenig Gedächtnisstoff beschwert, da stellte mir einmal ein angesehener Führer der liberalen Partei den evangelischen Pfarrer als Muster vor, bei dem die Jungen eine gehörige Portion aufkriegten. Wenn das Volk einmal wollen wird, was die Anhänger Haeckels wollen, dann wird dieses auch in der Schule gelehrt werden. Nicht, wer die Schule hat, hat die Zukunft — wie oft schon hat nicht ein orthodoxer Religionsunterricht Atheisten gezüchtet! — sondern wer die Erwachsenen hat, die ja heute alle lesen können, der hat die Schule. Zu wünschen ist bloß, daß der Staat den rein pädagogischen Reformen möglichsten Spielraum für Experimente frei lasse. Berechtigt ist die Forderung, daß die Dissidentenkinder von dem Zwange zur Teilnahme am Religionsunterricht befreit werden. Vor siebzehn Jahren konnten sie sogar mehr erlangen. Der Gesetzentwurf des Grafen Zedlitz (1892) enthielt die Erlaubnis zur Errichtung privater Volksschulen, und das Zentrum wollte diese Freiheit auch den Dissidenten einräumen. Da inszenierten die „Liberalen" einen Riesenlärm, weil — wie einige ihrer Redner offenherzig bekannten — diese Freiheit auch den Katholiken zugute kommen würde, und der eingeschüchterte Kaiser ließ die Vorlage, der die Landtagsmehrheit sicher war, zurückziehen („Liberaler" Parlamentarismus: und die Mehrheit absolut, wenn sie unsern Willen tut! Man denke auch an den Exodus der Liberalen aus der Finanzreformkommission im Juni dieses Jahres!) Die anderen beiden Dinge, die den Liberalen in dem Entwurfe mißfielen: die Konfessionalität als Regel, und gewisse Be-

schränkungen der Rechte der Kommunen, sind dann in dem Schulunterhaltungsgesetze von 1906 zugestanden worden, das die Nationalliberalen unter ängstlichem Ausschluß des Zentrums mit den Konservativen gemacht haben; bloß das bißchen Freiheit fehlt, das der Zedlitzische Entwurf enthielt. Und ein anderer Zedlitz, der freikonservative Freiherr, hat am 28. April 1909 den Sozialdemokraten gegenüber die Aufgabe der preußischen Volksschule dahin bestimmt, daß sie den Kindern nicht bloß Kenntnisse beizubringen, sondern sie auch zu Christen und zu Patrioten zu erziehen haben. Also hier gibt es noch ein Stückchen Befreiung zu vollbringen. Im übrigen ist für die Masse der Bevölkerung, die Polen ausgenommen, seit Bismarks Rücktritt die vernünftige politische Freiheit so ziemlich verwirklicht (sie steht mitten inne zwischen der Freiheit des Despoten und der Freiheit des anarchischen Subjektivisten, die nur in der Form des Hinterwäldler- oder Anachoretenlebens möglich ist), so daß eine Partei, die sich die Eroberung und Verteidigung der Freiheit zur Aufgabe machte, nicht mehr viel zu tun fände. Der Kampf gegen die Orthodoxie, mit dem die liberale Presse ihren Namen zu rechtfertigen sucht, entspringt illiberalem Unterdrückungsgelüste: man will die Gläubigen nicht nach ihrer Fasson selig werden lassen. Der Gewissenszwang, den die Kirchen ausüben, beeinträchtigt heute die bürgerliche Freiheit nicht mehr. Ein Pfarrer, Theologieprofessor oder Lehrer, der nicht glaubt, was seine Kirche glaubt, braucht nur aus dieser auszutreten, und kein Bischof, kein Generalsuperintendent, kann ihm etwas anhaben. Daß er dann das Opfer seiner materiellen Existenz zu bringen hat, läßt sich nicht ändern; das ist nun einmal so bei Ämtern, die das Bekenntnis zu einem bestimmten Glauben fordern. Nicht weniger ent-

schieden wie der Atheismus wird von der Mehrheit des Volkes das abgelehnt, was man die Kultur von Hirths „Jugend“ nennen kann. Der liberale Mann — wie übrigens der konservative auch, nur die wenigen Tieffrommen ausgenommen — erlaubt sich seiner Mannesnatur gemäß gern einen illegitimen Genuß, wenn er ihn ohne Schaden an Gesundheit, Ruf und Vermögen haben kann, aber wenn man seine Tochter verführt oder seinen Quartaner lüstern macht, wird er gerade so ungemütlich wie der konservative. Er beteiligt sich an einer Hetze gegen Mucker und Pfaffen, weil's liberal aussieht und Spaß macht, aber wenn's zum Handeln kommt, stellt er sich auf Roerens Seite. Bei dessen letzter Reichstagskampagne „gegen den Schmutz“ haben sich Redner aller Parteien in seinem Sinne ausgesprochen. Die Moderne ist keineswegs das Moderne. Sie will die antik-mittelalterliche Ungeniertheit wiederherstellen, deren man sich vor 60 Jahren nicht bloß auf dem Dorfe und in Kleinstädten, sondern sogar in Breslau und in Köln noch erfreute, die aber seitdem auch aus dem europäischen Süden und aus Afrika bis zu den Nilquellen hinauf verscheucht worden ist. Der ganz unidyllische moderne Geist, dessen Verkennen der Orpheumsliberalismus der Gründerzeit mit einem langen Katzenjammer zu büßen hatte, wird von dem Zwange zu harter Arbeit und von dem die Energie aufs höchste spannenden Konkurrenzkampfe geformt, und diesem Geiste ist die ihn stählende puritanisch-preußische Zucht ganz genehm. Es ist nützlich, die pädagogischen und die psychologischen Irrtümer aufzudecken, mit denen sich die Prüderie zu rechtfertigen pflegt, aber diese Aufklärungsarbeit wird durch nichts so erschwert wie durch die auch von pfaffenfeindlichen Ärzten, z. B. von Forel, verurteilte mehr oder weniger

ästhetische Erotik. Diese scheucht immer wieder den gesamten gebildeten und ungebildeten Mittelstand hinter den Schutzwall der Prüderie zurück, weil der moderne Vater fürchtet, sein Sohn werde zugrunde gehen, wenn frivole Geschichten seine Aufmerksamkeit vom Notwendigen ablenken, oder wenn Begierde nach Sinnengenuß ihn einen Schritt vom Pfade der Korrektheit weglockt.

Zum Schluß mag noch daran erinnert werden, wie mächtig auch bei uns wegen der unvollkommenen politischen Erziehung des Volkes das Montecchi-Motiv mitwirkt. Der Durchschnittsmensch, der für seine Person wenig zu bedeuten hat, will durch Eingliederung in ein bedeutendes Ganzes Bedeutung erlangen. Darum tritt er einem Verein oder einer Partei bei, — manchmal ist der Verein Werkzeug einer politischen Partei — und er fühlt sich um so mehr gehoben, je stolzer er, von seinem Parteiorgan belehrt, auf „diese Gesellschaft", „diese Bande", d. h. auf die Mitglieder der Gegenpartei herabsehen kann. Je weniger er von Grundsätzen und Tatsachen versteht, desto größer ist sein kindliches Vergnügen über die Ehre, als Liberaler, oder als Konservativer, oder als Demokrat, oder als Zentrumsmann über das Heer der Gegner: der Dummköpfe und der schlechten Menschen, erhaben zu sein. Der Parteiname und der Stammtisch tut's, sonst ist nichts nötig. Bismarck hat dieses Motiv in etwas anderer Weise oft charakterisiert, und dazu noch hervorgehoben, wie stark das Bedürfnis des Deutschen sei (es ist keine spezifisch deutsche, sondern eine allgemein menschliche Eigenschaft), im Chor auf einen gemeinsamen Gegner zu schimpfen. Glücklicherweise hat doch die politische Erziehung schon begonnen — durch die kommunale Selbstverwaltung und das Genossenschaftswesen.

Beides erschließt auch dem kleinen Mann Kreise, die er übersehen, deren Bedürfnis er verstehen, und in denen er nützlich wirken kann. Daß sich auch Begabtere vorläufig lieber auf diese Kreise beschränken als am politischen Treiben teilnehmen, das wegen der Fehlerhaftigkeit der Maschine unerfreulich ist und wenig Frucht bringt, kann man ihnen nicht verargen. Gelänge es, die Maschine in dem angedeuteten Sinne zu vervollkommnen, so würde der Unterschied zwischen dem Parteileben der heutigen und dem der älteren Zeit erst völlig klar werden. In roheren Zeiten und bei schlotteriger Struktur der Gesellschaft geht jede Partei, die gewöhnlich ein Geschlechterverband oder ein Berufsstand ist, darauf aus, die übrigen Parteien zu beherrschen, zu unterdrücken und auszubeuten. Bei der heut allgemeinen Verfeinerung des Gefühls und bei dem verwickelten Bau der Gesellschaft, der feinen Verästelung und dem festen Zusammenhang aller Berufsstände kann daran keine Partei mehr denken, am wenigsten in Preußen-Deutschland, wo eine in guten Traditionen lebende Dynastie sich der Gesamtheit solidarisch verbunden fühlt und mit fester Hand Bestrebungen darniederhält, die auf die Unterdrückung der einen durch die andern gerichtet sind. (In den letzten Jahrzehn hatten man freilich die feste Hand, und außerdem den klaren Blick, mitunter vermißt.) Heute kann es sich nur noch um die richtige Eingliederung der verschiedenen Interessenverbände in den Staatskörper handeln; die Parlamentsfraktionen haben dann, als Nervenwurzeln der Glieder, deren Zusammenwirken vom Zentrum aus zu regeln. Die Organisierung darf allerdings nicht einen solchen Grad von Vollkommenheit erreichen, daß die Interessenkonflikte verschwinden und die Glieder aufhören, sich als Parteien zu

fühlen, denn damit würde der geistige Gesellschaftsorganismus zum Naturorganismus oder gar zum Automaten herabsinken.

Mancher wird rügen, daß in diesen Betrachtungen zu viel vom Interesse, und zu wenig von Ideen die Rede gewesen sei. Selbstverständlich verehre ich die Männer und die Frauen, die für eine Idee gekämpft, gelitten und geblutet haben. Allein in einer politischen Partei kann sich eine Idee nur dann verkörpern, wenn sich ihr ein vielen gemeinsames Interesse als Leib darbietet. Zudem stecken, wie schon S. 74 und 105 bemerkt wurde, gerade in den Masseninteressen die gesunden politischen Ideen, nicht in Allgemeinbegriffen, die als Ideale verherrlicht zu werden pflegen. Für lebendige Menschen, nicht für tote Begriffe, lohnt es sich, zu leben, zu streben und zu sterben.